

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Annoncen- oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Anzeigen und Besprechungen 30 Pfg. Kleine Anzeigen: das erste Wort 10 Pfg., jedes folgende Wort 5 Pfg. (ausdrücklich zu bezeichnende Wörter) jedes weitere Wort 10 Pfg. Geschäfts- und Geschäftsstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., halbjährlich 6,60 Mk., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Beilage „Die Neue Zeit“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 26. April 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Strafgesetzentwurf und die Internationale Kriminalistische Vereinigung.

Es sind nunmehr 1 1/2 Jahre verflossen, seitdem das Reichsjustizamt den Vorentwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch veröffentlicht und zur Kritik desselben freundlichst eingeladen hat. Der „Vorwärts“ hat dieser Aufforderung, wie den Lesern wohl noch in Erinnerung ist, gründlich Folge geleistet und in einer Serie von Leitartikeln alsbald nach Erscheinen des Entwurfs dargelegt, daß derselbe ein ausgewachsenes Sozialistengesetz in sich birgt, das sich in gleicher Weise gegen die politische wie gegen die gewerkschaftliche Seite der modernen Arbeiterbewegung richtet. (Vergl. auch meine im Stuttgarter Parteiverlage erschienene Schrift: „Die Arbeiterklasse und der Strafgesetzentwurf“.) Wir haben dort hingewiesen auf die Gefahren, die dem färglichen Rest freier Meinungsäußerung, den wir in Preußen-Deutschland haben, drohen, auf die Unterbindung des Streikrechts der Arbeiter der öffentlichen Betriebe und auf die vielen juristischen Möglichkeiten zur Knebelung mißliebiger politischer Agitation. Um nur einige der Schönheiten des Entwurfs ins Gedächtnis zurückzurufen, sei daran erinnert, daß der Entwurf beispielsweise nach dem glorreichen Vorbilde der preussischen Umsurvorlage die „Verherrlichung“ begangener — auch politischer — „Verbrechen“, zum Beispiel der französischen Revolution, der Normanne usw. unter schwere Strafe stellt, daß er die Sozialisparagrafen aufs gefährlichste erweitert und auch bei anderen Delikten den Strafschuldschuldstand der verbotenen „Aufreizungen“ schafft. Hingewiesen sei auch noch auf die unerhörte Erweiterung des Rötigungsparagrafen. Ferner auf die angedrohte Verstrafung der „gefährlichen“ und „gemeingefährlichen Drohung“, die so recht auf die überall in den Notizen herumspulenden „geschickten“ und „gefährlichen Volksaufwiegler“ gemünzt erscheint. Fehlen darf auch bei dieser summarischen Aufzählung einiger Schönheiten des Entwurfs auf dem Gebiete politischer Ausnahmegegebung nicht der Hinweis auf den — um im Marinejargon zu reden — „Erschlag-Graber-Paragrafen“, der ein ordnungsliebendes staats- und königstreues Publikum vor der „Belästigung“ durch „ungebührliches Verhalten“ politischer oder sozialer Gegner durch erhebliche Strafandrohung schützt.

Wir hatten ferner gelegentlich jener Besprechung des Entwurfs darauf hingewiesen, daß derselbe auch in seinen unpolitischen Teilen eine Reihe beläufiger Einzelheiten enthält; erinnert sei nur an die vorgeschlagenen barbarischen Strafverschärfungen durch harte Lagerstatt und Hunger. Wir erwähnten auch, daß der Entwurf einige Verbesserungen gegenüber dem geltenden Recht aufweist, und daß er sich überall bemüht, seine reaktionären Mängel durch ein modern schillerndes Gewand zu verdecken, insbesondere durch scheinbare oder wirkliche Konzessionen, an die früher so verfeimte sogenannte „moderne Strafrechtsschule“.

Es gibt nämlich in der bürgerlichen Strafrechtswissenschaft zwei Lager: die sogenannte „klassische“ Strafrechtsschule, der die Strafe Selbstzweck und nur Sühne einer Schuld ist, deren Verhängung nach dem ewigen, göttlichen Maßstabe der Berechtigt zu erfolgen hat. Beflagter Maßstab, der dem Unergründlichen unergründbar ist, wird erworden durch die Abfolvierung einer dreijährigen Studenten- und vierjährigen Referendardienst nebst zugehörigem Examinibus. Er geht wieder verloren durch die Verkündung einer nicht genügend königstreuen und staatsfreundlichen Gesinnung. Im Gegensatz zu dieser unter den Theoretikern des Strafrechts anstehenden, in der Strafrechtswissenschaft jedoch noch fast unbedrängt herrschenden Anschauung steht die modernere Auffassung der Strafrechtswissenschaft, die ihren Kristallisationspunkt in der „Internationalen Kriminalistischen Vereinigung“ gefunden hat, und zu deren Führern der Berliner Professor und freisinnige Abgeordnete v. Liszt gehört. Das Programm dieser Schule rückt vor allem die kriminalsoziologische Gesichtspunkte in den Vordergrund. Das Verbrechen soll nach einem Auspruch Liszts als „sozialpathologische Erscheinung“, d. h. als ein durch gesellschaftliche Faktoren bedingtes Uebel gewertet werden, dessen Bekämpfung nicht mit irgend welchen moralisierenden Gründen der Vergeltung, sondern mit dem Zweck der Wahrung des gesellschaftlichen Wohles gerechtfertigt wird.

Die deutsche Landesgruppe der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung hat nun in voriger Woche ihre 14. Tagung in Berlin abgehalten. Einziger Verhandlungsgegenstand dieser dreitägigen Tagung, zu der mehr Regierungsvertreter erschienen waren, als zu sämtlichen Arbeiterveranstaltungen seit Bestehen des Deutschen Reichs zusammengekommen, war der Vor-

entwurf zum deutschen Strafgesetzbuch. Bei diesen ganzen Verhandlungen ist nun — um das für uns Wichtigste vorwegzunehmen — mit keinem Wort der politischen Rügen und Tadel des Entwurfs gedacht worden, während z. B. blutige Tränen darüber vergossen wurden, daß Duellmörder künftig nicht mehr mit einer fidelem Festungshaft, sondern mit gewöhnlicher Haft bestraft und dadurch „Dinen, Bettlern und Landstreichern gleichgestellt“ werden sollen. Der Kieler Privatdozent Kriegsman fand allseitigen Widerspruch mit seiner Äußerung, er würde sich auch ganz wohl fühlen unter einem Strafrecht, das den Duellanten ins Gefängnis schickt. Dieser Widerspruch war aber nicht so zu verstehen, daß die Widersprechenden etwa für die anderen Mörder und Totschläger gegenüber angedrohte Zuchthaus- oder Todesstrafe eingetreten wären, sondern selbst die Gefängnisstrafe schien der Versammlung für diese feudale Art von Verbrechen noch zu hart.

Es wäre ungerecht, wenn nicht nach diesen Ausstellungen auch betont würde, daß auf der Tagung manche Neuerung fiel, die ihren Urheber als über dem Durchschnittsstande des bürgerlichen Strafrechters stehend erscheinen läßt. So verdient beispielsweise die Diskussionsrede des Berliner Strafanstaltsdirektors Finkenbergs — die zwar für uns Sozialdemokraten nur Selbstverständliches enthält, — in den Kreisen seiner Berufsgenossen Beherzigung. Dieser Redner führte aus:

„Unsere erschreckend große Kriminalität beruht weniger auf der Unsozialität der Verbrecher als auf der herrschenden Not. Meist haben die rückfälligen Gewohnheitsverbrecher Vergehen gegen das Eigentum begangen und es sind Leute, die nichts mehr zu besitzen und zu brechen hatten und ihrem schwachen Willen erliegen sind. ... Das sind eben die Leute, die, wenn sie bei der Polizei eingeliefert werden, keinen Pfennig in der Tasche haben und sich in einer vollständigen Desperadoverfassung befinden. Nun rangiert man diese Leute unter den Begriff der Unsozialität, während sie doch nur Produkte der Not sind. Wegen dieser Leute sind in viel höherem Maße soziale Maßnahmen am Platze, als das, was sie hier verlangen. ... Alle diese kriminellen Maßnahmen aber wiegen nur federleicht gegen die wirklich durchgreifenden Maßnahmen auf sozialem Gebiet.“

Finkenberg erwähnte auch einen haarsträubenden Fall, in dem ein Mann, der sich in einem Restaurant zwei Flaschen Selters bestellt und nicht bezahlt hatte, weil er rückfällig war, zu einem Jahr Zuchthaus und 100 M. Geldstrafe sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt wurde!

Gegen den Vorentwurf selbst wurden von den Referenten und den Diskussionsrednern eine Reihe gewichtiger Argumente geltend gemacht, wenngleich die allgemeine Meinung dahin ging, daß der Entwurf eine geeignete Grundlage abgebe, um darauf weiter zu bauen. Dies war auch das Resultat, zu dem v. Liszt in seinem Referat über den Entwurf gelangte. Dies Referat war in seinem ersten Teil ein Hymnus auf die von den Verfassern des Entwurfs vorgeschlagene grenzenlose Erweiterung der richterlichen Willkür. „Es findet sich in dem Entwurf keine einzige Einschränkung des freien richterlichen Ermessens. ... Von einer Eindämmung der richterlichen Befugnisse ist im deutschen Vorentwurf glücklicherweise nichts zu spüren.“ Diese Kennzeichnung des Entwurfs ist richtig. Nur sind wir Sozialdemokraten so gut wie einstimmig der Meinung, daß dies kein „Glück“, sondern ein Unglück ist in unserer von Klassengegnen so durchwühlten Gesellschaft mit ihrem ausschließlich aus Angehörigen der bürgerlichen Klassen rekrutierten Richterstande. Im weiteren Verlaufe seines Referats forderte v. Liszt eine Abgrenzung des kriminellen vom polizeilichen Unrecht und die dringend notwendige Einverleibung der Nebengesetze. Er kritisierte die heillose Vermischung, in die unsere Reichsgesetzgebung hineingeraten ist, die es kaum noch möglich mache, in diesem Bunde zu arbeiten. Er verlangt ferner ein einheitliches Strafvollzugsgesetz und wandte sich gegen verschiedene Einzelvorschlüge des Entwurfs. Das folgende Referat des preussischen Wirklichen Geheimen Oberregierungsrats Dr. Krohne behandelte das Thema: „Freiheitsstrafen und Strafvollzug nach dem Vorentwurf“. Interessant war das Geständnis dieses sachkundigen Mannes, daß sich kaum ein Finanzminister oder eine Volksvertretung finden werde, um die für eine humane Ausgestaltung des Strafvollzuges erforderlichen Mittel zu bewilligen. Sympathisch berührte es, daß sich Dr. Krohne dahin ausließ, man solle auch bei Zuchthausgefangenen das Ehrgefühl nicht durch solche Maßnahmen zu ersticken versuchen. Man könne auch beim schwersten Verbrecher nicht sagen, daß er absolut kein Ehrgefühl mehr habe. Leider wurde das Sympathische dieser Ausführungen vollkommen dadurch vernichtet, daß Krohne den vorgeschlagenen barbarischen Strafverschärfungen das Wort redete, mit der Einschränkung, daß sie nur für die ersten Monate der Strafzeit zulässig sein sollten. Gegen diese Anschauung wandte sich scharf der Berliner Professor Goldschmidt, der die Strafverschärfungen charakterisierte als eine Konzession an die Forderung nach der Prügelstrafe in demselben Augenblick, wo sich Dänemark anschide, seinen Irrtum wieder gut zu machen. Interessant war auch die Erklärung des sächsischen Geheimrats Meier, wonach die sächsische Regierung sich im Bundesrat gegen die Strafverschärfungen ausgesprochen habe, weil dieselben früher im sächsischen Strafrecht bestanden hätten und nach den damals

gewonnenen Erfahrungen keine Lust befehle, dieselben wieder einzuführen. Die sächsische Regierung sei der Ansicht, daß diese Bestimmungen, wenn sie wirklich in das Strafgesetzbuch aufgenommen würden, bei der nächsten Revision wieder beseitigt werden müßten. Ein Greifswalder Professor Merkel warf sich hingegen zum begeisterten Verehrer der vorgeschlagenen Barbareien auf. Aus der sonstigen Diskussion sei noch eine scharfe Anklagerede des Breslauer Rechtsanwalts Dr. Ramroth gegen die Unterfuchungshaft hervorgehoben.

Der dritte Verhandlungstag war einem Referat des Gießener Professors Dr. Mittermaier über die Behandlung der unsozialen Elemente im Vorentwurf nebst anschließender Diskussion gewidmet.

Statt schwerer Strafe gegen die sogen. gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Verbrecher verlangte Mittermaier eine humane Einweisungshaft. Besonders scharf wandte er sich gegen die heutigen Arbeitshäuser, von denen er mit Recht sagte, sie seien oft viel schlimmer als die Zuchthäuser. Zuzustimmen ist auch dem Verlangen des Referenten nach Einführung des in Amerika längst bewährten progressiven Strafvollzuges, der die allmähliche Gewöhnung des Straftatigen an ein soziales Leben bezweckt. Der Vorsteher der elbsch-lothringischen Gefängnisverwaltung, Geheimrat Schwalb, unterstützte die scharfen Angriffe Mittermaiers gegen das heutige Arbeitshaus: „Es macht die Menschen nicht zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft, sondern es zieht diejenigen, die noch zu retten sind, herab auf das Niveau der Unverbesserlichen“, lautet sein von Sachkenntnis getragenes Verdammungsurteil. Sozialpolitisch und recht unpreussisch berührte ferner in der Diskussion die Schilderung, die Krohne von dem von ihm geschaffenen Freiluftzuchthaus auf Hela gab. Die Gefangenen arbeiten dort fast nur im Freien. Es gäbe kein Schimpfen und Schelten auf Hela, jeder gehe freundlich mit den Inhaftierten um. Diese seien so frei, daß sie ruhig weglassen könnten, sie täten es aber nicht, weil es ihnen gut gefiele. Offenlich kontrastiert die Wirklichkeit nicht gar zu sehr mit dieser idyllischen Schilderung.

Der letzte Verhandlungstag war der Behandlung der Jugendlichen gewidmet, ein Problem, das anlässlich der bedrohlichen Steigerung der Kriminalität der Jugendlichen von großer Bedeutung ist. Allerdings ist die Stellung hier nicht von krimineller, sondern von sozialen Maßnahmen zu erwarten. Das Referat hatte der Frankfurter Professor Freudenthal. Vom Referenten wie von den Diskussionsrednern wurde übereinstimmend die Schaffung eines besonderen Jugendstrafgesetzes verlangt. Mit Recht belämpft wurde von verschiedenen Seiten der skandalöse Vorschlag des Entwurfs, die sog. relative Strafmündigkeit zu beseitigen, also die Freisprechung Minderjähriger wegen mangelnder Einsicht und Charakterreife auszuschließen. Während nach der Auffassung unserer herrschenden Kreise ein junger Mann im achtzehnten Lebensjahre nicht reif sein soll, einen einfachen politischen Vortrag anzuhören, soll ein vierzehnjähriges Kind in jedem Falle reif genug sein, die kompliziertesten Verbrechenstatbestände zu erkennen. Zuzustimmen ist dem Referenten, wenn er die Verabsolung alkoholischer Getränke an Jugendliche unter schwere Strafe gestellt wissen will, ein Vorschlag, der übrigens in dem österreichischen und schweizerischen Strafgesetzentwurf verwirklicht ist. An der Regelung des Jugendstrafrechts in dem Entwurf fand der Referent mit Recht vieles auszufehen. In der Diskussion benängelte der Hamburger Amtsrichter Dr. Herz mit Recht die Heraussetzung des Strafmündigkeitsalters auf das vierzehnte Lebensjahr als nicht ausreichend und verlangte Heraussetzung auf das fünfzehnte Jahr. Uns erscheint auch dies noch nicht als genügend. Gilt doch von keiner Kategorie von Menschen so sehr das Wort:

„Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr ihn der Pein!“

als von den sogenannten „jugendlichen Verbrechern“. Die letzte Tagung der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung, deren Verlauf wir im vorhergehenden kurz skizziert haben, war zwar nicht geeignet, uns zu befriedigen. Der herrschenden Strafrechtswissenschaft aber hat sie sicherlich noch weit weniger Freude gemacht.

Freilich, das hat auch diese Tagung gezeigt, den Kampf gegen die der Arbeiterschaft zugeordnete Ausnahmegegebung wird die Sozialdemokratie allein zu führen haben. Auch die vorurteilslosen der bürgerlichen Strafrechtler halten es nicht der Mühe wert, darüber nur ein Wort zu verlieren.

Gerade jetzt geht eine hochinteressante Mitteilung durch die Presse: Die Regierung hat der Kommission zur Ausarbeitung des Strafgesetzbuchs — der ebenso selbstverständlich wie skandalöser Weise kein Mitglied der bei weitem stärksten Partei Deutschlands angehört — eine Denkschrift über die Ausschreitungen bei Lohnkämpfen unterbreitet. Aus der Mitteilung geht nicht hervor, ob es sich um Ausschreitungen von Polizisten oder um solche, die angeblich von Streikenden verübt sind, handelt. Obgleich eine Denkschrift der erstgenannten Art viel wichtiger wäre, ist doch anzunehmen, daß es sich nicht um eine solche handelt. Also auch schon die äußere Aufmachung der Schaffung des neuen Strafgesetzbuchs ist dieselbe wie bei

der ungeliebten Buchdruckvorlage. Die Regierung kauft die Masse und belohnt sich offen zu dem Borentwurf unter einer dicken Schicht von Heuchelei verdeckter Maßregeln gegen die Arbeiterklasse. Wir akzeptieren dankend auch dieses neue Material für die Reichstagswahlen.

Siegfried Weinberg.

Klassenkampf in Oesterreich.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer den Wahlaufsatz der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, dessen wichtigste Stellen folgendermaßen lauten:

Wähler! Am 13. Juni werdet ihr zur Urne gehen, um ein neues Abgeordnetenhaus zu wählen. Ihr werdet zur Urne gehen als Freie und Gleiche. Die Zeit ist vorüber, in der ein Duzend adeliger Großgrundbesitzer, ein Häuflein reicher Handelskammerräte einen Abgeordneten in den Reichsrat entsenden konnten. Die Wahlrechtsprivilegien sind gefallen. Die Stimme des reichsten Kapitalisten gilt am Wahltag nicht mehr als die Stimme des ärmsten Tagelöhners. Euer Schicksal liegt jetzt in eurer Hand.

Das allgemeine und gleiche Wahlrecht hat seine erste Aufgabe erfüllt. Es hat den bürgerlichen Parteien die Masse vom Gesicht gerissen, die sie unter dem Schutze der alten Kurien getragen haben. In den vier Jahren, die seit den letzten Wahlen vergangen sind, haben die Christlichsozialen und die Deutschnationalen im Bunde mit den polnischen Schlächzigen regiert. Sie bildeten die Mehrheit des Parlaments und sie stellten dem Staate seine Minister. Wir haben sie am Ruder gesehen. Ihre Worte werden niemanden mehr täuschen, da ihre Taten dem ganzen Volke sichtbar geworden sind.

Das Märchen vom „christlichen Sozialismus“ ist tot. Die Partei, die ausgezogen ist, im Geiste des Christentums den Kapitalismus zu überwinden, ist zur Partei der Bankgründer und der Verwalterrechte geworden. Von der ganzen Tätigkeit der christlich-sozialen Handelsminister ist nichts geblieben als die Millionengeschichte an großkapitalistische Schiffahrtsgesellschaften, die Geheimverträge mit Ungarn, die uns die Fleischzufuhr verbieten, die Verschlechterung der Handelsverträge mit Serbien und mit Rumänien! So haben sich die Tausende, die einst unter Auegers Führung zum Kampfe gegen das Großkapital ausgezogen sind, den „christlichen Sozialismus“ nicht vorgestellt. Die Christlichsozialen werden höhnisches Gelächter ernten, wenn sie es noch wagen, sich als Bekämpfer des Kapitalismus zu gebärden.

Aber auch die Legende vom deutschen Freikampf ist erschlagen. Die gestern allddeutsch waren, sind heute die knechteligste Gefolgschaft der k. k. Regierung. Die gestern „Heil Hohenzollern!“ riefen, sitzen heute als Habsburgs Gäste beim Hofbiller. Die gestern das deutsche Volk von der Herrschaft der Röminger befreien wollten, stützen heute die erbitterte Schuldenverwaltung des Grafen Stürgkh. Sie sind die Verbündeten der Schwärzesten der Schwarzgen — die Bundesgenossen der Altklerikalen, die unter Raaffe mit Tschechen und Polen den „eisernen Ring“ gegen die Deutschen schmiedeten und unter Boden ihren Namen unter die Leg Falkenhahn setzten. Sie, deren Minister heute Wieners § 14-Verordnungen unterschrieben haben, werden es nicht mehr wagen, sich als die Vorläufer deutscher Freiheit zu gebärden!

Die Christlichsozialen sind nicht mehr antikapitalistisch, die Deutschnationalen sind nicht mehr antikerikal. Nichts scheidet mehr die beiden Parteien. Sie bilden nur noch eine Partei, in der alle inneren Gegensätze überdeckt sind durch die feige Knechteligkeit gegen die Herrschenden, durch die hochmütige Annäherung gegen die Arbeiter. Die Abgeordneten armer Kleinrentnerbetriebe und Kleinbauern bilden die Gefolgschaft der Vertreter des Großkapitals; die Ermählten der Industriebezirke gehören dem Kommando der Agrarier aus Hohendulms Kreise. Sie alle bereiten die Furcht vor der Arbeiterklasse. Sie alle schmiedet die Sorge zusammen, sich die Gnade des Hofes zu erhalten.

Weil ihnen Hofgunst vor Volksgunst steht, haben sie dem Militarismus seine Dreadnoughts, dem Klerikalismus seine Privilegien gegeben, um die Gnade der Herrschenden nicht zu verlieren. Weil ihnen die Profite der Reichen wichtiger dünken als die Gesundheit des Volkes, bewilligen sie den Kapitalisten ihre Prämien, den Großagrariern ihre Liebesgaben. Auf ihre Knechteligkeit bauend, erheben alle volksfeindlichen Mächte fühner denn je ihr Haupt.

Der Militarismus ist mit den unerhörten Opfern, die die Christlichsozialen und die Deutschnationalen ihm in der letzten Delegationstagung bewilligt haben, noch nicht befriedigt. Sofort nach dem Zusammentritt des neuen Parlaments wird ihm das neue Wehrgesetz vorgelegt werden. Der Inhalt dieses Gesetzes ist bereits bekannt. Es wird dem Volke eine ungeheuerliche Entlastung bereiten. Die zweijährige Dienstzeit, die uns längst versprochen worden ist, soll nur für einen Teil des Heeres eingeführt werden — für den anderen Teil soll die dreijährige Dienstzeit fortbestehen! Das Rekrutenkontingent soll in solchem Maße erhöht werden, daß jährlich 56 000 Mann, die nach dem heutigen Gesetz nur acht Wochen in der Erziehung dienen müssen, nun zu zweijähriger oder dreijähriger Dienstzeit herangezogen werden sollen! Und diese Reform soll auch noch dazu mißbraucht werden, der Volkswirtschaft neue Opfer für den Militarismus zu erpressen. Die jährlichen Ausgaben für das Heer sollen um hundert Millionen Kronen erhöht werden. Ueberdies fordert die Heeresverwaltung die Bewilligung einer einmaligen Ausgabe für neue Rekrutdrücker im Betrage von weiteren hundert Millionen Kronen. Die bürgerlichen Parteien, die die Dreadnoughts bewilligt haben, sind bereit, auch diese Forderungen zu bewilligen. Es ist die Sache der Wähler, diesen volksfeindlichen Plan zu Falle zu bringen.

Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme gegen die Dreadnought-Bewilliger, eine Stimme gegen den Militarismus!

Die Regierung Wieners will die Kosten der Heeresdrücker durch die Einführung neuer drückender Steuern decken. Schon vom 1. Juli an sollen die Preise der Zigarren, der Zigaretten und des Rauchtobaks erhöht werden. Dann soll die Erhöhung der Brauntweinsteuer um sechzig Heller für den Liter Alkohol folgen. Schließlich soll ein Hundsteuernmonopol eingeführt und es soll der Preis jeder Schachtel Hundstößen auf das Doppelte erhöht werden. Gleichzeitig wollen die Landtage vieler Länder die Biersteuer erhöhen. Die bürgerlichen Parteien stimmen diesen Plänen zu — sie haben die Dreadnoughts bewilligt, nun sollen wir die Kosten bezahlen! Die Sozialdemokratie allein bekämpft diese Forderungen. Wenn der Staat Geld braucht, möge er es suchen, wo es reichlich zu finden ist: bei dem Großkapital und bei dem Großgrundbesitz.

Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme gegen neue indirekte Steuern!

Weil unsere Steuergelder für den Militarismus vergeudet werden, fehlen dem Staate die Mittel für jede fruchtbar wirtschaftliche Arbeit.

Der Staat baut neue Kriegsschiffe — aber unsere Greise und Krüppel, unsere Witwen und Waisen darben! Der Staat will das Rekrutenkontingent um die Hälfte erhöhen — die Schululasten sollen arme Gemeinden tragen! Das Heer bekommt neue Kasernen, neue Kanonen — aber die Hauszinssteuer, die uns die Wohnungen verteuert, kann nicht ermäßigt werden! Jedes Bataillon hat seine Maschinengewehre bekommen — die Arbeiter, die Diener und die Beamten des Staates leben im Elend! Trotzdem haben die Christlichsozialen und die Deutschnationalen dem Kriegsminister auf Heller und Pfennig bewilligt, was er gefordert hat. Die Sozialdemokratie allein bekämpft die Vergeudung unserer Steuergelder für den Militarismus, um die Mittel für soziale Reformen, für produktive Kulturarbeit zu gewinnen.

Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme für fruchtbar wirtschaftliche Arbeit!

Der Ausgleich mit Ungarn, der autonome Zolltarif und die Handelsverträge laufen im Jahre 1917 ab. Nur sechs Jahre trennen uns noch von der Schicksalsstunde, in der unsere ganze Wirtschaftspolitik wiederum für ein ganzes Jahrzehnt auf neue Grundlagen gestellt werden muß. Die Teuerung, die uns belastet, ist die Wirkung des Zolltarifes, den die bürgerlichen Parteien noch im alten Privilegienparlament im Jahre 1905 geschaffen haben. Es ist die Aufgabe der Wähler, dafür zu sorgen, daß im Jahre 1917 unserer Zoll- und Handelspolitik neue Bahnen gewiesen werden. Wir fordern vom neuen Parlament die Abschaffung der Zölle auf Getreide und Futtermittel, die dem Arbeiter das Brot, dem Bauern das Viehfutter verteuern; die Abschaffung der Einfuhrverbote für gesundes Vieh und Fleisch; die Abschaffung der Kartellschutzzölle, insbesondere der Zölle auf Eisen und Zuder; die Abschaffung der Finanzzölle, insbesondere des Zolles auf Kaffee. Wir fordern Handelsverträge, die die Zufuhr billiger Lebensmittel und die Ausfuhr der Erzeugnisse unserer Industrie und unseres Gewerbes erleichtern.

Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme gegen die agrarisch-kapitalistische Hungerpolitik!

Die endliche Vollendung der mühevollen Arbeit an der Sozialversicherung muß die erste Aufgabe des neuen Parlaments sein. Wir fordern, daß die Selbstverwaltung der Versicherten gesichert, daß der Alters- und Invalidenversicherung die Witwen- und Waisenversorgung angegliedert werde, daß zur Bestimmung staatlicher Mittel für die Arbeitslosenversicherung unüberzüglich die vorbereitenden Arbeiten begonnen werden.

Die im letzten Parlament von den Sozialdemokraten eingebrachten, von den bürgerlichen Parteien abgelehnten Anträge über den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung müssen auch das neue Parlament wieder beschäftigen. Wir fordern den Achtstundentag für die ununterbrochenen Betriebe und für den Bergbau, die schrittweise Verlängerung des gesetzlichen Maximalarbeitstages für die fabrikmäßigen und seine Ausdehnung auf die Kleingewerblichen Betriebe, die Ausdehnung der Sonntagsruhe auf die von ihr bisher ausgenommenen Betriebe, wir fordern den Ausbau der Arbeitergesundheit gegen die Gefahren der Gewerbekrankheiten und Betriebsunfälle, den Ausbau der Gewerbeinspektion. Wir verlangen, daß die von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Anträge über den Schutz der Bäcker, der Vergarbeiter, der Eisenbahner, der Forstarbeiter, der Gastwirtschaftsgehilfen, der Angestellten und Arbeiter des Handelsgewerbes, der in der Hausindustrie und Heimarbeit beschäftigten Personen, der Salinenarbeiter, der Tabakarbeiter, der Werkmeister und Industriebesitzer, der Staatsdiener und der Beamten des Staates endlich durchgeführt werden! Wir fordern die endliche Beseitigung des schmachvollen Bruderkrieges, die Bekämpfung des Kohlenwunders durch eine energische Abänderung des Vergesses, die Bekämpfung der Wohnungssteuerung und des Wohnungselends durch das Reich. Wir fordern für das arme Landvolk wirksamen Schutz gegen die Vorrechte des Großgrundbesitzes und gegen die Verschuldung an das Kapital.

Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme für energische Sozialpolitik!

Der größte Feind jedes sozialen und politischen Fortschritts ist der nationale Kampf. Er stört jede soziale Reformarbeit im Parlament. Er unterbricht immer wieder die parlamentarische Arbeit. Er macht das Parlament ohnmächtig gegen die Herrschenden. Heute bewilligen die Deutschen die Dreadnoughts, um die Gnade des Hofes dem Deutschtum zu erhalten; morgen werden die Tschechen neue Dreadnoughts bewilligen, um ihren nationalen Bestrebungen die Günst des Hofes zu erkaufen. So können die Herrschenden alles erlangen, indem sie eine Nation gegen die andere auspielen. Diesem ungeliebten nationalen Kampfe, diesem Wettrennen der Nationen vor den Herrschenden kann nur die nationale Autonomie ein Ende setzen. Auch die bürgerlichen Parteien sprechen von der nationalen Autonomie. Aber sie können sie nicht durchführen, weil sie in dem einen Lande als Mehrheit verweigern, was sie in dem anderen Lande als Minderheit fordern. In Oesterreich leben zehn Millionen Deutsche, achtzehn Millionen Slaven und Romanen; keine Nation bildet die Mehrheit, keine ist stark genug, die anderen zu beherrschen. Kein Volk kann das Recht der Selbstregierung für sich selbst erlangen, wenn es das gleiche Recht nicht auch den anderen Völkern zugestehet. Das fordern wir Sozialdemokraten, Beschuldigen und unsere Gegner des „nationalen Verrates“, so tragen wir diesen Vorwurf erhobenem Haupte als das beste Zeugnis, daß wir der nationalen Hege gegenüber unsere Pflicht erfüllt, daß wir rapslos und unerfahren für den nationalen Frieden und für die nationale Autonomie gearbeitet haben. Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme für den Frieden und die Selbstregierung der Völker!

Der nationale Kampf hat die Kraft der Volksvertretung gelähmt. Auf der einen Seite haben die tschechischen und die slowenischen bürgerlichen Parteien durch ihre verdröckerische Obstruktion den Parlamentarismus untergraben, auf der anderen haben die deutschen und die polnischen bürgerlichen Parteien durch ihre Knechteligkeit gegen die Regierung das Parlament entmannt. Diesen Verdröcker der Nationalisten aller Nationen gegenüber vertreten wir die große Sache der Demokratie. Wir wollen ein starkes und arbeitsfähiges Parlament. Wir fordern die Beseitigung des § 14, die Erweiterung der Rechte des Parlaments gegen die Krone und die Bürokratie, die Befreiung der Schule vom klerikalen Joch.

Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme für die Freiheit, für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes!

Wähler! Jahraus, jahrein seid ihr die Beherrschten, die Unterdrückten, die Ausgebeuteten.

Der Unternehmer gebietet euch in der Fabrik, der Großagrarter und der Händler beuten euch auf dem Markte aus, die Wodenspekulation heischt von euch ihren Tribut.

In der Gemeinde herrschen die Besitzenden. Im Landtag regieren Kapital und Grundbesitz. Vor den Behörden des Staates gilt euer Recht weniger als das der Reichen.

Immer und überall seid ihr die Knechte, die anderen die Herren. Nur an einem Tage seid ihr die Herren eures eigenen Schicksals. Am Tage der Reichstagswahl liegt euer Schicksal in eurer Hand.

An diesem Tage werdet ihr die volksfeindlichen Pläne der Regierung und ihrer christlichsozialen und deutschnationalen Mehrheit durchkreuzen. Ihr werdet entscheiden:

Gegen die Regierung des § 14! Gegen die Pläne des Militarismus!

Gegen die volksfeindlichen Steuerpläne! Gegen die kapitalistische Ausbeutung!

Gegen den Lebensmittel- und Wohnungswucher!

Der Kampf, den unsere österreichischen Genossen unter den schwierigsten Umständen in einer Zeit der Entfesselung aller nationalistischen Leidenschaften gegen den geschlossenen Ansturm der reaktionären Masse zu führen haben, ist derselbe Kampf, den auch wir zu führen haben, dessen nächste Entscheidung bei den Reichstagswahlen mit uns Ungebildeten herbeiführen. Wir wünschen unseren Kampfgenossen Genossen besten Erfolg; wir wissen, ihr Kampf in dem nationalen zerrissenen, klerikal verseuchten Reiche ist schwieriger als anderswo; aber je schwieriger der Kampf, desto ehrenvoller auch der Sieg!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. April 1911.

Patriotismus und Jote.

Der Herr Landrat des Kreises Allenstein, Dr. Paulz, hat ein mit guten Ermahnungen gefülltes Rundschreiben an die Kriegervereine seines Bezirks gerichtet, das für die sittlichen Zustände dieser Vereine recht kennzeichnend ist. In diesem Schriftstück heißt es nämlich:

„Ich möchte das Augenmerk der Vorstehenden der Kriegervereine auf die bei Vereinsfestlichkeiten beobachteten Aufführungen richten und Sie bitten, es sich angelegen sein zu lassen, daß dabei nicht solche Aufführungen oder Gesänge zum Vortrage gelangen, die groß unästhetisch sind, wie dies gelegentlich vorgekommen ist. Das nicht zuzulassen, verlangt die Würde der Vereine, ebenso wie die möglichste (1) Verhinderung jeder Art von Völlerei und Streitereien. Um letzteren vorzubeugen, möchte ich zu erwägen geben, ob es wirklich nötig ist, bei Kaisergeburtstagsfesten und anderen Vereinsfestlichkeiten oder Versammlungen um Konzeptionsverlagerungen bis lange nach Mitternacht einzulassen. Die nicht und vielfach trunkenen Heimkehrer des Mannes, verbunden mit reichlichen Geldausgaben, ist nur geeignet, die gute Sache der Kriegervereine in Verzug zu bringen, zumal bei den Frauen. Sollen die Kriegervereine die von diesen erwarteten Erfolge: die Entfaltung soldatischer Geistes und guter vaterländischer Gesinnung bringen, so bedürfen sie der Mitarbeit und Sympathie der Frauen der Kameraden, und es darf den Vereinen nicht mit Recht nachgesagt werden können, daß es nur Kneipvereine wären. Sind die weiblichen Familienangehörigen — und bis zu gewissem Grade auch die Kinder — bei den Vereinsveranstaltungen zugegen, so werden einerseits Unzutuglichkeiten und Streitereien kaum vorkommen, die Ausgaben für die ganze Familie werden aber schwerlich höher sein, als sonst für den Mann allein. So ist es schon in einigen Kriegervereinen, so muß es aber in allen werden; dann werden sie auch über Mangel an Mitgliedern und Teilnehmern bei ihren Festen nicht zu klagen haben.“

Dem, der das Treiben so mancher Kriegervereine kennt, überlassen diese Ermahnungen nicht. Mehrfach sind uns Klammern von Festzeitungen und Festbüchern hochpatriotischer Kriegervereine zugefandt worden, die das Höchste von Verherrlichung des Suffs und des Geschlechtsgenusses leisten. Das Widerliche an Potenterei, das uns bisher auf diesem Gebiete bekannt geworden ist, vollbringt eine uns kürzlich eingesandte Festzeitung des Kriegervereins zu Thorn, die allerdings schon aus dem Jahre 1908 stammt und damals zum „Wurfstein“ des Vereins (am 22. Februar) im Bürgergarten erschienen ist. Wir sind nicht prüde und können auch einen recht derben Witz vertragen; aber die Verse, in denen hier der Weisheit geschilbert wird, sind denn doch schon gemeinste Schweinerei. So finden sich zu schönster Harmonie zusammen: Patriotismus und Jote.

Das preussische Eisenbahnangeleihegesetz.

Das heute dem Abgeordnetenhause zugegangen ist, fordert insgesamt die Summe von 268 376 000 M. Im einzelnen werden gefordert zur Herstellung weiterer Gleise auf bestehenden Strecken 23 410 000 M., zum Bau von vier neuen Hauptstammbahnen (Witten-West nach einem geeigneten Punkte der Bahnstrecke Schwelm-Darmen-Mittershausen, von Witten nach Geldern, von Wiefenburg nach Koflau, von Kienburg a. Weser nach Minden i. B.) die Summe von 51 854 000 M.

Für den Bau von Nebenbahnen wird eine Summe von 48 498 000 M. gefordert, und zwar für folgende Nebenbahnen: Partenstein-Heilsberg, Rogilno-Orghelm, Larnowitz-Mikulschig, Flatow-Deutsch-Krone, Jastrów, Lorzau-Weigern, Kantsfeld-Wippa, Uelzen-Dannenberg, Eichenberg-Beimeden, Reinerzhagen-Dige, Poldy-Münstermalfeld. Zur Beschaffung von Fahrzeugen für diese Strecken fordert der Entwurf die Summe von 8 185 000 M.

Zur Errichtung elektrischer Zugförderung werden 27 330 000 M. gefordert für die Strecke Magdeburg-Bitterfeld 17 480 000 M., für die schlesischen Gebirgsstrecken Lauban-Bittersbach-Königszell mit ihren Zweigstrecken Hirschberg-Grünthal-Schmiebedorf, Hahnbau-Viebau, Niederaltbrunn-Halbstadt 9 900 000 M.

Ferner fordert der Entwurf 3 500 000 M. für den Ausbau der Nebenbahn Posen-Schneidemühl zur Hauptbahn, 4 550 000 M. für den Bau einer rechtsrheinischen Eisenbahnverbindung zwischen Rülheim a. Rh. und Kall. Süd bei Köln an Stelle der aufzugehenden Schiffsbrückenlinie und 5 048 000 M. zur Deckung von Mehrkosten für bereits genehmigte Bauausführungen. 82 Millionen Mark werden gefordert zur Beschaffung von Fahrzeugen für die bestehenden Staatsbahnen und 8 Millionen Mark zur weiteren Förderung des Baues von Nebenbahnen.

Das unerledigte Material der Parlamente.

Nach einem Verzeichnis der unerledigten Vorlagen sind im Abgeordnetenhause noch 10 Vorlagen in erster Lesung vom Plenum zu beraten. Es sind dies die rheinische Landgemeindeordnung, das Eisenbahnangeleihegesetz, der Entwurf über die Beschulung blinder und taubstummer Kinder, der Entwurf über die Aufhebung der Verhältnisse im Regierungsbezirk Straßburg, der Entwurf über ländliche Fortbildungsschulen, das Auslieferungsgesetz zum Reichsdiebstahlsvergehen, die Kleinabhandelschrift, der Staatsschuldenbericht, die Rechnung über Zionskredite bei Rentengütern und zwei kleinere Vorlagen. An Anträgen sind im Plenum noch gar nicht beraten worden 67 Anträge, sie beziehen sich auf Wanderlager, Konsumvereine, Landtagswahlrecht, Vereinsgesetz, Beamtenrecht, Einkommensteueranlagung, Kreiswahlrecht, Fideikommiss und Staatsdomänen, Alpenfondäre, Gewerbesteuer, Sicherung des Arbeitsverhältnisses, Unberücksichtigung der Volksschullehrer, Stenographie in höheren Schulen, Aufhebung der Arrestkassa für

untere Beamte, geheime Abstimmung bei den Gemeindevorständen, Gemeindevorstand der Volksschullehrer, Wegeordnung für die Rheinprovinz, Umzugskosten der Volksschullehrer, Naturdenkmalspflege, Behandlung von Dissidentenkindern usw. Den Kommissionen sind überwiesen worden die Gesetzentwürfe über Wegereinigung, zur Bekämpfung des Wasserschwindels, die Zweiverbandsgeetze, die Ausschreibungsbestimmungen zum Zuwachsteuererlasse, das Feuerbestattungsgesetz, der Entwurf über die gewerblichen Fortbildungsschulen, der Entwurf über den Ankauf von Fischereiberechtigungen durch den Staat, die Wegeordnung für Ostpreußen, der Entwurf über die Regelung der Anliegerverhältnisse an Eisenbahnen sowie sechs Anträge und einige Rechnungssachen. Ferner liegen vier Petitionsberichte der Petitionskommission vor.

Im Reichstage sind in zweiter Lesung vom Plenum zu beraten das Hausarbeitsgesetz, die Novelle zur Gewerbeordnung, die Reichsversicherungsordnung mit dem Einführungsgezet und dem Hilfsengesetz, der Entwurf über die elsaß-lothringische Verfassungsfrage, das Schiffahrtsabgabengesetz, das Kurzfischergezet, der Entwurf über den Patentausführungszwang, der Entwurf über den obersten Kolonialgerichtshof, die Fernspreckgebührenordnung, der Entwurf über die Umzugskosten der Kolonialbeamten. In dritter Lesung wären zu beraten das Arbeitsamtergezet und die kleine Strafgesetznovelle. Ferner ist die neue Strafprozessordnung zum größten Teil noch in zweiter Beratung zu erledigen, der sich die dritte Lesung anschließt. Auch gar nicht beraten sind einige kleine Gesetze, wie der Entwurf über die Schiffsmeldungen im Auslande. Dem Reichstage zugehen sollen noch das Privatbeamtenversicherungsgesetz und der deutsch-schwedische Handelsvertrag.

Was wird hieron noch im laufenden Jahre erledigt werden?

Falsche Sparbarkeit der preussischen Eisenbahnverwaltung.

In der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober v. J. war auf der südlichen Kölner Umgehungsbahn ein Güterzug auf einen anderen aufgefahren; zwei Zugbeamte wurden verletzt; der Materialschaden betrug 8300 M. Der Oberbahnassistent a. D. Schiffers beklagte als Sachverständiger, daß die Einrichtungen an der Unfallstelle damals nur provisorisch gewesen seien; das Provisorium habe fast ein Jahr gedauert. Die nicht etatsmäßig Angestellten hatten auf 1000 Meter 17 Gleise mit den dazu gehörigen Weichen zu übersehen; der Bahndienstleiter mußte außerdem vier Vorseapparate, fünf Telefone und einen Modapparat bedienen. Eine solche Arbeitszuweisung sei entweder auf ungenügender Instruktion durch den Dezerenten oder auf Sparbarkeit zurückzuführen; mindestens hätte noch ein Telegraphist dem Beamten zur Seite stehen müssen. Der Bahndienstleiter wurde freigesprochen; der andere Angeklagte wurde zu 6 R. Geldstrafe verurteilt.

Zentrumsparade.

In dem Zentrumspresse wird zur Teilnahme an dem Parteitag des Zentrums eingeladen, der bekanntlich offiziell den Titel „Generalversammlung der deutschen Katholiken“ führt. Das Paradespiel findet diesmal in Mainz vom 6. bis 10. August statt und soll in Anbetracht der kommenden Reichstagswahlen besonders packend gestaltet werden. In dem Kursus heißt es denn auch:

„Daß der Ernst der Stunde, den kein Einsichtsvoller sich verhehlen kann, den festen Zusammenschluß aller Katholiken, ja aller, die noch christlich denken und empfinden, erfordert, bedarf keiner näheren Begründung. Darum wollen wir uns erneuern in dem Glauben, unsere katholischen Glauben in seiner ganzen Reinheit zu bewahren, zu befestigen und zu verteidigen. Wir wollen uns erneuern in dem Geiste des Gehorsams und der Treue gegen den Apostolischen Stuhl und unsere Oberhirten. Wir wollen auch gemeinsam prüfen und beraten, was uns zu tun obliegt in der mannigfachen Not der gegenwärtigen Zeit zum Wohl der Kirche und zum Heil für unser Vaterland.“

Der schwarze Schrecken in der bayerischen Oberpfalz.

Der Regierungsbezirk Oberpfalz war bisher eine der sichersten Hochburgen des Zentrums. Sämtliche Mandate sowohl für den Reichstag als für den Landtag sind in Zentrumsbesitz. Aber durch die letzten politischen Misstaten der Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht ist selbst diese lammgeduldige Bevölkerung stutzig geworden. Da und dort fängt es Leute an zu rebellieren. Die Bevölkerung verhält sich nicht mehr so abweisend gegen uns. Ueberall zeigt sich, daß Interesse für unsere Partei vorhanden ist. Das ist für die Zentrumspresse Grund genug, noch härter als bisher ihre fast unumschränkte Macht auszuüben, um zu verhindern, daß durch uns Aufklärung in jene Kreise getragen wird. In die bekannten Mittel: Saalatreiberei, Mißbrauch der Kanzel und des Reichstuhls, Broklosinmachung Anderer, geflüstert usw. werden rückwärts und in verstärktem Maße angewendet. Dabei leisten auch die Behörden hilfreiche Hand, und so arbeiten Kleriker und Beamtentum einträchtig zusammen, um den wackeligen Zentrumsturm vor Anfechtungen zu bewahren.

Am Sonntag fand in Weiden eine sozialdemokratische Parteikonferenz statt, die sich mit der Frage der Agitation und Stellungnahme zu den kommenden Reichstagswahlen beschäftigte. Man hörte erbauliche Beschreibungen über den schwarzen Terrorismus in der Oberpfalz. Die Zentrumspresse und die Zentrumspolitiker arbeiten mit den größten Eilen und Entstellungen und legen alle Hebel in Bewegung, um zu verhindern, daß die Sozialdemokraten sich dagegen verteidigen können. Es sei nur einiges aus dem reichhaltigen Material angeführt, das von den Delegierten vorgebracht wurde. Ein Wirt in einem oberpfälzischen Städtchen hatte im vorigen Jahre uns sein Lokal selbst angeboten. Als von diesem Angebot Gebrauch gemacht werden sollte, erklärte er: „Wenn ich Euch mein Lokal gebe, bin ich meines Lebens nicht mehr sicher.“ Man hat ihm u. a. auch gedroht, ihm die Postagentur zu nehmen, was seinen Ruin bedeuten würde. Die Sozialdemokraten können in der ganzen Stadt kein Lokal bekommen; wenn sie zusammenkommen wollen, müssen sie nach auswärts gehen. In einem anderen Orte hat der Wirt gleichfalls sein Lokal zugesagt, es aber hinterher verweigert mit der Bemerkung, er sei geschäftlich vernichtet, wenn er den Saal zur Verfügung stelle. Es stellte sich heraus, daß der Geistliche mit allerlei Ermahnungen und Drohungen gearbeitet hatte.

Unzählig sind die Fälle, daß, wenn in einem Orte ein sozialdemokratisches Flugblatt verteilt wird, der Geistliche oder einer seiner Trabanten hinter den Verteilern einhergeht und es wieder einammelt, ehe die Leute es lesen können. Während man uns alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg legt, macht es sich der Geistliche recht leicht mit dem Einberufen von Versammlungen. Er schickt, wenn es ihm gefällt, den Postbedienten herum und läßt zur Versammlung einladen, ohne sie anzumelden. Die Behörden lassen ihn ruhig gewähren. Oft begnügen sich die Geistlichen nicht mehr damit, und die Lokale abzutreiben, sondern sie suchen auch dort, wo Versammlungen zustande kommen, diese zu sprengen, wobei sie sich mitunter selbst an die Spitze der Sprengkolonnen stellen. Die halbwüchsige Jugend, die die Geistlichen in den folgenden Barschvereinen sammelt, wird in der unverantwortlichen Weise angehetzt und fanatisiert, wofür ein Redner selbstlebte drastische Beispiele anführte. Er mußte von Feiertagskutschknechten Nebenreden wie: „Den roten Lumpen bringen wir noch um!“ und „Den roten Lumpen schmeißen wir die Treppe runter, daß er den Hals bricht.“ Die Verheerung hat es bereits so weit gebracht, daß schon ein ziemlicher Grad von Mut dazu gehört, in jenen Gegenden die Stelle eines sozialdemokratischen Vertrauensmannes zu übernehmen. Es wird alles aufgegeben, um ihn nicht nur brotlos zu machen, sondern auch aus dem Orte hinauszubringen. Die Unternehmer werden bearbeitet, derartige Personen zu entlassen;

man steckt sich hinter die Hausbesitzer, den „Sozial“ keine Wohnung zu geben; ja, es kommen sogar Versuche vor, ihnen die Versorgung mit Nahrungsmitteln abzutreiben. So teilt ein Delegierter mit, daß er wegen seiner Tätigkeit in der ganzen Umgegend keine Milch mehr für seine Familie bekommen kann.

Die Konferenz nahm folgende Resolution gegen den Zentrumsterror einstimmig an:

„In der heutigen Konferenz wurde von allen Rednern in der glaubwürdigsten Weise versichert und durch die festgestellten Tatsachen bestätigt, daß in vielen Orten der Oberpfalz von Geistlichen und Bürgermeistern durch Abtreibung der Säle und andere Mittel das Versammlungsrecht außerordentlich beschränkt, in manchen Orten völlig illusorisch gemacht wird. Wegen dieses Terrorismus von im Dienste des Zentrums stehenden Geistlichen und Bürgermeistern erhebt die Konferenz den schärfsten Protest und verpflichtet sich, dieser Vergewaltigung durch vermehrte Agitation in Wort und Schrift mit aller Energie entgegenzutreten.“

Rheinischer nationalliberaler Parteitag.

Die nationalliberale Partei der Rheinprovinz hält am 27. und 28. Mai in Saarbrücken einen Parteitag ab. Der sogenannte „Arbeitsplan“ ist folgendermaßen festgesetzt: Sonnabend, 27. Mai, nachmittags 2 Uhr: Sitzung des Provinzialvorstandes; 4 Uhr: Vertreterversammlung (nicht öffentlich); abends 8 1/2 Uhr: Kommers. — Sonntag, 28. Mai, vormittags 11 Uhr: Parteitag (öffentlich), Redner: Reichstagsabgeordneter Wassermann; nachmittags 2 1/2 Uhr: Gemeinsames Essen. — Montag, 29. Mai, vormittags, Ausflug nach den Epikurer Höfen und patriotische Feier.

Das nennt man einen „Arbeitsplan“, richtiger wäre Festplan, denn den meistaus größten Teil der Tagung nimmt, wie man sieht, das „Feiern“ in Anspruch.

Unternehmer-Wortbruch im Kampf um den Arbeitsnachweis.

In Offenbach wurde mit Beginn des neuen Jahres der für den Landkreis bestehende staatliche Arbeitsnachweis mit dem in der Stadt selbst vorhandenen kommunalen Arbeitsnachweis vereinigt. Die freien Gewerkschaften erklärten sich bereit, auch ihrerseits diesen Arbeitsnachweis zu benutzen und gaben infolgedessen ihre gut funktionierenden Branchenarbeitsnachweise auf. Voraussetzung dafür war natürlich völlige Parität, die auch vom Kreisamt zugelassen wurde. Dazu gehörte auch, daß von den beiden Beamten des Arbeitsnachweises einer von den freien Gewerkschaften vorgeschlagen und ernannt werden sollte. Bei der Wahl des zweiten Beamten — der erste war schon von Arbeitgeberseite eingestellt — die vom Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises vorgenommen wurde, stimmten die beiden Arbeitervertreter für die Kandidaten der Gewerkschaften, die beiden Arbeitgebervertreter jedoch für einen Weissen, während sich der von der Städteverwaltung eingesetzte Vorsitzende des Verwaltungsausschusses in übel verstandener Unparteilichkeit der Stimme enthielt. Darauf entschied das vom Vorsitzenden gezogene Los für den Weissen. Da die Offenbacher Gewerkschaften nun durch ihr Kartell erklären ließen, daß sie an dem so gestalteten Arbeitsnachweis kein Interesse mehr hätten, lehnte die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung, die bekanntlich eine sozialdemokratische Mehrheit hat, die Bewilligung des Gehalts für den danach unwirksam gewordenen zweiten Beamten ab. Die christlich organisierten Arbeiter, die sich bisher um den Arbeitsnachweis überhaupt nicht kümmerten, sahen sich nunmehr zu einer Protestbewegung gegen den „sozialdemokratischen Terrorismus“ veranlaßt und behaupteten in einer Resolution unwahrheitsweise, die freien Gewerkschaften wollten den Arbeitsnachweis dazu benutzen, nichtorganisierte Arbeiter brotlos zu machen.

Wenn Kreisrat und Bürgermeisterei nicht den Weg zur Verständigung mit den Gewerkschaften finden, wird der kommunale Arbeitsnachweis Offenbachs völlig in die Brüche gehen.

Berichtigung. Die Zeitung des vor einigen Monaten gegründeten „Deutschen Schifferbundes“ erlucht uns um Mitteilung, folgender Resolution, die der geschäftsführende Ausschuß in einer Sitzung am 20. April angenommen hat:

Der Landtagsabgeordnete Dr. Diebmecht hat in der Sitzung vom 23. Februar d. J. ausgeführt:

„In neuester Zeit — am 23. Januar 1911 ist ein Reichsverband deutscher Schiffervereine gegründet worden, ein „nationaler Schifferbund“. In dieser Gründung sind Mitglieder aller Parteien, nur nicht der Sozialdemokratie eingeladen worden. Man will mit diesem Bund den sozialdemokratischen Bestrebungen innerhalb der Schifferbevölkerung möglichst viele Schwierigkeiten bereiten. Ja, meine Herren, es wird Ihnen das scharflich gelingen.“

Diesen Ausführungen gegenüber sei zunächst festgestellt, daß Herr Dr. Krüger, dem die Vorbereitung der Delegiertenversammlung vom 23. Februar d. J. übertragen war, sich persönlich in den Reichstag begeben hat, um Herrn Abgeordneten Robert Schmidt-Vorlin einzuladen. Da Herr Schmidt im Reichstage nicht anwesend war, hat Herr Dr. Krüger ihm sofort einen handschriftlichen Rohpostbrief geschickt.

Wir bedauern die Erklärungen des Herrn Abgeordneten Dr. Diebmecht, die ja, wie sich aus dem oben Gesagten ergibt, nur durch oberflächliche Information zustande gekommen sind, um so mehr, als wir uns grundsätzlich von jeder Parteipolitik fern halten und unsere Haltung lediglich durch das Bestreben diktiert wird, dem Privat-Schifferstande in seinem schweren sozialen und wirtschaftlichen Ringen zu helfen und ihm seine Selbstständigkeit zu wahren.

Oesterreich-Ungarn.

Der ungarische Wahlrechtskampf.

Budapest, 25. April. Die Parteikonferenz der Justizpartei faßte den Beschluß, eine ihr innerhalb oder außerhalb des Parlaments im Kampfe für das allgemeine, gleiche und geheime Stimmrecht angebotene Unterstützung mit Freuden anzunehmen. Allgemein sagt man diesen Beschluß so an, daß zwischen der Justizpartei und den Sozialisten ein gemeinsames Vorgehen in der Wahlrechtsfrage in Aussicht genommen ist.

Ein Pogrom in Galizien.

Lemberg, 25. April. Aus Razow bei Lhnow ist die Nachricht von jüdenfeindlichen Ausschreitungen eingetroffen. Militär wurde requiriert. Der Vertreter der Statthalterei ist nach Razow abgereist.

Nach Wiederherstellung der Ruhe wurde das Militär abgerufen, eine Gendarmereistation bleibt am Orte zurück. 29 Personen, welche die Bauern aufgereizt hatten, wurden als Rädelshüter verhaftet.

Frankreich.

Die Wiederinstellung der Eisenbahner.

Paris, 25. April. Die Präsidenten und Direktoren der Bahngesellschaften hielten gestern eine gemeinsame Versammlung ab zur Beratung der Forderung der Regierung, die Eisenbahnbediensteten wieder anzustellen. Der Berichterstatter erklärte, daß die Fassung eines endgültigen Beschlusses erst nach der Generalversammlung der Aktionäre möglich sei. Der Ministerpräsident und der Minister der öffentlichen Arbeiten hätten den Wunsch ausgesprochen, demnächst Vertreter der Bahngesellschaften zu empfangen. Diese würden dem Minister eine Erklärung über ihre Haltung geben und darlegen, daß sie im Interesse der Sicherheit des Publikums in ihrem Wohlwollen gegen die entlassenen Bediensteten nicht soweit gehen könnten, wie die Regierung es wünsche.

England.

Die Oberhausreform.

London, 25. April. Im Unterhaus schreitet die Debatte über die zweite Klausel der Parlamentsbill, die das Vetorecht der Lords in der allgemeinen Gesetzgebung einschränkt, nur langsam vorwärts, obwohl die Sitzungen verlängert worden sind. Die Opposition hat eine Reihe von Zusatzanträgen eingebracht, die Home Rule und verschiedene andere Maßnahmen von der Anwendung der Parlamentsbill ausschließen; aber die Regierung erklärte, keine Ausnahmen anzunehmen, und alle Zusatzanträge wurden abgelehnt.

Türkei.

Die Spaltung unter den Jungtürken.

Konstantinopel, 24. April. Die für heute erwartete Wahl des neuen Bureaus der jungtürkischen Kammerpartei ist auf morgen verschoben worden. Die Anhänger Talaats und Dschabids scheinen sich zu bemühen, die Wiederwahl Talaats durchzusetzen. Dagegen erklären die Führer der Dissidenten, daß sie mehr denn je entschlossen seien, den Kampf zur Brechung der Oligarchie, welche bisher in der Partei herrschte, weiterzuführen. Es bestätigt sich, daß die Bewegung durch einen Geheimbund geleitet wird, dessen Anhänger im Hause des Obersten Sadik vereidigt worden sind. Das Kriegsgericht hat heute abend an die Zeitungen die Aufforderung erlassen, aufhebende Publikationen zu unterlassen, da durch die letzte Zeitungspolemik die Gemüter in Konstantinopel erregt worden seien. Gerüchweise verlautet, daß der frühere Großwesir Kiamil Pascha, welcher sich in Smyrna aufhält, hierher berufen worden sei. Man spricht auch von der Berufung des Prinzen Salah Eddin.

Sicherem Vernehmen nach wurde Oberst Sadik, in dessen Hause die Mitglieder des Geheimbundes vereidigt wurden, vom Kriegsministerium aufgefordert, Konstantinopel zu verlassen und in seine Garnison Monastir zurückzukehren. Der Oberst soll diesem Befehl bisher nicht Folge geleistet haben.

Marokko.

Das Vorgehen Frankreichs.

Casablanca, 25. April. General Moirier hat den Befehl erhalten, an die benachbarten Stämme Proklamationen zu erlassen, um ihnen den Vormarsch der schierischen Kontingente und der französischen Truppen anzuzeigen. Er soll erklären, Frankreich beabsichtige nicht, neue Landstreden zu besetzen, sondern nur die Garka zu unterstützen, damit sie den bedrohten Fremdenkolonien erfolgreich Hilfe leisten und die Ordnung unter der Oberhoheit des Sultans wiederherstellen könne. Frankreich werde sich der weiteren Brandschätzung und weiteren Gewalttätigkeiten, wie sie von der eingeborenen Behörde den Stämmen zugefügt worden seien, widersetzen. Wenn die Stämme den Aufstand beendeten, würden die französischen Truppen nicht weiter vorrücken; im entgegengesetzten Falle würden sie jedoch gezwungen sein, das Land zur Ruhe zu bringen und die Anführer des Aufstandes schwer zu bestrafen. Die Stämme werden ferner aufgefordert werden, an Emirant, General Moirier oder an den Befehlshaber der fliegenden Kolonne Abgesandte zu schicken, die ermächtigt sind, im Namen der Stämme Verpflichtungen einzugehen.

Ein Gegenstank?

Langer, 25. April. Nach einer Meldung aus Rabat vom 24. d. Mts. sind dort Briefe aus Mekines eingetroffen, denen zufolge Mulay el Jin, ein Bruder Mulay Hafids, dort zum Sultan proklamiert worden ist. Die Warenlager wurden von Gemurrs geplündert, wobei mehrere jüdische Kaufleute erschlagen wurden.

Die Situation in Fes.

Langer, 25. April. Aus Fes wird vom 18. April gemeldet, daß dieser Tag ruhig verlaufen ist. Eine große Menge von Lebensmitteln, Mehl, Vieh und Kohlen, sind in die Stadt hineingekommen, ebenso 800 Hayamas, die den Rachen ihre Hilfe anboten. Am 19. April griffen die Uled Djamaa in einer Stärke von 2000 Mann die Stadt im Norden an, wurden aber nach anhaltendem Gewehr- und Artilleriefeuer zurückgeschlagen. Die Truppen des Rachen hatten unbedeutende Verluste. Die europäischen Konsuln haben in gemeinsamer Beratung beschlossen, ihren Staatsangehörigen zu raten, Fes zu verlassen, sobald der Weg nach Langer frei sein würde. Von der Mahalla Brémont sind Briefe vom 22. April eingetroffen. Es bestätigt sich, daß die Gemurrs in Mekines eingerückt sind und Mulay el Jin zum Sultan ausgerufen haben.

Amerika.

Ein Polizeiatentat gegen die Gewerkschaftsbewegung.

Im Oktober vorigen Jahres fand ein mysteriöses Dynamitattentat gegen das Redaktionsgebäude eines Scharfmacherblattes, der „Times“ von Los Angeles in Kalifornien statt. Im Anschluß daran begann eine Hege gegen die Gewerkschaftsführer, die bedrohlich wurden, das Attentat, bei dem zwanzig Menschen ums Leben kamen, veranlaßt zu haben. So blühmüßig diese Verleumdung war, die korrupte Beamtenschaft war den Scharfmachern zu willig und leitete eine Untersuchung ein. Vor kurzem wurden die Führer des Eisenbahnarbeiterverbandes Mc. Ranara und Otto Mc. Ranigel als Anführer verhaftet. Die Polizeistrolche verbreiteten das Märchen, daß sie einer weitverbreiteten Verschwörung auf die Spur gekommen seien, deren Leiter, zu denen auch die Verhafteten gehören sollten, die Absicht hätten, die Unternehmung mit allen Mitteln der Gewalt den Forderungen der Gewerkschaften gefällig zu machen. Gegenüber diesen hienrisigen Anschuldigungen erklärt Compers, der Präsident der Federation of Labor, daß die kalifornischen Polizeisten ein Komplott gegen die Arbeiterkraft angezettelt haben. Die Art der Verhaftung der Arbeiterführer sei ein Skandal. Mc. Ranigel sei in Detroit, wo der Detektiv Thomas Reed ihn arretierte, zehn Tage lang in dessen Wohnung eingesperrt gehalten worden und dort der Inquisitionsmethode unterworfen worden, die unter der harmlosen Bezeichnung „der dritte Grad“ bekannt sei, in Wahrheit aber auf die Tortur hinauslaufe.

Das Gericht selbst hat nun diese Beschwerden anerkannt müssen und das Vorgehen gegen die Arbeiterführer für ungeschichtlich erklärt. Demgemäß verfügte das Gericht die Verhaftung des Hilfskassiers Drewh in Los Angeles, des Anwalts der Bauarbeitervereinigung und des Chauffeurs Fox wegen Entführung Mac Ramaras. Die Arbeiterunion erwirkte einen Gerichtsbescheid gegen die Einschnürung in die beschlagnahmten Häuser. Der Staatsanwalt hielt gleichwohl seine Anklage aufrecht.

In der amerikanischen Arbeiterschaft haben diese Vorgänge, die ihnen so recht die freche Klassenherrschaft des Kapitals vor Augen führen, ungeheure Erregung hervorgerufen.

Gewerkschaftliches.

Der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband im Jahre 1910.

Nach dem Jahresbericht des Verbandes, dem seit 1910 die Mühlenarbeiter angeschlossen sind, war die Entwicklung der Organisation in jeder Beziehung eine erfreuliche. Die Agitation wurde zwar sehr beeinträchtigt und deren Erfolge zum großen Teil illusorisch gemacht durch die Nachwehen der vom Schnapsbrot beschlossenen Brauereierhöhung im Jahre 1909 bezw. durch die erhebliche Verminderung des Bierkonsums und der Produktion. Ueber den Winter 1909/10 blieb den Arbeitern auf Grund der Vereinbarungen des Brauereiarbeiterverbandes mit den Unternehmerorganisationen zum größten Teil ihre Arbeitsgelegenheit erhalten; dann aber traten die Folgen der Brauereierhöhung ein, und rücksichtslos wurde die Arbeiterzahl verringert. Mehrere Tausend verloren ihre Arbeitsstelle. Trotzdem beträgt die Zunahme an Mitgliedern 3373, mit den angeschlossenen Mühlenarbeitern zusammen 7407, so daß sich der Mitgliederbestand von 33 806 auf 41 303 erhöhte.

Die Finanzverhältnisse entwickelten sich in gleich erfreulichem Maße. Die Einnahmen der Hauptklasse stiegen von 784 613 Mk. im Jahre 1909 auf 976 950 Mk. im Jahre 1910. In dieser Summe sind enthalten rund 76 748 Mk. Bestand vom Mühlenarbeiterverband. Diese abgerechnet, betrug die Reineinnahme immer noch rund 116 000 Mk. Die Einnahmen an Beiträgen stiegen von 753 118 Mk. im Jahre 1909 auf 856 425 Mk. im Jahre 1910, die Gesamtausgaben von 602 688 Mk. auf 743 560 Mk. Das Vermögen einschließlich des in den Lokalkassen liegenden von 904 200 Mk. auf 1 209 265 Mk., davon in der Hauptkasse 1 006 295 Mk. — An Unterstützungen wurden ausbezahlt 347 700 Mk. gegen 286 278 Mk. im Vorjahre. Die größten Summen an Unterstützungen entfielen 1910: auf Krankenunterstützung 139 128 Mk., Streikunterstützung 111 000 Mk., Arbeitslosenunterstützung 48 525 Mk.

Auch in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat der Verband im Jahre 1910 recht Ansehnliches geleistet. Lohn-erhöhung wurde erzielt für 28 759 Personen pro Woche rund 49 000 Mk., Arbeitszeitverkürzung für 19 902 Personen pro Woche rund 65 000 Stunden, Verbesserung in der Bezahlung der Ueberstunden für 18 684 Personen, in der Bezahlung der Sonntagsarbeit für 18 733 Personen, an sonstigen Verbesserungen verschiedener Art nehmen teil 27 054 Personen. Außerdem wurde Urlaub ohne Lohnabzug neu eingeführt in 384 Betrieben für 9047 Personen, schon bestandener Urlaub verbessert in 190 Betrieben für 12 421 Personen.

Tarifverträge wurden 306 abgeschlossen, und zwar für 708 Betriebe mit 26 802 Personen; darunter entfielen auf neue Tarifverträge 183 für 4175 Personen, Tariferneuerungen 173 für 22 627 Personen.

Die gesamten Lohnbewegungen umfaßten 782 Brauereien, 60 Biernebenbetriebe, 28 Kalzfabriken, 10 Brennereien und 4 andere Betriebe. Durch Verhandlungen wurden 284 Lohnbewegungen erledigt, durch Streiks usw. 46, die 67 Betriebe mit 1446 Personen betrafen. Von den Streiks endeten 27 mit vollem, 13 mit teilweisem, 6 ohne Erfolg.

Die vorstehenden Ergebnisse der Lohnbewegungen und Streiks beziehen sich nur auf die Arbeiter und Betriebsgruppen im Bereiche des früheren Brauereiarbeiterverbandes. Auf die Mühlenarbeiter entfielen 1910 42 Lohnbewegungen für 1293 Personen. Durch Verhandlung wurden die Forderungen für 1150, durch Streiks für 143 Personen erledigt; 1 Streik war erfolglos. Erreicht wurden an Arbeitszeitverkürzung für 345 Personen 2255 Stunden pro Woche, Lohnerhöhung für 1008 Personen 1863 Mk. pro Woche, sonstige Verbesserungen für 1440 Personen. Tarifverträge wurden 8 abgeschlossen für 406 Personen. — Seit dem Zusammenschluß beider Verbände ist auch ein weit regeres Leben unter den Mühlenarbeitern zu verzeichnen und, nach den bisherigen Ergebnissen zu schließen, wird der Fortschritt auch im laufenden Jahre befriedigend sein.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes.

Die am 23. d. M. vorgenommene Wahl hat folgendes Resultat gezeitigt:

Als Beisitzer wurden gewählt die Kollegen Liesch und Strider.

Als Delegierte zur Generalversammlung in Mannheim sind folgende Kollegen gewählt: Cohen, Dräger, Devigneux, Engel, Erler, Hall, Fellenberg, Franke, Fries, Gerde, Glahmann, Grabow, Gräber, Grail, Gutsche, Henning, Jakob, Kahner, Koblanz, Köhler, Kühn, Lewendorf, Liesch, Loos, Raab, Rahng, Michaelis, Rowrocki, Radke, Robbel, Alwin Schulz, Schurig, Strider, Thurau, Vöfel und Vollmer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Lohnbewegung der Schraubendreher ist durch Beschluß einer am Montag abgehaltenen Versammlung für beendet erklärt. Die Bewegung wurde Ende März eingeleitet, weil ein großer Teil der Fabrikanten die tariflichen Vereinbarungen vom November 1910 nicht erfüllten. Das Ziel der Bewegung war, die Fabrikanten zur Gewährung der Verbesserungen zu veranlassen, auf welche die Schraubendreher nach dem Tarif Anspruch haben. Dies Ziel ist jetzt, teils durch Streik, teils durch Verhandlungen in den einzelnen Betrieben soweit erreicht worden, daß die Bewegung abgeschlossen werden konnte. Wie in dem Versammlungsbeschlusse ausgesprochen wird, sind tatsächliche Verbesserungen erreicht worden.

Der allgemeine Arbeiterinnenstreik in der Glühlampenfabrik von Vergmann

dauert fort. Das Ergebnis der Verhandlungen, die am Montag fortgesetzt wurden, ist so unbefriedigend, daß in der gestrigen Streikversammlung nicht eine einzige der wiederum vollständig erschienenen Arbeiterinnen dafür zu haben war. Die Direktion hatte bei den Verhandlungen folgendes Angebot schriftlich vorgelegt:

Wir unterbreiten der Kommission den Vorschlag, nach den neuen Akkordblättern vier Wochen lang zu arbeiten zu dem Zweck, während dieser vier Wochen festzustellen, ob bei diesen neuen Preisen ein auskömmlicher Verdienst zu erzielen sei oder nicht. Sollte sich hierbei herausstellen, daß verschiedene Preise erhöht werden müßten, so werden dieselben nach gemeinschaftlicher Prüfung erhöht, und wird die bereits zu dem niedrigen Preise während der Versuchszeit geleistete Arbeit nach dem nachträglich erhöhten Satz berechnet.

Bei Wiederaufnahme der Arbeit werden sofort so viele Arbeiterinnen beschäftigt, wie dem gegenwärtigen Beschäftigungsgrade entspricht. Weitere Einstellungen werden mit wachsendem Beschäftigungsgrade erfolgen.

Der Wiedereinstellung von 16 namentlich benannten Arbeiterinnen sieht unserterseits nichts im Wege.

Der letzte Satz bezieht sich auf die Kommissionsmitglieder und enthält etwas, das bei Beendigung des Streiks als selbstverständlich gelten müßte. — Die Verhandlungskommission hatte der Direktion den Vorschlag gemacht, doch wenigstens eine bestimmte Norm für den Verdienst der Arbeiterinnen festzusetzen, was jedoch rundweg abgelehnt wurde. Ueber das oben wiedergegebene Angebot wollte die Direktion nicht hinausgehen. Die Kommission be-

richtete nun über die Verhandlungen und verlas das Angebot, überließ es aber durchaus der Versammlung selbst zu entscheiden, ob man sich damit zufrieden geben wollte. Der Vorsitzende Handke forderte besonders diejenigen auf, die etwa dieser Meinung seien, sich zu äußern. Aber alle, die das Wort nahmen, erklärten sich ganz entschieden für Ablehnung des Angebotes. Es wurde dann auch schließlich von der Versammlung einstimmig abgelehnt, die Arbeit unter diesen Bedingungen wieder aufzunehmen. Ebenso wurde darauf folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung kann sich mit dem Zugeständnis der Direktion nicht einverstanden erklären, da eine Sicherheit dagegen, daß eine Verringerung des Lohndienstes eintritt, nicht gegeben ist. Die Kommission wird beauftragt, diese Meinung der streikenden Arbeiterinnen der Direktion mitzuteilen, mit der Bemerkung, daß die Streikenden nach wie vor zum Frieden geneigt sind. Ferner wird die Kommission beauftragt, der Direktion, um den Streik beizulegen, folgenden Vorschlag zu unterbreiten: Wenn eine Regulierung der Akkordpreise vorgenommen werden soll, dann in der Weise, daß der bisherige Verdienst den betreffenden Arbeiterinnen gesichert bleibt.“

Hindernisse bei der Einstellung der Transportarbeiter in der A. G. E.

Der Streik der Transportarbeiter von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Werk Brunnenstraße, erlangte am Dienstag, den 18. April er., bekanntlich sein Ende dadurch, daß die Direktion durch den Betriebsarbeitersausschuß den Streikenden ein Angebot übermitteln ließ, wonach ein Vergleich möglich und die Wiederaufnahme der Arbeit vor sich gehen konnte.

Hätte die Direktion sich an das gegebene Wort gehalten, so würde alles leichtlich gegangen sein. Aber die Direktion hat, wie am Mittwochmorgen bei der Einstellung leider festzustellen war, sich an ihre Versprechen nicht gebunden gefühlt. Das, was sie unter allen Umständen wollte: sofortige Einstellung der über drei Jahre im Werk tätigen Leute, wurde nicht erfüllt. Gerade die längere Zeit im Betriebe tätigen Leute wurden von der Annahme abgewiesen und ihnen gesagt, sie hätten auf eine Wiedereinstellung nicht zu rechnen. Was zur Einstellung gelangte, waren fast durchweg jüngere, erst kurze Zeit im Betriebe tätige Leute. Auch von dem Grundsatze, solange Streikende vorhanden, sollen Betriebsfremde nicht eingestellt werden, ging die Direktion ab. Das ganze Gebahren der Direktion erweckte den Anschein, als wenn sie bestrebt war, ein Strafgericht an den Streikenden auszuüben. Wegen ein solches Gebahren der Direktion wurde der Ausschuß beauftragt, Protest zu erheben. Leider ohne Erfolg. Die Direktion hat diesem gegenüber in ziemlich überhebender Weise erklärt, daß sie sich an nichts gebunden fühle und machen werde, wie sie es für gut befände. Dies die nackten Tatsachen, die wir der Öffentlichkeit zur Beurteilung unterbreiten.

Die Betriebsmeister und eine Reihe Abteilungscheffs erklären übereinstimmend, daß sie ihre alten bedürftigen Leute gerne wieder eingestellt hätten; doch die Direktion habe ein Verbot erlassen, welches sie machtlos mache. Sie seien gezwungen, Arbeitskräfte zu nehmen, die sie von der Direktion gestellt erhalten.

Das Vorgehen der Direktion hat daher nicht nur unter den Streikenden, sondern auch unter der Arbeiterschaft allgemein eine tiefgehende Erregung erzeugt, die gelegentlich ihren Widerhall finden dürfte.

Zum Streik bei der Firma Heinrich Freese wird uns berichtet, daß es den Anstrengungen der Firma gelungen ist, mit Hilfe des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins und der christlichen Verbände eine Anzahl Arbeitswilliger zu den Holzplattensägearbeiten hier in Berlin zu gewinnen. Es sind dies die Arbeiter H. Richter, Brunnenstraße 122, Aug. Ruffald, Sirelitzer Str. 49, Hörgger, Schönhauser Allee 100, Willi Hähnel und G. Rosenhain, beide Nieder-Schönhausen, Planensburger Str. 82 wohnhaft, Oskar Bod, Baulstr. 7, Rich. Krüger, Charlottenburg, Schützenstr. 4, August Treile, Hirsch-Dunderschen, Bismarckstr. 5, und A. K. Planensburger wohnhaft. Zurzeit läßt die Firma Arbeiter ausführen auf der Kaiser-Bildeldrücke, Westend, Kaiserdamm, Siegmundshof und Bethanien-Ufer gegenüber dem Gewerkschaftshaus. — Zum Anlernen der Arbeitswilligen dienen die Vormänner R. Kothenthal, Bismarckstr. 8; W. Schröder, Invalidenstr. 123; Wieberneit, Schumannstr. 5 und Franz Sommerfeld, Gethsemanestr. 5. Diese Arbeiter sind dem ungesetzlichen Verlangen ihres Arbeitgeber nachgekommen und aus ihrem Verbandsausgetreten. Ebenso haben einige von ihnen auch dem Wahlverein den Rücken gekehrt. Zum „Schutze“ der lieben Hausfrau bedient sich Herr Freese der Polizei. Jede Baustelle wird den ganzen Tag ununterbrochen durch Schutzmännchen bewacht. Der Schlagmeister Schipull, der sich, solange er neben seiner Beschäftigung bei Freese noch ein Zigarrengeschäft in der Ribbachstraße 15 besaß, als pflichttreuer Parteigenosse gerierte, scheint diesen Pflichten gänzlich vergessen zu haben. Das geht wenigstens daraus hervor, daß er vor Ausbruch des Streiks in einer Arbeitervertretungsitzung die Arbeiter zum Uebertritt in den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsverein zu überreden versuchte. Schipull meinte, „dadurch würden sie (die Arbeiter) sich ihre Stellung dauernd bei Freese sichern.“ Diesen Rat erteilte Herr Schipull den Arbeitern aber erst, nachdem ihm die Firma sein Gehalt um 300 Mark pro Jahr erhöhte. Er hatte bereits seine Stellung bei der Firma gekündigt, weil diese offen gegen ihn den Verdacht geäußert hatte, daß er seinerzeit dem „Vorwärts“ den bekannten Waschherrn Freese, welcher sich gegen die Gewerkschaften richtete, geliefert habe. Herr Schipull scheint nun dadurch quittieren zu wollen, daß er seit November mit seinen Beiträgen zum Wahlverein rückständig geblieben ist und außerdem die Schutzleute auf die Streikposten aufmerksam macht.

Der Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsverein kann auf die Mitglieder, welche ihm bei dieser Gelegenheit zugeführt werden, besonders stolz sein.

Es wird noch wie vor gebeten, daß die organisierte Arbeiterschaft den Zugang zum Betriebe Freese fernhält.

Achtung, Steinarbeiter! Fortwährende Lohnunterschiede bei der Firma Finl, Rarmorwerk, Dennewitzstraße, führten zur Arbeitslosenunterstützung der bis dahin organisierten gewerkschaftlichen Arbeiter. Die Regelung der Angelegenheit wurde unserem Verbände übertragen. Bis dieselbe erfolgt ist, ist der Betrieb gesperrt.

Bei der Firma Schneider, Grabsteinfabrik, Vergmannstraße bedurfte es auch in diesem Jahre erst der einmütigen Arbeitseinstellung, um dem Tarif Geltung zu verschaffen. Im Laufe eines Tages war die Angelegenheit zu unsern Gunsten erledigt.

Bezüglich der Maifeier sei darauf hingewiesen, daß die Wiederaufnahme der Arbeit am 2. Mai nur geschlossen erfolgen darf. Geschäfte, in denen ausgesperrt wird, gelten auch von uns als gesperrt. In diesen sind nach Betriebsaufnahme Ueberstunden unter allen Umständen zu verweigern.

Deutsches Reich.

Koalitionsverbot für städtische Arbeiter in Kolberg!

Das ist der Weisheit letzter Schluss, den die städtische Verwaltung Kolbergs aus dem Kampfe mit ihren Arbeitern gezogen hat. Im Februar dieses Jahres hatte sie bei Verhandlungen und Beendigung des Streiks den Arbeitern einen Tarifvertrag unter Anerkennung der Organisation der Arbeiter, 3 Pf. Lohnzulage pro Stunde, Sommerurlaub von drei Tagen, bessere Bezahlung der Ueberzeitarbeit, und Reduzierung der Arbeitszeit auf 10 Stunden zugestanden. Als die Verwaltung dieses Versprechen aber nicht ein-

löste, griffen die Arbeiter am 23. März erneut zum Streik. War die Ausstandsbestimmung für die Betriebe der Gasanstalt, Parkanlagen und des Bauamtes auch einheitlich und einmütig, so fanden sich doch schon nach einigen Tagen aus den Reihen der Streikenden selbst Arbeitswillige, wodurch vorerst die Wiederaufnahme der Arbeit in der Parkverwaltung und später auch vom Gaswerk bedingt war, da die Gaswerksdirektion eine Streikbrecherkolonne aus Ostern erhalten hatte. Der zweite Ausstand endete mit einer Niederlage der Arbeiter. Damit allein ließ es die Stadtverwaltung nicht genug sein; sie verlangte vielmehr von den Arbeitern, daß sie vor Wiedereintritt in die Arbeit einen Keuerschreiben unterschreiben sollten, in dem sie erklärten, aus dem Verbandsausgetreten. Das von der Verwaltung an die Arbeiter gestellte Ansinnen verstößt ohne Zweifel gegen die guten Sitten und das nicht eingelöste Versprechen gegen Treu und Glauben. Die Organisation vernichten kann die Stadtverwaltung nicht, sie wird vielmehr bei gelegener Zeit ernten, was sie gesät.

Die städtischen Arbeiter Dresdens

finden sich in einer Lohnbewegung. Seit Jahren schon fordern sie die Einführung der täglich neunstündigen Arbeitszeit. Der Rat der Stadt hat es aber immer wieder verstanden, diese Forderung zu verschleppen. Die Arbeiter haben es jetzt satt bekommen, sich immer und immer wieder mit schönen Worten abspülen zu lassen. Sie beauftragten deshalb zunächst die Arbeiterausschüsse, mit dem Räte sofort in mündliche Unterhandlungen einzutreten und mit allem Nachdruck die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und, um einen Lohnausfall zu vermeiden, denn einen solchen können die Arbeiter bei ihren ohnehin miserablen Löhnen nicht tragen, eine Erhöhung der Löhne um 15 Proz. zu verlangen. Eine Versammlung der Arbeiter beschloß weiter, daß, wenn die Verhandlungen der Arbeiterausschüsse resultatlos verlaufen, dann der Gemeinbevollmächtigten sofort eine weitere Versammlung einzuberufen hat, um die zur endlichen Durchföhrung der Forderung nötigen Maßnahmen zu beschließen.

Ausland.

Achtung, Holzarbeiter! In Zürich stehen die Holzarbeiter im Streik zur Erreichung des freien Sonnabendnachmittags. Der Platz Zürich ist für Fischer, Maschinisten und Glaser strengstens gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten. Sperrebrecher sind nicht anders als Streikbrecher.

Der Streik in der Fensterfabrik Klefer-Wollstichhofen dauert unverändert fort und ist der Zugang von Glasern, Rahmenmachern und Maschinisten strengstens fernzuhalten.

Holzarbeiterverband, Sektion Zürich.

Verfammlungen.

Die Franke der Silberrahmenmacher des Holzarbeiterverbandes hielt am Montag ihre regelmäßige Mitgliedserversammlung ab. Horn berichtete von der Tätigkeit der Berufskontroll-Kommission im ersten Quartal dieses Jahres. In 5 geschäftlichen und 83 Berufshaltungen waren von 56 Werkstätten die Kollegen eingeladen, deren Zahl 249 betrug. Davon gehörten 247 dem Verband an, 205 waren erschienen. Ueber die Frage der Maifeier sprach R. Müller, der im Namen des Vorstandes die vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai empfahl. Sämtliche Redner schlossen sich dieser Mahnung einmütig an und erklärten, daß die Holzarbeiter Berlins von der Maifeier nimmermehr ablassen werden.

Die Haarschmudarbeiter und Arbeiterinnen, organisiert im Deutschen Holzarbeiterverband, versammelten sich am Montagabend im Gewerkschaftshaus. Die Möglichkeit eines Tarifvertrages in der Kamminindustrie kam zur Besprechung, nachdem Julius Hildebrandt einen Vortrag über das Thema: Tarifverhältnisse und ihr Einfluß auf die Lohnverhältnisse der Arbeiterschaft gehalten hatte. Von Seiten einzelner Unternehmer ist der Wunsch nach tarifmäßigen Abmachungen in der Kamminindustrie geäußert worden, und die Arbeiter stehen, wie die Diskussion zeigte, diesem Wunsche nicht ablehnend gegenüber, wenn auch mancherlei Bedenken auftauchten. Die Angelegenheit wird in der Branchenkommission noch näher erörtert werden, möglicherweise kommt es dann zur Einleitung von Verhandlungen zum Zwecke eines Tarifabschlusses.

In Bezug auf die Maifeier machte der Vorsitzende bekannt, daß in 24 Betrieben — von insgesamt 33 Betrieben — beschlossen wurde, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Von den übrigen neun Betrieben sind sieben so unbedeutend, daß sie überhaupt kaum in Frage kommen. Die organisierten Haarschmudarbeiter und Arbeiterinnen werden sich am 1. Mai vollständig versammeln und die Arbeit ruhen lassen.

Letzte Nachrichten.

Zu den marokkanischen Wirren.

Tanger, 25. April. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus reist der Scherif Wazan auf Wunsch des Sultans und der französischen Gesandtschaft heute nacht nach Fes ab, um zu versuchen, durch seinen Einfluß die Aufständischen zur Unterwerfung zu veranlassen.

Tanger, 25. April. (W. T. U.) Hier geht das Gerücht, daß der Redakteur Houel vom „Journal“ von den Aufständischen gefangen gehalten wird und mißhandelt worden ist. Houel hatte Tanger am Anfang dieses Monats verlassen, um sich nach Fes zu begeben. Nachdem er sich einige Zeit bei der Mahalla Fremont aufgehalten hatte, war er nach Alkassar gekommen und von dort mit der Absicht aufgebrochen, zu den Beni Rter zu gehen.

Ein Todesurteil.

Lübeck, 25. April. Das Schwurgericht verurteilte den 21-jährigen Kaufmann Ernst Hartmann zum Tode und 2 Jahren Zuchthaus. Hartmann hatte am 18. November v. J. die Rentnerin Jensen nach Ueberreichung eines Erpresserbriefes erschossen.

Aufgehobenes Wettbureau.

Frankfurt a. M., 25. April. (S. B.) Die Kriminalpolizei verhaftete wegen Buchmacherrei und Wettvermittlung den Tapezierer Clemens Kals und den Wirt Peter Wagner, die im Hause Klingersstraße 9 ein über die ganze Stadt ausgedehntes Wettbureau unterhielten. In dem Bureau waren zehn Schreiber beschäftigt. Es wurden für 2000 M. Wettzettel und das dazu erforderliche Geld beschlagnahmt.

Ausstand der böhmischen Spinnerinnen.

Wien, 25. April. (W. T. U.) Einer Meldung aus Trautenau zufolge hat die Spinnerei Kallits Erben, die 1200 Arbeiter beschäftigt, den Betrieb eingestellt, nachdem 400 Spinnerinnen wegen Nichtbewilligung von Lohnforderungen gestern in den Ausstand getreten sind. Auch in anderen Fabriken macht sich eine Lohnbewegung geltend.

Verlorener Dampfer.

Bieritz, 25. April. Der Dampfer „Eugen Perroté“, welcher vor einigen Tagen auf der Höhe von Lelibia auf Sand gefahren war und glücklicherweise von Schleppdampfern wieder abgedrückt worden war, ist nunmehr von einem heftigen Sturme entzwei gerissen worden. Der Dampfer gilt als vollständig verloren.

Der Ausstand der russischen Hafenarbeiter beendet.

Litau, 25. April. (W. T. U.) Der Ausstand der Hafenarbeiter ist endgültig beigelegt. Die Hafenarbeiter haben die Bedingungen, den Ausstandentag und den früheren Lohn, angenommen. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Reichsversicherungsordnung.

IV. Unfallversicherung.

Die Unfallversicherung soll nach dem Vorschlage der Kommission noch erheblich verschlechtert werden. Allmächtig soll allein und ausschließlich auf diesem Gebiete das Unternehmertum bleiben. Einer geringfügigen Ausdehnung des Kreises der Versicherten stehen tief einschneidende Verschlechterungen selbst des geltenden Gesetzes gegenüber. Auf Einzelheiten nach dieser Richtung, die sich auf eine Verschlechterung des Begriffs der Erwerbsunfähigkeit, Herabminderung der Rentenhöhe für einige Fälle beziehen, erübrigt sich einzugehen. Am tollsten tritt die ausnahmsweise Natur des Gesetzes da in Erscheinung, wo es die Verfügung, ja das Verbot hinreichender Unfallverhütungsvorschriften auspricht und wo es ein Verfahren für die vom Unfall Verletzten ausklingelt, das dem Verletzten die Instanz des Reichsversicherungsamts als letzte Instanz nimmt und den Verletzten und die Behörden den Berufsgenossenschaften untertänig macht. Diese Verschlechterung des Verfahrens nimmt in vielen Fällen noch häufiger als schon jetzt den Opfern ihres Berufs die Möglichkeit, in Wirklichkeit wenigstens das Wenige zu erhalten, was das Gesetz ihnen verspricht.

Kreis der Versicherungspflicht

war durch die Vorlage ausgedehnt auf das Dekorateurgewerbe, den Betrieb der Badeanstalten, den gewerblichen Fahrbetrieb, den Reittier- und Stallhaltungsbetrieb, das nichtgewerdmäßige Halten von Reitieren und Fahrzeugen, die durch elementare oder tierische Kraft bewegt werden, ferner auf den gesamten Umfang des Betriebes bei Tiefbauarbeiten und endlich auf Betriebe zur Behandlung und Handhabung der Ware, wenn sie mit einem kaufmännischen Betriebe verbunden sind, der über den Umfang des Kleinbetriebes hinausgeht. Die Kommission hat diesem Kreis noch Apotheken, Gerbereibetriebe, Steingewerbetriebe, das Schiffsziehen (Treideln), die Fischzucht, die Leichwirtschaft, die Eisgewinnung, die Winnenfischerei sowie das Halten von Fahrzeugen auf Winnen, gewöhnlich zugefügt. Auch der Kommissionsvorschlag hält sich also von dem Gedanken fern, alle Unfälle versicherungspflichtig zu machen oder wenigstens den Umfang der Unfallversicherung dem der Krankenversicherung gleichzustellen. Das Handwerk, der Hausgewerbetrieb, die hauswirtschaftliche Tätigkeit und eine Reihe nicht gewerbmäßig getriebener Beschäftigungen bleibt nach wie vor ausgeschlossen. Für eine Reihe von Beschäftigungen bleibt der Zweifel, ob Versicherungspflicht vorliegt, bestehen. Wir heben nach dieser Richtung nur die Unfälle hervor, die in Konsumgenossenschaft betriebenen Unternehmungen sowie solchen, die in kaufmännischen Unternehmungen erfolgten, welche über den Umfang des Kleinbetriebes nicht hinausgehen. Wann wird der „Umfang des Kleinbetriebes“ überschritten? In einer Reihe von Betrieben bleibt nur ein Teil versicherungspflichtig, so unterziehen Kellner in einem Großgastronomiebetrieb der Unfallversicherung nicht, auch wenn sie infolge des mechanischen Großbetriebes der Kucherei oder der Wäscherei oder beim Pfuhaltungsbetriebe verunglücken. Die antisoziale Richtung der Kommission ging so weit, daß sie die Versicherung der Personen ablehnte, die bei der Rettung von Personen oder Sachen (bei Feuergefahr oder Wasserschäden) verunglückt sind. Früher haben selbst Nationalliberale und Konservative im Reichstagsplenum sich für die Versicherung dieses Personalkreises ausgesprochen.

Die jetzt dem Plenum zu unterbreitende Fikararbeit sieht nach verschiedenen Richtungen hin hinter dem zurück, was der im Jahre 1894 vom Reichsamt des Innern ausgearbeitete Entwurf enthielt. Werden die Kommissionsberichte, die noch immer aufstehen, kartellieren, weshalb man sich noch immer nicht dazu aufgerafft hat, den Anträgen der Sozialdemokraten entsprechend, alle in den Betrieben der Industrie und Landwirtschaft sowie des Handels und der Hauswirtschaft vorkommenden Unfälle einer Versicherung zu unterwerfen? Der wirtschaftliche Nachteil des verunglückten Arbeiters und seiner Hinterbliebenen bleibt doch der gleiche, in welcher Betriebsart auch der Unfall sich ereignet hat. Vom sozialen Standpunkt aus und gemessen an dem Interesse der Arbeiterklasse ist die verchiedenartige Behandlung unverständlich. Anders von dem Leitmotiv, das die Regierung und die Mehrheit der Kommission bei der Gestaltung der Reichsversicherungsordnung befehl hat: nicht Anerkennung der

Verpflichtungen, die Unfallschäden zu erleiden, die bei einer im Interesse eines Dritten vorgenommenen Arbeit Arbeitern zugefügt sind, sondern das Recht der Arbeiterklasse auf Schadenersatz gegenüber dem Recht eines jeden anderen, der bei demselben Unglücksfall verletzt wird, erheblich zu kürzen und unter dem Vorwand sozialer Fürsorge, die industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmer zu einer auf Unterdrückung der minimalen Arbeiterrechte abzielenden, unumgekehrten Zwangsorganisation zusammenzuschließen.

Der Kreis der der Versicherungspflicht unterworfenen Personen ist auch insofern etwas weiter gezogen, als Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker, die bislang der Unfallversicherung nur unterstehen, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst 3000 M. nicht übersteigt, versicherungspflichtig sein sollen, falls ihr Jahresarbeitsverdienst unter 5000 M. beträgt. Der Antrag, diese Grenze auszuheben, ist von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Zersplitterung der Versicherungsgesetzgebung

in Gewerbe, landwirtschaftliche und See-Unfallversicherung ist geblieben. Nur die Bau-Unfallversicherung ist in die gewerbliche hineingearbeitet. Ein großes Unfallsamt, ähnlich dem, wie es der Bismarcksche Entwurf vom März 1891 vorschlug und es die Sozialdemokraten von jeher verlangt haben, würde ganz beträchtliche Kostenersparnisse und Verminderung der Unfälle herbeiführen. Aber der konservativ-zentrums-nationalliberalen und antisemitischen Mehrheit kommt es auch bei der Unfallversicherung viel mehr auf ein vom Unternehmertum abhängiges Beamtenheer an, in dem verkrante bürgerliche Existenzen und dem Unternehmertum gefügige Herren auf Kosten der im Verufe verunglückten Arbeiter Unterkunft finden.

Unübersichtlichkeit.

Die Schwerefälligkeit, Plumpheit und Unübersichtlichkeit der Unfallgesetzgebung ist durch die Kommissionsvorschläge nicht weniger als gehoben. Ueber 650 Paragraphen (§§ 560 bis 1211) mit zahllosen Hinweisen auf frühere und spätere Gesetzesvorschriften enthalten das Gerippe der Versicherung. Ueber hundert andere Paragraphen (1529 bis 1533, 1535 bis 1573, 1656 bis 1697, 1698 bis 1754) regeln das Verfahren zur Geltendmachung der Ansprüche. Dies Paragrafengefüpp ist für einfache Arbeiter nahezu undurchdringlich und nimmt ihnen fast die Möglichkeit, ihre Rechte selbst wahrzunehmen. Dennoch nimmt das Gesetz ihnen an verschiedenen Stellen die Möglichkeit, sich durch „geeignete Personen“ vertreten zu lassen, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben“ (§. 8. §. 1546). Die naturgemäße Folge ist, daß oft auch die schmalen, den Verunglückten und ihren Hinterbliebenen zugesprochenen Rechte nicht zur Geltung gelangen werden.

Entschädigungen

für die auf dem Schlachtfelde der Arbeit Verunglückten und ihre Hinterbliebenen sollen nach wie vor um mindestens ein Drittel geringer bleiben, als ihr Vermögensschaden beträgt. Nach wie vor sollen Unfälle, die in den ersten 13 Wochen nach ihrem Eintritt geheilt werden, also 75 bis 80 Prozent aller Unfälle, den Krankenkassen aufgebürdet werden. Und das, obwohl der erste Unfallgesetzentwurf vom Jahre 1891 und der Beschluß der Reichstagskommission vom Jahre 1897 die Unfallkassenzeit auf vier Wochen herabgemindert wissen wollten. Die Höhe der Entschädigungen ist infolgedessen etwas gebessert, als bei ihrer Berechnung der Jahresarbeitsverdienst von 1500 bis 1800 M. voll — nicht nur wie bislang nur zu einem Drittel — zur Anrechnung gelangen soll (§. 84). Der Antrag, den wirklichen Arbeitsverdienst zugrunde zu legen, wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Für die Landarbeiter gar soll es bei den geringen von der Behörde festzusetzenden Jahresarbeitsverdienst-Durchschnittswerten bleiben.

Verufskrankheiten

herbeigeführte Unfälle Unfällen im Sinne der Versicherungsgesetzgebung gleichzustellen, kommt der Kommissionsvorschlag nicht nach. Ein Antrag unserer Genossen, Verufskrankheiten (insbesondere Malaria, Stomat, Bleibergiftung, Lungentuberkulose) wenigstens dann der Versicherung zu unterstellen, wenn der Erkrankte sich im Betriebe das Leiden zugezogen hat, wurde abgelehnt. Es fand nur ein Antrag Ausnahme, dem Bundesrat das Recht einzuräumen, die Gewerbe-Unfallversicherung (nicht auch die landwirtschaftliche) auf bestimmte gewerbliche Verufskrankheiten auszudehnen (§. 508a).

Gallam, Gladstone, Stuart Mill angeschlossen. Gegentwärtig wird die Bibliothek von einem Kart verwalten, unter dessen Mitgliedschaft viele hervorragende Persönlichkeiten zählen. Im Jahre ihrer Entstehung (1843) zählte die „London Library“ 14000 Bände; gegenwärtig ist deren Zahl auf einige Hunderttausende gewachsen.

Die älteste Zeitungsinserate. Während allgemein angenommen wird, daß der englische Erwerbgeist damit angefangen hat, die periodisch erscheinenden Zeitungen zu Annoncierungszwecken zu benutzen, nimmt die chinesische Zeitung „Kin-Pana“, die, nebenbei gesagt, auch die älteste Zeitung der Welt ist, für sich den Vorzug in Anspruch, als erste in ihren Spalten bezahlte Inserate aufgenommen zu haben. Dieses offizielle Regierungsblatt des chinesischen Reiches, dessen Titel „Kin-Pana“ in wörtlicher Uebersetzung „Vater der Presse der Welt“ lautet, geht in seinem Ursprung bis auf das Jahr 889 n. Chr. zurück, begann im Jahre 1381 wöchentlich zu erscheinen, kommt seit 1880 täglich heraus und begann von 1457 an im Anschluß an seinen Handelsstil bezahlte Annoncen aufzunehmen. Die nächsten nach ihnen sind allerdings die Engländer. Einige aus dem Jahre 1588 stammende Zeitungsummern des „English mercurius“ enthalten Anzeigen von eben erschienenen Bäckern, deren dem Zeitgenossen kundgebende Titel einen recht absonderlichen Wortlaut, wie „Seuffer aus der Hölle“ oder „Die erdredlichen Greneliaten des großen Menschenschlächters Tommelan in Persien“, haben. Die erste seit 1622 regelmäßig erscheinende englische Zeitung „Weekly News“ nahm anfänglich gar keine Inserate auf; diese wurden erst um die Mitte des 17. Jahrhunderts häufiger. Die schon damals stark entwickelte Jagdleidenschaft der Engländer brachte es mit sich, daß es sich bei den Anzeigen vielfach um verloren gegangene kostbare Hunde handelte, wobei die Meute König Karls II. des 1690 auf den Thron gestiegenen Stuarts, den Vorzug der Einrückung an hervorragender Stelle besaß. So heißt es in einer Zeitungsummer aus dem Jahre 1693: „Wir müssen wieder nach einem schwarzen Jagdhund, einer Kreuzung zwischen Windspiel und Wachtelhund, fragen, ohne Abzeichen außer einem weißen Streifen auf der Brust und mächtig gestuempem Schwanz, der dem König sicher gestohlen ist, da er nicht in England geboren und großgezogen ist, seinen Herrn also nie freiwillig verlassen würde. Warum hört man denn nie auf, die Majestät zu beschlehen? Der König muß sich doch einen Hund halten!“ Schon in den ersten Zeiten des Annoncienwesens tauchen auch „Breiten Mann einnehmend, die praktischeren Anzeigen von Geheimmittelschwindlern und Kurpfuschern auf, denen sich Pausenfüßler, Athleten und Voger anschließen.

Zeischer Seefisch — direkt ins Haus. Die Koppenhagener sind große Liebhaber von Seefischen, und sie lassen sich um ihre Lieblingsspeise stets tabellos zu erhalten, keine Mühe verdrießen. Die Stadtverwaltung hat eigens die Abflughöhe der Kanalisation, die früher unmittelbar bei der Stadt in den Hafen mündete, beseitigt und einen großen Hauptkanal gebaut, der die Abwässer weit hinausführt. Dadurch wird jede Verunreinigung des

Hinterbliebenenrente

hat ihre niedrige Höhe (1/2 des verfürzten Jahresarbeitsverdienstes und falls mehrere Kinder vorhanden sind, nie über 1/3) beibehalten, die auf Erhöhung der Sätze abzielenden Anträge unserer Genossen wurden abgelehnt. Die Hinterrente endet schon mit dem vollendeten 15. — bei Beamtenkindern bekanntlich mit dem vollendeten 18. — Jahre. Uneheliche Kinder erhalten nach der herrschenden Praxis nichts. Der Kommissionmehrheit entging die Ungerechtigkeit dieses Zustandes und seine Rachehaftigkeit für das Gesamtwohl nicht. Sie raffte sich indes nur dazu auf, einem unehelichen Kinde nur dann eine Rente zu gewähren, soweit der Verstorbene ihm nach geheimer Pflicht Unterhalt gewährt hat. (§. 607.) Danach erhält ein Kind keine Rente, wenn sich der Verstorbene seiner Zahlungsverpflichtung entzogen oder zwar Unterhalt gewährt hatte, aber „geheimlich“ hierzu nicht verpflichtet war!

Ausländer

sind über die Regierungsvorlage hinaus schlechter gestellt. Die Rente des berechtigten Ausländers soll ruhen, solange sich der berechtigte Ausländer freiwillig gewöhnlich im Ausland aufhält, sowie, wenn er wegen Verurteilung in einem Strafverfahren oder aus Anlaß einer solchen Verurteilung aus dem Gebiete eines Bundesstaates ausgewiesen ist. Die Mehrheit der Kommission hat hier in Widerspruch mit dem geltenden Recht ähnlich wie im Invalidenversicherungsgesetz ein Ausweisungrecht geschaffen. Zu dieser Mehrheit gehörte das Zentrum, das zu der Zeit seiner Blüte lebhaft ein solches Ausweisungsrecht bekämpfte!

Unfallverhütungsvorschriften

sind im wesentlichen unverändert geblieben. Das Recht der Arbeiter, in Unfallverhütungsvorschriften einzugreifen, ist nicht erweitert. Ein Recht, bei der Ueberwachung der Unfallverhütungsvorschriften mitzuwirken, soll den Arbeitern auch fernerhin versagt bleiben. Und doch sollte für eine Unfallgesetzgebung, die auch nur einen Hauch sozialen Empfindens in sich trägt, die Hauptsache sein, in erster Reihe die Zahl der Unglücksfälle durch Zulassung von Arbeiterkontrollen zu vermindern. Und das umsomehr, als teilweise infolge der Mangelhaftigkeit der Organisation der Berufsgenossenschaften, deren Verwaltung völlig dem Unternehmertum ausgeliefert ist, die Opfer auf dem Gebiete des Schicksalsfeldes der Arbeit jahraus jahrein unendlich viel zahlreicher sind, als die Opfer eines Krieges. Im deutsch-französischen Kriege 1870-1871 wurden auf deutscher Seite insgesamt 1871 Offiziere und 26397 andere Soldaten getötet, 4184 Offiziere und 84304 Mannschaften verwundet. Nach der amtlichen Statistik der letzten Jahre über die Unfälle in den den Genossenschaften unterstellten Betrieben beträgt die Anzahl der angemeldeten Verletzungen jährlich über 680000, die Anzahl der schweren Verletzungen, die den Tod oder mindestens eine 13 Wochen überdauernde Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten, über 140000 und der Todesfälle alljährlich über 9000! In jedem Jahre werden also inmitten des tiefsten Friedens auf dem Schlachtfelde der Arbeit fast doppelt so viel Arbeiter verwundet als im Kriege 1870/71 Offiziere getötet oder verwundet wurden und die jährliche Armee der infolge der Unfälle bei der Arbeit Schwerverwundeten oder Getöteten übersteigt bei weitem die Gesamtzahl der im französischen Kriege Getöteten und Verwundeten.

Diese grauenvollen Zahlen enthalten eine furchtbare Auflage gegen den Mangel an Rücksicht, die von der herrschenden Klasse im Kampf um den Profit auf Arbeiterleben und Arbeitergesundheit genommen wird. Sie hatten aber für die Schorfachermehrheit der Kommission nichts Aufregendes, nichts Verunruhigendes. Es sind ja „nur Arbeiter“, deren Leben und Gesundheit von Jahr zu Jahr in steigendem Maße gefährdet werden. Die Kommissionmehrheit, zu der in erster Linie das Zentrum gehört, lehnte alle Anträge ab, die eine Herabminderung der jährlichen Getöteten an Arbeiterleben, Arbeiterblut und Arbeitergesundheit forderten. Ja, weit darüber hinaus untersagt sogar eine neue Vorschrift in § 967 dem Reichsversicherungsamt, an Stelle der landwirtschaftlichen Genossenschaften Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen und technische Aufsichtsbeamte anzustellen, wenn die Genossenschaft diese Pflicht unterläßt. Und Zentrumsblätter — natürlich auch der rebelle und schreibsüchtige Erzberger — wagen es, dies schamlose Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter als ein Fürsorgegesetz für dieselben auszuweisen. Wie hätten ein Windsturz, ein Mousung, ein Reichensperger diese Sünden an Leib und Leben ihrer Mitmenschen gestäup!

Hafens vermieden, was für den Seefischhandel von großer Bedeutung ist. Die kleineren Seefische werden nämlich auf flachen durchhöberten Wooten bis zu dem Augenblick lebend erhalten, in dem sie ihren Weg in die Küche nehmen. Aus den Wooten kommen die Fische für diejenigen Käufer, denen es zu viel Mühe macht, bis zum Hafen zu gehen, in große Behälter mit Seewasser, die auf Kähnen laufen, und mit denen die Händler bis vor die Tür der Kunden fahren. Eine Sehenwürdigkeit ist auch der große Fischmarkt innerhalb der Stadt, und zwar wegen seiner geradezu verblüffenden Sauberkeit. Auch hier werden die Fische nicht auf Tischen und Platten zur Schau gelegt, auf denen sich Staub und Schmutz anjammeln können; die Fische liegen vielmehr in großen, sehr hübsch aussehenden Becken aus weichen und buntglasierten Ziegeln, durch die ununterbrochen frisches Wasser läuft. Die kleinen Seefische schwimmen in diesen Becken lustig herum; die größeren, wie Kabeljau und Heilbutte, für die die Gefäße doch nicht ausreichen würden, liegen teils in Kühlräumen, teils in stichendem Wasser auf Eis. Uebrigens verstehen die Kopenhagener Köchinnen die Seefische auch ganz besonders delikats zuzubereiten, und der dortige Dienstbotenverein hat in seiner Haushaltungsschule das Kochen von Seefischen als besonderen Unterrichtsgegenstand eingeführt.

Notizen.

- Die prägelnde Brettkdiba, Annie Dirlens ist von ihren Kollegen mit dem Verur belegt worden. Infolgedessen wird sie auch im Reuen Schauspielhaus, wo sie die „Leiche Susanne“ mimen sollte, nicht auftreten können.
- Die Volksover wird wieder einmal die Direktion wechseln; zudem, drohen ihr erhebliche Anflagen der Vaulommission. Die Oper schließt am 15. Mai.
- Ein patriotisches Freilichttheater wird diesen Sommer die freie Luft auf Bichelwerder beeinträchtigen. Als Geld wird „Abrecht der Vär“ herhalten müssen. Ob er auch zum Schluß das Prophezeien (der Höhenzölerherrlichkeit) kriegt, wissen wir noch nicht. Es ist aber stark zu vermuten.
- Ein Raabe - Fund ist im Werden begriffen. Er will nicht nur die Persönlichkeiten Raabes, sondern alle die Erscheinungen der Literatur, Kunst und Wissenschaft, die im Raabeschen Eim-schaffen oder geschaffen haben, fördern und dem Volke näherzubringen versuchen. Zunächst sollen die Raabeschen Werke und verwandte Schriften den weitesten Schichten des Volkes zugänglich gemacht werden. — Herauskommen wird bei diesem Funde so wenig wie bei den anderen.
- Eine neue Restauration. Die Moritzburg in Halle, die teilweise noch eine ungefähre Ruine ist, soll wieder aufgebaut und zu Museumszwecken hergerichtet werden. Bisher hatten wir vor den Amerikanern die Ruinen voraus. Aber damit wird es zu Ende gehen. Dafür bleiben uns allerdings noch die zahlreichen Ruinen, Verfallenen und unruhig gewordenen Organe, die unsere Staats- und Gesellschaftsrichtungen atavistisch ausstümpfen.

Kleines feuilleton.

Die Ausrottung der Gemen. Der Kanton Graubünden, das ausgedehnteste und wildeste Jagdgebiet der ganzen Schweiz, hat, so teilten die Blätter für Naturkunde mit, dieses Jahr die Jagd auf Gemen und Narmeltiere gänzlich verboten. Die sogenannten Freiberge oder Waandberge und die anderen Schutzhimmungen genügt nicht mehr, um dem raschen Verschwinden des hochgebirgswildes Einhalt zu tun. Man mußte befürchten, daß die Gemen mit der Zeit gänzlich ausgerottet werden, wie es im 16. Jahrhundert schon mit dem Steinbock geschah. Die verbesserten Feuerwaffen sowie das sogenannte Patentjagd, nach dem jeder gegen Erlegung einer Taxe von 12-20 Fr. das Jagdrock benutzen durfte, haben dem Wildstand allzusehr zugefügt. Es gab sogar eine Zeit, und sie liegt kaum 80 Jahre zurück, wo das Jagen in Graubünden ganz frei war und von jedem aufrechten Bürger ohne weitere Formalität als ein selbstverständliches Recht des freien Mannes ausgeübt werden konnte. Schon damals haben einsichtsvolle Männer, wie der Verfasser des „Zierlebens der Alpenwelt“, schreid, gegen dieses mörderische „Standrecht“ gepredigt. Es dauerte aber sehr lange, allzulange für den Wildstand, bis sich die „Männer vom Gebirge“ in ihrer Jagdleidenschaft etwas einschränken ließen. Selbst die Gefahr der Ausrottung der edelsten Wildarten zwingt sie nicht zum Halt. Der jährliche Abschuh von Gemen betrug in Graubünden in den letzten Jahren zuweilen 1400 Stück, d. h. soviel wie der in allen Schweizerkantonen zusammengekommen. Man muß annehmen, daß in den meisten Kantonen der Abschuh im Verhältnis zum Nachwuch viel zu hoch ist. Ganz sicher aber war das in Graubünden der Fall, und auch der fremde Besucher dieses Landes wird sich freuen, zu vernehmen, daß die Gemen, das edle Hochwild der Alpen, in Zukunft besser gesichert werden soll. Die „alte Waldmannsherrlichkeit“, — ein einzelner Jäger, wie jener berühmte Gian Wardett Coloni, der „König der Bernina“ in J. C. Peers Roman, konnte in seinem Leben 2700 Gemen erlegen — ist unwiederbringlich dahin. Heute gilt es, das schöne Grattier vor gänzlicher Ausrottung zu schützen.

Eine eigenartige Bibliothek ist die „London Library“ — Londoner Bibliothek —, wie sie in „National Review“ geschildert wird. Anstatt von ihren Lesern zu verlangen, daß sie die Bücher in ihren Räumen lesen, gestattet sie ihnen, die geliebten Werke gleich mitzunehmen, sogar auf die Reise oder ins Ausland. Dabei ist der Entleiher weder an irgendwelche Gebühren noch an eine Leihfrist gebunden. Und wenn bei diesem System ein Buch hin und wieder verloren geht, so ist der Schaden leicht zu reparieren, denn die Bibliothek besitzt keine Maritäten und auch keine Bücher in kostbaren Einbänden. Die Bibliothek ist eine private Einrichtung, die auf Kosten ihrer Mitglieder unterhalten wird, die neben den Geldbeiträgen auch nützliche Bücher für die Bibliotheksbestände liefern. Die Idee dieser Einrichtung stammt von Carlyle, dem sich später

in Unfallsachen ist ganz erheblich verschlechtert. Vor einer Auseinanderlegung über das Verfahren sei die

neue Behördenorganisation

in Erinnerung gerufen. Als unterste Instanz soll das Versicherungsamt für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde (also eines Kreises oder einer größeren Stadt) dienen. Etwa für die Größe eines Regierungsbezirk soll als obere Instanz das Oberversicherungsamt errichtet werden. In Bundesstaaten, die mindestens zwei Oberversicherungsämter haben, kann ein Landesversicherungsamt als letzte Instanz eingerichtet werden. So Landesversicherungsämter nicht bestehen, gilt als oberste Instanz das Reichsversicherungsamt.

Diese neue Organisation stellt einen schwerfälligen, kostspieligen bürokratischen Apparat dar, der keineswegs nur auf die Gebiete der Krankenversicherung, sondern auch in den übrigen Kreisen der Versicherungsgegebung die Rechte der Arbeiter verkürzen und ihnen den Rest einer Selbstverwaltung entziehen soll.

Zum Versicherungsamt soll ein Arbeiter und ein Unternehmer gezogen werden. Die Arbeiter sind aber nicht etwa in direkter Wahl zu wählen, sondern von den Vorständen der Krankenkassen. Die Verschlechterung der Selbstverwaltung in der Krankenversicherung wirkt also auch auf die Instanzen verschlechternd.

Das Oberversicherungsamt besteht aus dem beamteten Direktor und dessen Stellvertretern. Arbeitervertreter werden als Beisitzer gewählt, aber wiederum nicht durch direkte Wahl, sondern von den berechtigten Vertretern bei den Versicherungsämtern des Bezirks des Oberversicherungsamts nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. In Spruchsachen sitzen so wie im heutigen Schiedsgericht je zwei Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer bei.

Das Versicherungsamt mit dem Versicherungsamtman an der Spitze sowie das Oberversicherungsamt sind keine unabhängigen Behörden. Es ist vielmehr dafür Sorge getroffen, daß die Versicherungsämter als eine Art Abteilung der Landratsämter oder der Magistrats und die Oberversicherungsämter als eine Art Abteilung der Regierungen fungieren.

Zu dem

Verfahren in Unfallsachen

fungiert das Versicherungsamt lediglich als eine Art Unterbehörde der Versicherungsbehörde. Ist eine Unfallanzeige erfolgt, so hat die Ortspolizeibehörde den Sachverhalt festzustellen. Der Verletzte oder seine Hinterbliebenen dürfen sich hierbei nicht durch geeignete Personen, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben, also nicht durch Arbeitersekretäre, vertreten lassen. Wird die Vernehmung eines Sachverständigen erforderlich, so muß der Arbeiter die Kosten tragen, wenn er die Zuziehung des Sachverständigen beantragt hat (§ 1547).

Der Bescheid der Versicherungsbehörde wird allein von dieser vorbereitet. Will sie Zeugen oder Sachverständige eidlich vernommen wissen, so hat das Versicherungsamt dem Erlauchen zu entsprechen. Dem Verletzten steht im Gegensatz zu dem bürgerlichen Recht keinerlei Mittel auf vorläufige Feststellung des Sachverhalts durch Abhörung von Zeugen oder Sachverständigen zu. Eine Vorsicht, durch die etwa wie in den alten Hofspitzsäcken im Wege der einseitigen Verfügung die Versicherungsbehörde angehalten werden kann, vorab zu zahlen, fehlt gleichfalls. Sie kann bummeln und den Verletzten hinhalten, solange sie Lust hat. Nur ist sie verpflichtet, wenn nach Ablauf von drei Monaten von ihr noch kein Bescheid, ob und wie hoch sie den Entschädigungsanspruch anerkennt, erteilt ist — dem Berechtigten durch ein faches Schreiben die Gründe mitzuteilen. In den ersten zwei Jahren nach dem Unfall braucht die Versicherungsbehörde keine Dauerrente festzustellen, sondern braucht nur eine vorläufige Entschädigung zuzubilligen. Außerdem kann sie ihren Bescheid fortwährend ändern und die Rentenquoten in derselben Art vornehmen, wie dies heute leider geschieht (§ 1572).

Ist der Verletzte mit dem Bescheid der Versicherungsbehörde nicht zufrieden, so kann er keineswegs wie in früheren Verfahren nun sofort an das Schiedsgericht zu wenden, damit dies endlich über die Sache entscheide. Er kann vielmehr nur Einspruch gegen den Bescheid innerhalb eines Monats einlegen. Dieser Einspruch gibt ihm aber nicht das Recht, das nunmehr ein unparteiliches Gericht oder das Schiedsgericht entscheide, sondern führt lediglich zu einer weiteren Verschleppung der Angelegenheit des Verletzten und möglicherweise zu einer ganz erheblichen Verschlimmerung seines Zustandes. Er hat nämlich durch den Einspruch nur das Recht, zu verlangen, daß die Versicherungsbehörde, also seine Gegenerin, bestimmt, ob er vor ihr oder dem Versicherungsamt vernommen werden soll. Ein von ihm bezeichneter Arzt braucht nur vernommen zu werden, wenn er die Kosten im voraus entrichtet (§ 1572a).

Das Versicherungsamt übersendet, wenn vor ihm die Verhandlungen über den Einspruch stattgefunden haben, die Akten der Versicherungsbehörde und diese sehr nur, unbestimmt um das etwaige Gutachten des Versicherungsamtmanns, dann erst einen sogenannten Endbescheid fest. Gegen diesen kann dann endlich der Verletzte die erste Instanz, das Oberversicherungsamt, anrufen. Keinesfalls ist das Verfahren bei Überlegung einer Rente. In alle Verhandlungen vor dem Versicherungsamt kann die Versicherungsbehörde einen Vertreter senden, der Verletzte darf aber keinen zur Vertretung geeigneten Vertreter senden, wenn dieser die Vertretung vor Behörden gewerksmäßig betreibt.

Wegen den sogenannten Endbescheid der Versicherungsbehörde ist die Verurteilung so wie heute zufällig; sie geht an das Oberversicherungsamt. Verlangt der Verletzte oder seine Hinterbliebenen, daß ein bestimmter Arzt vernommen oder gehört werde, so kann das Oberversicherungsamt die Anhörung davon abhängig machen, daß der Antragsteller die Kosten vorstreckt. Ein Rekurs an das Landesversicherungsamt oder an das Reichsversicherungsamt ist im Gegensatz zum geltenden Recht für die allermeisten Unfallsachen ausgeschlossen. Insbesondere ist er ausgeschlossen (§ 1557), wenn es sich handelt um 1. Krankenbehandlung oder Hauspflege, 2. Renten für eine Erwerbsunfähigkeit, die zur Zeit der Entscheidung des Rekursgerichts unstrittig oder nach rechtskräftiger Feststellung vorübergegangen ist, 3. Rententeile, die bei dauernder Erwerbsunfähigkeit für begrenzte und bereits abgelaufene Zeiträume zu gewährt sind, 4. Heilankaltspflege, 5. Angehörigenrente, 6. Sterbegeld, 7. Vorläufige Renten, 8. Rente für den dauernden Verfall wegen Änderung der Verhältnisse, 9. Kapitalabfindung, 10. Kosten des Verfahrens.

Ein Rekurs an das Landesversicherungsamt oder an das Reichsversicherungsamt ist also nur zulässig, wenn eine Dauerrente festgestellt wird oder die Frage zu entscheiden ist, ob ein versicherungspflichtiger Unfall vorliegt. Den Arbeitern soll also in Unfallsachen künftig in etwa 90 Proz. aller Fälle nur noch eine Instanz, nämlich das Oberversicherungsamt, offen stehen. Ausgenommen für Klagen vor dem Landesversicherungsamt sind, die bisher ungefähr 70 Proz. aller Klagen vor dem Reichsversicherungsamt bildeten, ist den Arbeitern die Reichsversicherungsinstanz genommen.

Das ist eine so erhebliche Verschlechterung des Verfahrens, daß ohne jede Übertreibung behauptet werden darf, die außerordentliche Langwierigkeit, die die Hofspitzsäcke angezeichnet, gleichen einem Automobildrennen gegenüber der Verlangsamung des jetzt vorgeschlagenen Verfahrens. Die Verschärfung der Verletzte auf eine Instanz muß um so empfindlicher wirken, als diese eine Instanz nicht weniger als arbeiterfreundlich, nicht weniger als unparteilich in der Regel sein kann, und als unter dem Hofspitzgesetz der Arbeiter in der Regel drei unabhängige Instanzen bis zum Reichsgericht hatte. Die enorme Verschlechterung, die die Kommissionsmehrheit auf dem

Gebiete des Verfahrens in Unfallsachen beschlossen hat, hat nicht nur die Wirkung, daß die Rechte der Arbeiter verkürzt sind, sondern muß leider die noch viel besorgenswertere Wirkung haben, daß die Leiden der Unfallverletzten sich infolge der Verzweiflung über den Mangel eines Rechtsschutzes erhöhen und noch häufiger als schon heute zum völligen Ruin des Arbeiters führen müssen, der im Dienste des Unternehmers keine Gesundheit aufgeopfert hat. Der Rentenquoten ist der stärkste Vorwand geleistet. Der verlegte Arbeiter wird nahezu rechtlos, während die Kommissionsmitglieder, die dieser Verschlechterung zustimmen, falls sie durch denselben Unfallanlaß als Spaziergänger verletzt werden sollten, das Recht haben, drei unparteiliche Gerichtsinstanzen ohne Möglichkeit der Rentenquoten durch ihren Gegner anzurufen und durch einseitige Verfügungen Verschleppungen vorzubeugen. Das nennt die Scharfmachermehrheit, mit dem Zentrum an der Spitze, „soziale Fürsorge“.

Aus der Partei.

Zur Reichstagskandidatur im Wahlkreis Frankfurt-Lebus.

Seit einiger Zeit taucht in bürgerlichen Blättern die Nachricht auf, daß die Genossen des Frankfurt-Lebuser Kreises zu den Reichstags-Neuwahlen einen Wechsel in der Kandidatur vornehmen wollten. Um diesem möglichen Gerücht ein Ende zu machen, erkläre ich uns der Vorstand des Sozialdemokratischen Zentralwahlvereins für Frankfurt-Lebus um Aufnahme folgender Erklärung:

Die von verschiedenen bürgerlichen Blättern, zuerst in dem konservativen Organ des Kreises Lebus, der „Brandenburgischen Landeszeitung“, dann in der „Frankfurter Ober-Post“ und vor einigen Tagen im „Verf. Tagbl.“ kolportierte Nachricht, daß die sozialdemokratische Partei des Kreises Frankfurt-Lebus einen Wechsel in der Kandidatur für die bevorstehende Reichstagswahl vorzunehmen beabsichtige, oder daß eine starke Strömung gegen den jetzigen Abg. Jäger bestünde und an dessen Stelle ein Frankfurter Rechtsanwalt als Kandidat in Aussicht genommen sei, als welcher der Rechtsanwalt Falkenfeld genannt wird, ist von Anfang bis Ende erfunden. Die Sozialdemokratie des Kreises Frankfurt-Lebus denkt gar nicht daran, einen Wechsel in der Person ihres Vertreters zum Reichstage vorzunehmen. Unser bisheriger Abg. Jäger besitzt nach wie vor das völlige Vertrauen der Parteigenossen. Von einer Aufstellung des Reichstagskandidaten Falkenfeld als Kandidaten kann schon um deswillen keine Rede sein, weil dieser überhaupt nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist.

Noch ein verbotener Maimzug.

Die Halle'sche Polizei, die voriges Jahr schon den Maimfestzug verboten mit der charakteristischen Begründung, daß „Zuschauer, Zuschauer und halbwegsige Gesindel beiderlei Geschlechts bei Demonstrationen Ausschreitungen begangen habe“, und daß deshalb auch bei dem Maimfestzug solche Ausschreitungen zu erwarten seien. — hat auch den diesjährigen Maimfestzug verboten. Diesmal ist aber gar keine Begründung beigegeben, obwohl das Gesetz ausdrücklich eine solche Begründung erfordert.

Die Maimfeier in Baden.

Vor einigen Tagen machten wir in einer Notiz davon Mitteilung, daß mehrere badische Parteiorganisationen zu der alten Instanz zurückgegriffen haben, die Maimfeier auf Sonntag vor oder nach dem 1. Mai zu verlegen. Zu dieser Notiz erhielt ich von der Vorsitzenden des 11. badischen Landtagswahlkreises, Genossin Richard Wötter-Krausheim, mitzuteilen, daß im Vereine der von ihm geleiteten Organisation die Maimfeier entsprechend den Gebräuchen der deutschen und internationalen Parteitage ausschließlich am 1. Mai stattfinden. Wir kommen dem Erlauchen des Genossen Wötter, um so lieber nach, als er in seinem Schreiben ausdrücklich betont, daß er im Namen der Organisationsleitung der örtlichen Parteileitungen die strikte Parole mit auf den Weg gegeben habe, daß Demonstrationen der Partei an anderen Tagen niemals als Maimfeier angesprochen werden können.

Ein Parteiorgan des intransigenten Flügels.

Aus Rom wird uns geschrieben: Am 1. Mai wird die erste Nummer eines Blattes der intransigenten und revolutionären Fraktion der italienischen Partei erscheinen. Das Blatt trägt den Namen: „La Soffitta“, was wörtlich „der Speicher“ bedeutet, aber bildlich „das alte Eisen“ übersehen werden kann; dieser Name spielt auf die bekannte Bemerkung Giolittis an, der den Sozialisten unlängst in der Kammer vorwarf, sie hätten Marx „in soffitta“ geschickt, was auf deutsch mit „Marx zum alten Eisen“ wiedergegeben wurde. Die erste Nummer der vorläufig halbmonatlich erscheinenden Zeitung wird Artikel der Genossen Kautsky, Plechanow, Louis de Brandaire, Luxemburg, Mehring und anderer enthalten. Redakteur des Blattes ist Genosse Verda.

Gemeindefrag.

Einen Wahlkreis errangen unsere Genossen bei der Gemeinderatswahl in der Bürgermeisterei Kordorf im Landkreis Köln. In der dritten Klasse saßen die drei sozialdemokratischen Kandidaten mit knapper Mehrheit über die Kandidaten des Zentrums, das bisher die unumschränkte Herrschaft im Gemeinderat übte.

Gemeindefrag in Oesterreich.

Den Genossen in Laibach (Krain) ist es am letzten Sonntag bei der Wahl zur Gemeindevertretung zum ersten Male gelungen, einen Sozialdemokraten in das städtische Parlament zu entsenden. Die Wahl, die nach dem Proportionalverhältnis stattfand, brachte in allen drei Wahlkörpern ansehnliche Stimmzahlen. Am Wahltag kam es zwischen österreichischen Liberalen und Liberalen zu heftigen Zusammenstößen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Wieder ein Kiefer Urteil.

Wie und ein Privattelegramm aus Kiel meldet, hat am Dienstag die erste Strafkammer des Kieler Landgerichts nach mehrstündiger Verhandlung den verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, Genossen Franz Henrich, wegen Verleumdung des Polizeiwachmeisters George in Remmshier zu 600 Mark Geldstrafe eventuell 60 Tagen Haft verurteilt. Die Verleumdung wurde in zwei Artikeln gefunden, die sich mit der amtlichen Tätigkeit des Wachmeisters beschäftigten.

Die Klagen der Reservisten.

Wegen Verleumdung eines Regimentschleifers vom Artillerieregiment Nr. 50 in Karlsruhe ist Genosse Weichmann als verantwortlicher Redakteur des „Kriegsboten“ vom dortigen Schöffengericht zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegenstand der Klage war ein Satz aus einem Artikel „Die Klagen der Reservisten“, den der „Kriegsbote“ im Oktober v. J. veröffentlichte. An der intransigenten Stelle heißt es, daß der Regimentschef in ziemlich hart angelegtem Zustande in den Dienst gekommen sei. Trotzdem fünf vor Gericht vernommene ehemalige Reservisten bekundeten, daß sie den Wachmeister nach seinem Verhalten am letzten Abend für angezuckelt gehalten haben, stellte sich das Gericht auf einen anderen Standpunkt. Er erklärte im Urteil, daß die Behauptung nicht bewiesen worden sei. Symptome habe der Wachmeister weiter wohl gezeigt, die an sich solche von Trunkenheit sind und daher den von den Reservisten gezogenen Schluß rechtfertigen könnten. Aber es ist bewiesen worden, daß W. nicht betrunken, sondern nur erregt war. Daher sei die Beweisführung des Angeklagten mangelhaft. Uebrigens hatte die Staatsanwaltschaft es abgelehnt, wegen der sonstigen ziemlich schweren Vorwürfe des Artikels über die Behandlung der Soldaten strafrechtlich vorzugehen.

Aus Industrie und Handel.

Kolonial-Enttäuschungen. Die Verhaltung der South-West-Africa Company muß jetzt der Offenheit die unangenehme Mitteilung machen, daß sie für das letzte Geschäftsjahr nur ein Dividende von 4 Proz. gegen 7 1/2 Proz. für das Vorjahr verzeichnen kann. Auf den Kurs am Montag übte die erst nach der Börse bekannt gewordene Meldung keinen Einfluß aus, der Kurs wurde vielmehr wie am vorhergehenden Tage mit 149 Proz. notiert. Die Aktien sind vor noch nicht langer Zeit zu einem Kurse von 190 Proz. an die deutsche Börse gebracht worden, als sich der Kolonialkauf unter der Herrschaft der Veruburg überlagert. Dann wurden sie zum Aktienhandel zugelassen, und erreichten hier noch eine Anfangsnote von etwa 186 Proz. Seitdem ist es aber unaufhaltsam abwärts gegangen, die weitere Fortschritte die Ernüchterung der Kolonialshareholder gemacht hat. Einige wenige Leute haben an dem Kummel Ansummen verdient, die große Menge hat aber Ansummen verloren. Das ist die Bilanz der Veruburg, die eine Blütezeit der deutschen Kolonien darstellte, aber sich jetzt als große Schamslageret erwiesen hat.

Die monatliche Kohlenproduktion der Erde beträgt mehr als eine Milliarde Tonnen. Man bildet sich eine einigermaßen anschauliche Vorstellung von dieser Menge, wenn man erzählt, daß zu ihrer einmaligen Beförderung ein Güterzug von etwa 500 000 Kilometer Länge nötig wäre. Ein solcher Zug könnte den Erdball längs seines Äquators 12mal umwinden. Diese Menge Kohlen genügt, um eine Tag und Nacht arbeitende Dampfmaschine von 200 Millionen Pferdekraften zu speisen.

An der Spitze der Kohlenproduktion marschieren drei Länder — Vereinigte Staaten von Amerika, England und Deutschland —, die zusammen mehr als vier Fünftel der Gesamtproduktion liefern. Die erste Stelle nehmen die Vereinigten Staaten ein, wobei ihre Produktion besonders schnell wächst, während die von England und Deutschland in den letzten Jahren nahezu stabil bleibt. Die übrigen kohlenproduzierenden Länder folgen im weiten Abstand: Frankreich und Oesterreich-Ungarn produzieren je 40 000 Tonnen monatlich, was nur ein Fünftel der Produktion der Vereinigten Staaten ausmacht. Von den Ländern, die eine besonders rapide Entwicklung aufweisen, ist Mexiko zu nennen; seine Produktion, die 1908 fast gar nicht existierte, ist 1909 auf eine Million Tonnen jährlich emporgeschmolzen. Das kleine Belgien verdient eine besondere Auszeichnung: sein Kohlenreichtum ist — auf ein Quadratkilometer der Oberfläche berechnet — das größte. Die jährliche Produktion dieses Landes beträgt mehr als 23 Millionen Tonnen, wovon der größere Teil für die Ausfuhr bestimmt ist.

Häher Farbwerke — Grlich-Gata. Die Farbwerke Meister, Lucius und Brünig in Höchst a. Main veröffentlichen jetzt ihren Jahresabschluss pro 1910. Er ist besonders deshalb interessant, weil in seiner Berichtsperiode durch die höchsten Werte die Massenfabrikation des Salvarsan — Grlich-Gata 006 — aufgenommen worden ist. Damit wird auch eines beispiellosen Spekulationsrummels der Berliner Börse gedacht. Im August 1910 raufte man sich an der Börse fast um Aktien der Farbwerke, war damals doch noch und nach durchgesichert, daß Meister, Lucius u. Brünig die Produktion dieses vielgebrauchten Medikaments übernehmen würde. Die jabelhaftesten Dividenden wurden mitgeteilt, die reichsten Gewinne vorausgesagt. Als der Kurs der höchsten Aktien von 400 bis auf 540 gestiegen war, beantragte sich die Verwaltung des Unternehmens mitzutellen, daß für 1910 eine Steigerung des Ertrages noch nicht zu hoffen sei. Dabei ist es denn auch geblieben, das Unternehmen verteilt 27 Proz. Dividende. Dabei ist Brutto- und Nettoertrag gegenüber dem Vorjahr nicht unbedeutend geblieben. Auch die Konten und Garantifikationen sind von 2 176 551 M. auf 2 201 298 M. gestiegen. Dies sind mehr als 20 Proz. der Dividendensumme! Dabei ist noch nicht beachtet, daß unter dem Posten Wohlfahrt auch noch Gratifikationen stehen, deren Höhe sich nicht kontrollieren läßt. Der trotz solcher Preissteigerungen noch verbleibende Reinertrag gegen 1909 verschwindet durch eine außerordentliche Abschreibung, die 500 000 M. ausmacht, und für neue Bauten bestimmt sein soll. Dabei liegt die Verwaltung bitterlich, daß leider nur rund ein Drittel des Reinertrages aus dem Salvarsanverkauf in die Taschen der Aktionäre fließen konnte, da das übrige für wissenschaftliche Forschungen außerhalb der Farbenwerke festgelegt sei. Wie traurig!

Soziales.

An die Beisitzer der Schiedsgerichte für Arbeiterberufung für den Stadtkreis Berlin und den Regierungsbezirk Potsdam

Werte Kollegen! Der Vorsitzende des Schiedsgerichts hat allen Wahrheitslieblichkeit nach an alle Beisitzer ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet.

Das neue Dienstgebäude des Schiedsgerichts für Arbeiterberufung zu Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 11/12, soll Ende Juli bezogen werden. Zurzeit läßt sich noch nicht bestimmen, ob eine feierliche Einweihung stattfindet. Um aber für den Fall, daß eine solche abgehalten wird, die Zahl der Teilnehmer festzustellen, bitte ich hierunter anzugeben, ob Sie sich an der Feier beteiligen würden und zutreffendenfalls, ob Wünsche bezüglich der Zeit der Feier (Tag oder Stunde) vorliegen.

Kollegen! Es bedarf wohl keiner weiteren Ueberlegung, daß wir als Arbeitnehmerbeisitzer es ablehnen, uns an den bevorstehenden Zeremonien zu beteiligen. Der Herr Vorsitzende hat seit Jahren es nicht mehr der Mühe für wert gehalten, unsere Wünsche zu beachten.

Wenn wir weiter die Methode bezüglich der ärztlichen Begutachtung und der Art der Verhandlungen in den einzelnen Spruchkammern der Schiedsgerichte betrachten, und wenn wir besonders bedenken, daß der Herr Vorsitzende u. G. bei der Verlegung des Schiedsgerichts nach dem äußersten Ende von Charlottenburg die Arbeitnehmerbeisitzer um ihren Rat nicht fragte, sondern sich lediglich hinter einzelne Berufsvereinigungen versteckte, dann gibt es für uns nur eine Antwort, und die ist die, die die Arbeitnehmerbeisitzer müssen es ablehnen, bei den bevorstehenden Feierlichkeiten als Dekoration mitzuwirken.

Beantwortet daher das Schreiben mit einem glatten Nein! Mehrere Arbeitnehmerbeisitzer der Schiedsgerichte Berlin und des Regierungsbezirks Potsdam.

Geschlicher Siebenuhr-Lobenspruch

Ist dank sozialdemokratischer Agitation und trotz „nationaler“ und Unternehmerproteste von der Landesregierung der österreichischen Alpenregionen für die Städte angeordnet worden. — Wünschenswert lange in staubigen, ständigen Geschäften arbeiten, ist nämlich national!

Der Untergang der Dampfer „Palermo“, „Sabona“ und „Genus“ vor dem Hamburger Seemut.

Am Freitag gelangten vor dem Seemut zu Hamburg die Urfachen dieser drei Schiffskatastrophen zur Erörterung. Wie seinerzeit wiederholt in der Presse zur Sprache gebracht, hat den Untergang der Dampfer „Sabona“, „Genus“ und „Palermo“ großes Aufsehen erregt, zumal sämtliche Schiffe, zur Stemann-Linie gehörend, ein recht ehrwürdiges Alter hatten. Die „Palermo“, 686 Registertons groß und mit einer Maschine von 490 indizierten Pferdekraften versehen, ist im Jahre 1876 in England aus Eisen erbaut, hatte eine Besatzung von 19 Mann und ferner 5 Passagiere an Bord, als sie am 8. Dezember 1910 den Hafen von Hamburg verließ, um nach Eugénie de Rixetra zu dampfen. Zuletzt wurde das Schiff am Vormittag des 8. Dezember von dem Bremer Dampfer „Roma“ etwa vier Seemeilen von der spanischen Küste gesichtet. Am 13. Dezember wurde ein Frauenleichen und einige Tage später wurden ein Boot, ein

Oeffentliche politische

Volkerversammlungen

Donnerstag, den 27. April, abends 8 Uhr:

Berlin, Vock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
 " Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
 " Concordia-Festsäle, Andreasstraße 64.
 " Germania-Säle, Chausseestraße 110.
 " Pharus-Säle, Müllerstraße 142.
 Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstraße 3.
 Köpenick, Stadttheater, Friedrichstraße.
 Nowawes, Singers Volksgarten, Priesterstraße 31.
 Schöneberg, Schloßbrauerei, Hauptstraße.

Treptow-Baumschulentweg, Sport-Restaurant, Treptow.
 " " Speers Festsäle, Baumschulentweg.
 Lichtenberg, Paul Schwarz, Möllendorffstraße 25/26.
 Nimmelsburg, Café Bellevue, Hauptstraße 2.
 Pankow, Zum Kurfürst, Berliner Straße 102.
 Ober-Schöneweide, Wilhelminenhof.
 Tegel-Vorsigwalde, Trapps Festsäle, Tegel, Bahnhofstr. 1.
 Spandau, Böhle, Savelstraße 20.

Tages-Ordnung:

Die Reichsversicherungsordnung, eine Gefahr für die Arbeiterklasse.

Diskussion.

Referenten: Büchner, Brückner, Jul. Cohn, Eichhorn, Gertrud Hanna, Gildebrandt, Koblenzer, Albert Kohn, Schumann, Sinf, Wollenbuhr, Müller, Nürnberg, Georg Schmidt, Robert Schmidt, Stücklen, Luise Zieg.

Wer nur ein Fünkchen sozialen Empfindens besitzt, muß in den Versammlungen erscheinen!

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Diefenstraße 16, Alwin Körsten, Engelufer 15.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
 Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr:
Allgem. Klempner-Versammlung
 im großen Saale der Brauerei Friedrichshain,
 Am Friedrichshain 16-23.

Tages-Ordnung:
 1. Die gegenwärtige Situation in unserem Beruf und was ge-
 denken wir zu tun? Referent: Kollege Cohn. 2. Diskussion.
 Kollegen! Erscheint in Massen, rüttelt die Säuntigen auf.
 Kein Klempner darf in dieser Versammlung fehlen.

Donnerstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr:
**Mitglieder-Versammlung
 der Gold- und Silberarbeiter
 und verwandten Berufsgenossen**
 im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Brückner über: Der gewerbliche Arbeits-
 vertrag. 2. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Donnerstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr:
**Branchen-Versammlung
 der Elektromonteur u. Heller Groß-Berlins u. Umgegend**
 im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Kollegen! Es ist notwendig, daß Sie in dieser Versammlung er-
 scheinen. Wir weisen auf die Wichtigkeit im 2. Punkt der Tagesordnung
 hin. Ferner erziehen wir alle organisierten Kollegen, die Mitgliederbücher
 mitzubringen, jedoch steht dem Zutritt der unorganisierten Kollegen nichts
 entgegen. — Aufnahmen und Beiträge werden in der Versammlung
 entgegengenommen.

Die Versammlung d. Chirurgischen Branche findet nicht statt.

Laut Beschluß der Generalversammlung vom 2. April soll
 für Spandau ein Agitationsleiter angestellt werden. Be-
 werber, die mindestens fünf Jahre organisiert sein müssen,
 werden ersucht, ihre Bewerbung bis spätestens 5. Mai d. J.
 bei der Ortsverwaltung Berlin, mit der Aufschrift „Be-
 werbung“ versehen, einzureichen.
 Die Ortsverwaltung.

Stephdenen in sanfterer Ausführung empfiehlt sich
 am besten zu kaufen nur direkt in
 der Fabrik
Bernhard Strohmandel. Ecke
 Berlin, Wallstr. 72 und Spittelmarkt, Seydelstr.
 (Zweigele) W., Joachimsthaler Straße 25/26.
 Reparaturen u. Umarbeitungen d. Wäsche. Illustrierten Preis-Katalog grat. u. franco.
 Verantwortlicher Redakteur: Albert Wöhe, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wloke, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

**Verband der Maler,
 Lackierer, Anstreicher usw.**

Weshofstraße 28, part. Filiale Berlin. Bersprecher Amt IV Nr. 4787.
 Wegen der am Donnerstag, den 27. April, stattfindenden Protest-
 Versammlungen fällt die zu diesem Tage einberufene **Filial-
 Versammlung aus**, und ersuchen wir die Kollegen, sich recht zahlreich
 an den Protest-Versammlungen zu beteiligen.
 Die Versammlung am 1. Mai findet in den **Andreas-Festsälen**,
 Andreasstr. 21, statt.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
 Filiale Berlin I.
 Bureau: Seckelstr. 37/38, Hof rechts II. — Telefon: Amt IV, 9737.

Achtung! Mitglieder sämtl. Branchen. Achtung!
 Die in der „Hochzeitung“ für den 27. April nach dem Gewerkschafts-
 Hause einberufene
Mitglieder-Versammlung
 fällt wegen der von der Gewerkschaftskommission und dem Aktions-
 auschuß einberufenen

Volkerversammlungen
 aus.
 Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich an diesen Ver-
 sammlungen recht zahlreich zu beteiligen.

Die **Maiversammlung** findet in Kellers Neue
 Philharmonie, Köpe-
 nicker Straße 96-97 statt. Die Kontrollkarten werden für die
 größeren Firmen in den Sitzungsalälen, wo sich die Mitglieder vorher ein-
 zufinden haben, ausgegeben. Für die übrigen Versammlungsbesucher er-
 folgt die Ausgabe am Saaleingang.
 Zahlreiches Beiseh erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.
 Filiale Berlin.

Achtung! Wegen der morgen Donnerstag, den 27. d. Mt.,
 stattfindenden Protest-Versammlungen findet die für diesen Tag
 festgesetzte Quartals-Versammlung nicht statt.
Unsere Mai-Versammlung
 ist am Montag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Wendt,
 Genthstr. 20. — Der Beschluß der Vertrauensmänner-Versammlung vom
 24. d. Mt. lautet dahin, den Tag durch Arbeitsruhe zu feiern.
 Die nächste

Vertrauensmänner-Versammlung
 ist am Mittwoch, den 3. Mai, abends 8 Uhr, bei Meyer, Cranen-
 straße 103. Fortsetzung der Diskussion über den Verbandsbericht.
 Die Ortsverwaltung.

Die Crüderverwaltung.
**Krankengeldzuschuß- u. Begräbnis-
 kasse der Berliner Knopfarbeiter
 und verwandter Gewerbe.**
 Am Sonnabend, 29. April 1911,
 bei Kurth, Berlin, Brangelstr. 105:
**Außerordentliche
 General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:
 1. Vierteljährlicher Kassenbericht.
 2. Innerer Kassenangelegenheiten und
 Statutenänderung. 3. Verschiedenes.
 Der Wichtigkeit der Statuten-
 änderung wegen ersucht um zahlreiche
 Beteiligung 14706
Der Vorstand.
 J. U.: Fr. Hoffmann, 2. Schriftführer.

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot
 nach Maß, schnell, sauber. Enten
 von 25 Mark an. Moritz Laband,
 Neue Promenade 8, II. (Stadtth. Bldg.)

**Blumen- und Kranbinderei
 von Robert Meyer,
 nur Mariannen-Straße 2.**



**Jeder Arbeiter,
 jeder Handwerker
 sollte zur Arbeit
 die Lederhose
 Herkules**

tragen.
 = Unerreichte =
 Leistungsfähigkeit.
Allein-Vorkauf.
 Sehr starkes Leder
 in grauen u. braunen
 Stroifen, auch ein-
 farbig. Am Bund
 aus einem Stück ge-
 arbeitet, wodurch
 besondere Haltbar-
 keit bedingt ist.
 Sehr feste Kapp-
 nähte, stark. Ganz-
 schwere Leder-Pilot-Taschen.
 Große Plücker umsonst.
 Trotz dieser vielen und
 anderer Vorzüge kostet
 die Herkules-Hose für
 normale Mannes-Größe
4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung
 für alle Zweige der Gewerbe u.
 Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN
 Spezial-Haus größten Maßstabes
 Chausseestr. 39-30 — Brückenstr. 47
 Gr. Frankfurterstr. 30
 Schöneberg, Hauptstr. 10.
 Haupt-Katalog gratis und franko.
 Nachdr. verboten

Dr. Thompson's Seifenpulver
 spart
Arbeit, Zeit, Geld.
 —
 Überall zu haben.

Siebzehnter Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Zweiter Tag, nachmittags. Vorsitzender ist W. S. Bliegen, auf dessen Vorschlag zuerst die jährliche Wahlrechtsdemonstration

im September in Behandlung genommen wird. Referent Troelstra erklärt, es sei um den Abschluß und die Gründung der Aktion fürs allgemeine Wahlrecht zu tun. Ueber diese selbst will Redner sich nicht im Augenblick auslassen. Seine Partei sei verpflichtet, sich in die Karten sehen zu lassen. Das Resultat werde sich nach deren vollständigem Abschluß zeigen. In der heute abend stattfindenden geschlossenen Sitzung des Parteitagess werde hierüber Kriegsrat gehalten. In der Öffentlichkeit jedoch wolle Redner mitteilen, daß das Ergebnis der drei letzten Monate in Uebereinstimmung mit den Erwartungen des Parteivorstandes sei. Bei den Arbeiter und Arbeiterfrauen sei kein Widerstand gegen die Unterzeichnung der Wahlrechtspetition angekröffen worden. Anfanglich sei befürchtet worden, daß die Frauen die Petition nicht unterzeichnen würden. Diese Furcht aber sei in jeder Hinsicht beschämt worden. Das Verhältnis zwischen der Anzahl Männer und der Anzahl Frauen, welche unterzeichnet haben, sei eine glänzende Rechtfertigung für das allgemeine Frauenwahlrecht. (Beifall.) Dieses Ergebnis lasse erwarten, daß auch in Holland eine gleich glänzende Frauendemonstration zustande zu bringen sei, wie die diesjährigen zu Wien und Berlin. (Beifall.)

Die diesjährige Wahlrechtsdemonstration könne von der Ueberreichung der Petition an Regierung und Kammer nicht getrennt werden. Hieraus müsse das ganze Interesse, die ganze Arbeit gerichtet sein. Hieraus müsse man folgerichtig schließen, daß der Kulminationspunkt der Petitionsaktion nicht an einem Sonntag liegen könne, da an einem solchen die Ueberreichung der Listen an die Regierung nicht stattfinden könne. Der Parteivorstand habe nach langer Erwägung einstimmig beschlossen, daß die Ueberreichung am Dienstag, dem Tag der Eröffnung der Kammern durch die Königin, geschehen müsse. (Starker Beifall.) Die Tatsache, daß die Aufmerksamkeit aller Mächte im Staate und Volke auf diese Bewegung gerichtet sein müsse, fordere die Ueberreichung an diesem Tage.

Können wir nun einen demonstrativen Massenstreik ausführen? Diese Frage müsse verneint werden. Für einen solchen Streik habe sich keine Stimme im Parteivorstande erhoben. Die Vorbereitungen für die Notwendigkeit und den Erfolg eines solchen Streiks seien nicht gegeben. Besonders sei zu erwägen, daß man keine revolutionäre Bewegung hervorrufen könne. Die Wahrheit sei, daß in der holländischen Bewegung, besonders auch in der Gewerkschaftsbewegung, der revolutionäre Geist, um sich einen demonstrativen Streik mit Erfolg zu führen, nicht vorhanden sei; höhere Ansprüche sollten nicht gestellt werden, als zu verwirklichen seien. Trotzdem sei es möglich, die Demonstration imponanter zu gestalten, als man sich im Augenblick vorstellen könne. Das Mittel hierzu sei solcher Art, daß auch ein stärkeres revolutionäres Gefühl, als nun in den Massen lebe, sich äußern könne. Wichtige Auffassungen seien keine Seltenheit. Man denke an 1906, als auf den Bericht der Zusage einer Duma in Rußland die österreichischen Genossen auf die Straße gingen, was das allgemeine Wahlrecht brachte.

Wenn am Dienstag im September eine Demonstration stattfinden werde, sei zu erwarten, daß diese nicht so viele Teilnehmer zählen könne, als bisher an einem Sonntag. Um aber am Dienstag soviel wie möglich Teilnehmer nach dem Haag zu bringen, solle die gewöhnliche Demonstration am Sonntag vorher ausfallen, da alles auf die Ueberreichung der Petition konzentriert werden müsse. Diese Ueberreichung müsse die Arbeiterbewegung in ihrer weitest ausgebreiteten Bedeutung mit der Staatsmacht in Kontakt bringen. Sie müsse dem ganzen Volke zeigen, daß die Arbeiterklasse überall für das allgemeine Wahlrecht in Bewegung sei, sie müsse den größtmöglichen Eindruck machen. Auch müsse sie ein Ganzes mit der Aktion im Parlament bilden. Königin, Minister und Parlament mühten den Eindruck erfahren, deshalb müsse der Dienstag gewählt werden. Dieser Eröffnungstag des Parlaments sei der Propagandtag für die Königin und für die kapitalistische Herrschaft der Bourgeoisie. In jenem Tage, wenn die Bourgeoisie, ihre Willkürer und Trabanten ihr Vergnügen finden in dem Prahl der Goldtreffen, müsse das Proletariat seine Forderung hören lassen: Gebt uns wenigstens das simple allgemeine Wahlrecht, damit es uns ermöglicht werde, den Staat nach unseren Bedürfnissen einzurichten. (Beifall.) Der Kampfcharakter der Arbeiterbewegung müsse stark in den Vordergrund treten. Das ganze holländische Proletariat könne nicht auffordern, nach dem Haag zu kommen, seine Organisationen aber, seine Delegierten, seine Fahnen mühten anwesend

sein. Diese mühten zahlreicher sein als im letzten Jahr, sei der Demonstrationsszug auch kleiner.

Da nun aber nicht alle Arbeiter im Haag demonstrieren könnten, demonstrieren sollten sie doch. Beabsichtigt sei, daß am Vorabend des Haager Dienstags, am Montagabend, in ganz Holland die Massen demonstrieren. (Beifall.) In sehr vielen Orten, besonders in den an Bahn- oder Schiffstationen gelegenen, werde man die Delegierten für den Haag mit den Fahnen nach ihrer Abreise begleiten. Jedenfalls könne man an diesem Abend in Versammlungen demonstrieren und Straßenumzüge veranstalten. Auf diese Weise werde die Aufmerksamkeit nicht von den Geschehnissen am Dienstag im Haag abgelenkt, sondern werde den Haager Aufmarsch verstärken.

Am Dienstag um 1 1/2 Uhr sei die königliche Parade abgelaufen, um 3 Uhr beginne die Kammer ihre Tätigkeit. Ein Meeting bedürfe es nicht; in den anderthalb Stunden sei Zeit, um den Demonstrationsszug aufzustellen und einen Augenblick Gehör beim Minister des Innern zu finden zur Ueberreichung der Wahlrechtspetition. Redner zweifelt nicht daran, daß Minister Deemster zwischen 2 und 3 Uhr der Deputation zur Verfügung stehen werde, sei er doch ein praktischer Mann.

Seit einigen Jahren sei die Verantwortungsadresse auf die Thronrede abgeschrieben worden, mit Ausnahme von besonderen Umständen. Die sozialdemokratische Kammerfraktion werde ausnahmsweise beantragen, sich eine Antwortadresse zu beschließen. (Langandauernder, lauter Beifall.)

Je mehr Arbeiter aber am Dienstag nach dem Haag kämen, um so besser sei es. Wer dabei sein wolle, solle Ferien nehmen. (Beifall.) Das müsse den Personen selbst überlassen bleiben. Man stände hier zu Lande wieder am Anfang einer Verfassungsrevision. Diese Dienstags-Demonstration sei das erste Wort, das in der neuen Wahlrechtsaktion gesprochen werde. Beigert man sich, unsere Deputation zu empfangen, dann erweisen uns die Herren noch einen größeren Dienst. Wir werden unsere Aktion nicht vom Minister Deemster bestimmen lassen. Fürchte man eine revolutionäre Bewegung, dann tue man am besten, die Demonstration ruhig vor sich gehen zu lassen. Erst wenn die königliche Demonstration abgehalten sei, kommen die Arbeiter. Wenn man uns aber verhindert, unsern Aufzug zu halten, dann sehen wir uns verpflichtet, den königlichen Aufzug unserer Sache dienstbar zu machen. (Langandauernder, begeisterter Beifall.) Dann wird die sozialdemokratische Kammerfraktion sich vielleicht zum ersten Male verpflichtet sehen, an der feierlichen Eröffnung der Kammern teilzunehmen, um dort die Königin, wenigstens einen Augenblick, mit dem Willen eines großen Teiles des niederländischen Volkes in Kontakt zu bringen. (Langandauernder, lauter Beifall.) Auch die Gegner haben mit den Tatsachen zu rechnen. Sollten wir an jenem Dienstag demonstrieren, dann tun wir das auch. Und will man verhindern, daß 1000 Mann demonstrieren, dann wäre die Antwort, daß 2000, 3000, 4000 und noch viel mehr dies doch tun werden.

Mit einer feurigen, begeisternden Ermahnung an die Delegierten, damit dieser Dienstag ein historischer Tag werde, schließt Redner. (Nach einem Augenblick feierlicher Stille bricht ein donnernder, nicht endenwollender Beifall los; alle Anwesenden, die Delegierten, der Parteivorstand, die Zuhörer, erheben sich spontan und, erst zögernd vor innerer Bewegung, stimmt der Parteitag die Internationale an.)

Vorsitzender Bliegen fragt, ob nach diesem Referate eine Diskussion noch nötig sei. (Allgemein ruft man: Nein, nein!) Er fügt hinzu, er sei überzeugt, daß Genosse Troelstra deutlich auseinandergesetzt habe, was zu geschehen habe. (Beifall.) Alle Energie der Partei und der Gewerkschaften müsse dafür angepornt werden. Der Vorschlag ist angenommen. (Lauter Beifall. Der Parteitag singt den Wahlrechtsmarsch.)

Soziale Verfassung

ein, wozu zwei ausführliche Resolutionen vorliegen, die Genosse Schaper begründet. Die ausführliche Debatte auf dem Parteitag drehte sich hauptsächlich um die Frage, ob auch die Arbeiter Beiträge zur Krankenversicherung leisten sollten oder diese ganz vom Staat und Unternehmern aufzubringen seien. Schließlich wurden die Vorstandsresolutionen angenommen.

Jugendorganisation.

Beschlissen wurde die Gründung einer selbständigen Jugendorganisation, im Gegensatz zu der bestehenden Jugendorganisation „De Jaar“, die von der S. D. P., der Gruppe der ausgeleiteten Marxisten, unterstützt wird. Diese besteht aus Jugendlichen von 14-18 Jahren. Mitglieder der S. D. P. zwischen 18 und 20 Jahren können zugleich Mitglieder der Jugendorganisation sein. Die Jugendorganisation wird von Jugendlichen selbst geleitet unter Zuziehung eines Delegierten des Abteilungs-

oder Föderationsvorstandes der Partei. Zweck der Organisation ist die Förderung der Bildung, wobei besonders jene Kenntnisse Berücksichtigung finden sollen, die für die späteren Kämpfer der Arbeiterbewegung nützlich sind. Die Gründung eines eigenen Jugendorgans soll in Erwägung gezogen werden. Die Anträge zur Gründung einer Parteischule werden dem Parteivorstand zugewiesen. Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitagess soll die Genossenschaftsfrage gesetzt werden. Unter Hochrufen auf die holländische und internationale Sozialdemokratie schließt der Vorsitzende Bliegen die Tagung.

Gerichts-Zeitung.

Polizeiliches Vorgehen gegen eine Kranzschleife.

Ein echt preussisches Polizeirädchen, welches nicht etwa in einem ostelbischen Gutsbezirk, sondern in der Reichshauptstadt passiert ist, beschäftigt gestern das Schöffengericht Berlin-Wedding. Der Gegenstand, gegen den sich der polizeiliche Eifer richtete, ist eine Kranzschleife mit der Aufschrift:

„Es lebe die Freiheit, es lebe das Recht, Das gleiche Recht für alle! Es stürze die Knechtschaft, es stürze der Feind, Der schwarze Blod — er falle!“

Der Kranz nebst Schleife hing am 17. März im Laden des Stumengeschäfts Bornholmer Straße 5. Er war vom Demokratischen Verein Norden bestellt und zur Niederlegung auf den Gräbern der Märzgefallenen bestimmt. Zwei Peter vom Schaufenster entfernt hing das Verbotswort des schwarzblauen Blods. Aber es entging nicht der Aufmerksamkeit des vorübergehenden Polizeiwachmeisters Jakob. Dessen Interesse für die Kranzinschrift war so groß, daß er in den Laden ging und die Geschäftsinhaberin, Fräulein Schubert, um Erlaubnis ersuchte, die Aufschrift abschreiben zu dürfen. Das wurde bereitwillig gewährt. Als der Wachmeister den gefährdenden Verd schwarz auf weiß besah, ging er noch nicht getrost nach Hause, sondern erkundigte sich erst nach dem Preise des Kranzes. Acht Mark wurden ihm als Preis benannt, worauf Wachmeister Jakob sich mit der Bemerkung empfahl: Acht Mark werde Fräulein Schubert für den Kranz bekommen, aber dreißig Mark Strafe werde sie zu zahlen haben, weil sie die Aufschrift öffentlich ausgestellt habe. Diese Voraussage traf zwar nicht in vollem Umfange ein. Immerhin erhielt Fräulein Schubert ein polizeiliches Strafmandat, lautend auf fünf Mark, weil sie ein Plakat — als solches sah die Polizei die Kranzschleife an — ohne polizeiliche Erlaubnis öffentlich ausgestellt habe. Der § 9 des alten preussischen Preßgesetzes diente der Polizei als Handhabe für die Strafverfügung, gegen die Fräulein Schubert das Gericht angetreten hatte.

Der vorstehende Richter schien sehr verwundert darüber, daß eine Kranzschleife als Plakat angesehen werden solle. Als der Zeuge Wachmeister Jakob merkte, daß die polizeiliche Begriffserklärung des Wortes „Plakat“ vor Gericht wohl keine Zustimmung finden könne, bemühte er sich, mit Nachdruck auf den „aufreizenden“ Inhalt der Aufschrift hinzuweisen. Vielleicht hatte der Wachmeister den Gedanken: Geht nicht mit dem verstaubten Preßgesetz, dann geht es am Ende mit dem großen Unfug aber dergleichen. — Doch der Richter bemerkte zutreffend: So etwas liest man doch alle Tage in der Zeitung. Wie kann denn das aufreizend sein, wenn es auf einer Kranzschleife steht? Wer das liest und es gefällt ihm, der freut sich und geht weiter. Wenn es nicht gefällt, der schüttelt den Kopf und geht auch weiter.

Das Gericht schloß sich den Ausführungen und den Anträgen des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Hamburger, an. Fräulein Schubert wurde freigesprochen und die Kosten einschließlich der Verteidigungskosten der Staatskasse auferlegt.

Witterungsüberblick vom 25. April 1911.

Table with columns: Station, Temperatur (max/min), Windrichtung, Windstärke, Wetter, Regen, u. d. G., etc. Rows include: Ostpreußen, Danzig, Königsberg, etc.

Wetterprognose für Mittwoch, den 26. April 1911.

Zunächst vielwolke heiter, am Tage wieder etwas wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden; später neue Trübung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Einladung zum Frei-Konzert!

Hierdurch erbiten wir von Ihnen die Erlaubnis, in Ihrer Wohnung ein Konzert veranstalten zu dürfen, wie Sie es wahrscheinlich noch nicht gehört haben.

Die Veranstaltung erfolgt völlig kostenlos für Sie und hat den Zweck, Sie zu einem Klavierspieler auf diese Konzerte zu veranlassen, falls das Probekonzert, das Sie während der Dauer von 5 Tagen völlig unentgeltlich haben sollen, Ihnen und Ihren Angehörigen Freude bereitet hat. Unser Angebot wird Sie gewiß interessieren, und deshalb bitten wir Sie, uns einige Minuten Geduld zu schenken:

Wir wollen Ihnen — zunächst kostenlos auf 5 Tage — einen Spezial-Lugus-Sprechapparat mit echter Pathé-Schalldose und 10 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitig bespielten, 20 cm großen Künstler-Pathé-Platten anwenden. Diesen Apparat und diese Platten können Sie während der Dauer von 5 Tagen spielen lassen und probieren, so oft und so viel Sie wollen.

Wir sind sicher, daß Sie von den Leistungen des Apparates, dessen hervorragende Ausstattung jeden Wohnraum stiert, entzückt sein werden, da die Pathé-Schalldose, die Seele des Apparates, das Hörselbst ist, was auf diesem Gebiete existiert.

Unübertroffen aber sind die von uns gelieferten Künstler-Pathé-Platten, die nicht nur um ein Drittel größer als die allgemein bekannten Nadelplatten, sondern auch im Gegensatz zu diesen nahezu unzerstörbar sind und ferner ohne Nadelwechsel, mit einem niemals abzunehmenden volltönen Gehörnis gespielt werden.

Was diese Neuheit bedeutet, kann nur derjenige beurteilen, der schon einmal einen Sprechapparat besessen hat, der den letzten Nadelwechsel kennt und der weiß, wie rasch sich jede, auch die teuerste Nadel-

platte, von Anfang an abnutzt, um schließlich ganzlich zerfallen zu werden.

Die Vorgänge unserer Pathé-Platten sind aber nicht nur hinsichtlich der Haltbarkeit, sondern auch hinsichtlich ihres Inhaltes so gemalt, daß niemand, der diese Platten gehört hat, den Wunsch haben wird, andere Platten zu besitzen. Da gibt es die neuesten

Opern, Operetten, Märsche, Walzer

und andere Tänze, Overtüren und Polkas, alle nur möglichen Instrumentalfolk, wie Hölzchen, Pflanz, Klarinette, Kolophon etc., ernste und lustige Orchesterstücke, Jodels und Quette, humoristische Vorspiele und Compiets, und zwar auf allen Gebieten das denkbar Beste.

Wenn das große Pathé-Repertoire umfasst mehr als 25.000 Nummern, lauter Originalaufnahmen, von den größten Künstlern gesungen und gespielt.

Haben Sie sich nun während der Dauer von 5 Tagen von alledem, was wir vorstehend gelangt haben, persönlich überzeugt, so steht es Ihnen frei, unsere Sendung käuflich zu erwerben.

In diesem Falle haben Sie für Apparat und Platten nur einen Betrag von 3.- Mk. monatlich an uns zu zahlen. Der Apparat kostet einschließlich der echten Pathé-Schalldose nur 45.- Mk., während wir die Platten zu dem von der Fabrik vorgeschriebenen Verkaufspreise von 3.00 Mk. pro Doppelplatte (also für 3 Stücke) in Rechnung stellen.

Weitere Platten können Sie in einem ebenenfalls nur ganz geringe Monatsabgaben erfordernden Abonnement in beliebigen Mengen nachbestellen.

Wenn man bedenkt, wie leicht und schnell man 10 Minuten täglich für gleichgültige oder vergängliche Dinge ausgibt, wird niemand zögern, sich und den Seinen den von uns gebotenen unvergänglichen Genuß zu verschaffen.

Die zahllosen und täglich ohne Ausforderung zusammenzubringen, zum Teil in Worten des höchsten Lobes gehaltenen Zuschriften sind der beste Beweis dafür, daß nicht nur die von uns gelieferten Apparate, sondern auch die Vergünstigungen, welche wir gewähren, in den weitesten Kreisen Anerkennung finden.

Machen Sie also einen Versuch,

der Sie nichts kostet als die minimalen Spesen für die Post und event. Rücksendung, und werden Sie den eingebundenen Bestellschein, den Sie nur mit Ihrer Unterschrift zu versehen brauchen, in den nächsten Bestellschein.

Sie erhalten dann schnellstens unsere Sendung, durch die Sie alles das beschaffen finden werden, was wir gelobt haben. Gefällt Ihnen der Apparat aber nicht, so können Sie die ganze Sendung 5 Tage nach Empfang wieder an uns zurückgeben lassen.

Wir sind aber überzeugt, daß auch Sie uns, wie viele Tausende unserer Kunden, dankbar sein werden, daß wir Sie auf unsere Vergünstigungen aufmerksam gemacht und Ihnen Gelegenheit geboten haben, von denselben Gebrauch zu machen.

BIAL & FREUND Breslau II, Postfach 120/29

Einige Anerkennungen

Besten Dank für den Pathé-Apparat. Derselbe spielt wunderbar und überträgt bester Klänge Schönheit alles Dagewesene. Ich bin stolz auf den betreffenden Apparat.

Die mir gelieferte Pathé-Sendung übertrifft bei weitem meine Erwartung und kann ich Ihr Bestes jedem aus warmem Empfinden.

Ich habe die beliebigen Pathé-Platten gespielt und bin mit denselben sehr zufrieden. Erkaut bin ich sowie meine Familie über die Tonhöflichkeit.

Bestellschein 120/29 im Kuvert einschicken!

Hierdurch erbitte ich die Firma Bial & Freund in Breslau II, mir den angebotenen Lugus-Sprechapparat mit echter Pathé-Schalldose sowie 10 Stücke auf doppelseitig bespielten Pathé-Platten ohne Anzahlung, ohne Nachnahme, ohne jede Anzahlungsberechnung, in 5 Tagen ohne jede Kaufverpflichtung zur Probe zuzulassen. Ich verpflichte mich, diese Sendung, falls ich sie nicht zu behalten wünsche, innerhalb 5 Tagen, vom Tage des Empfanges an gerechnet, franco zurückzugeben, andernfalls behalte ich sie und zahle unter Anerkennung des Eigentumsrechtes monatlich 3 Mk. vom Ablauf der Probezeit beginnend, bis der Wert des Apparates von 45.- Mk. und der der 10 Doppelplatten à 3.00 Mk. beglichen ist. Erfüllungsort ist Breslau.

Ort und Datum: Name, Vorname und Beruf:

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance, Berliner Credit-Haus, Credit-Haus Moabit

Lubascher, S. Spandau

Sinalco (Bilzbrause)

Franz Abraham

Si-Si

F. Falk

Bäckereien, Konditor

Biottners Großbäckerei

Arnold Beuster's Landrotfabrik

Großbäckerei Max Bocho

Engel's Landrot

W. Engel

Fischer, Görlitzerstr. 33

Ferona

Gaedicke's Bäckerei

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Herberg, Paul, Amster-Str. 29

Carl Kappler

Kraepel, Bäckerei, Köpenick

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Paul Müller

Erscheint 2 mal wöchentlich

Bäckerei Nordstern

Peter's Großbäckerei

Conrad Richter

Otto Scillat

Schütt, G.

Heinrich Wittler

Badenanstalten

Bürger-Bad

Central-Bad

Erstes Lohntann-Bad

Kur-Anstalt Löser

Kuranstalt M. Schulz

Köh'n's Samariter-Bad

Bad Ostend

Passage-Bad

Römer-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Viktoria-Bad

Badenag, Summiw.

Wende, A.

Reiche, A.

Seordig-Anst. Sergm.

Bunzel, B.

Bezugsquellen Verzeichnis

Wilh. Scholem

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelung & A. Hoffmann

Potsdamer Stangenbier

Bergbrauerei

Berliner Bock-Brauerei

Weißbier C. Landré

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Brauerei Tivoli

Brauerei Weißensee

C. Habels Brauerei

Brauerei Engelhardt A.-G.

Goldbier

Berliner Unions-Brauerei

S. D. Moewes

Münchener Brauhaus

Norddeutsches Brauhaus

S. D. Moewes

Schlossbrauerei Schöneberg

Schlossbräu-Kronenbräu

Weissbier Albert Braun

Weissbier C. Breithaupt

Weißbier W. Hiltse

F. Hagen 22 Verkaufsstellen

August Holz

Carl Jacobczyk Spandau

Kosmalla, E.

Butterhandlung Fritz Muth

Maeding, J.

Nordstern

Pomorski, Paul

W. Riesner

Schröter, R.

A. Talman

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

Cacao, Chokolade

Cyliax, G.

Die Fabrikate der Sarotti

Teichmann, H.

Alb. Kasulke

Klein, W.

Max Arnsdorff

Carl Brinnotter

Confektionshaus Wedding

Dombrowsky

Holz & Ascher

Moses

Haeberlein, Tregl, Groß-Buchst.

Häsebeck-Brog.

Kronen-Drogerie

Leinwand

Neue Drogerie

Phosphor

Schneiderei

Stiefel-Drogerie

Eisen- u. Stahlw.

August Bienerl

Unterstehende Geschäfte

Reihen.

Dampfweberei „Sport“

Gebr. Erbguth

O. Naefe

Taubert, J.

Flachhandlungen

C. Ahlers & Co.

C. Dittmann

Kahl

Chr. Kroog

Winkler & Barthold

Flascher, u. Wursth.

Wilhelm Behr

August Bienerl

Lebensmittel-Großhandlung

Oskar Klähn

Linke's Fleischzentrale

Herm. Leucht

Wilhelm Liebherr

H. Matzker

Otto Menzel

Merker, P.

Gottfr. Meussling

Adolf Nagel

Karl Petrich

Jul. Pyttlik

Max Schubert

Albert Schucht

W. Tauche

Fr. Thiel

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlab

August Hafter

Fleisch u. Wurstwaren

Oskar Fritsch

Gerhardt

Fahrrad, Nähmasch.

Brennabor

Alex. Dam

Fortsetzung siehe nächste Seite

Hollant. für Stotterer
Stottern
besitzt gründlich und dancend
die berühmte Polenswäcker, Sekt 44

Herren-Artikel
Anton, Schönhauser Allee 118.
Berth. Akt. Fennstr. 60.

Magazin England
Kaufmann 78, Oranienstr. 143.
Hals, Wäcker, Cravatten.

S. Kadisch, Thurmer 10.
E. Klahn, Frankfurter Allee 20.

Ad. Mahne, Köpenick, Schloßstr.
A. Nitschpan, 6 W. Bergmannstr. 11.

Sprengel, A.
A. Samuel, O. Mibachstr. 22, Schirn.

Herren-u. Knabengard.
American, Verkaufshaus
R. Hensch, Ballhausplatz 4, 5/6.

J. Baer
Bahrens, Rl. Kala-Friedr.-Str. 226

Besser,
Borg & Co., Wilsnackerstr. 82.

Hamburg-Steglitz 103.
Hirschfeld
Lieferant d. Konz.-Genossenschaft

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 90.

Wohr, A. Spandau, Lutherstr. 12.
N. N. Spandau, Klosterstr. 21.

Max Kaplan,
Große Auswahl fertiger Kleidung.

S. Halber, N. Babel 15, 14, O. Adressstr. 12.

D. Perleberg
Berlin N., Chausseestraße 63.

Prager NB., Friedrichshagen.
S. Posner

Heinr. Ferester
Reinickendorferstr. 8.

Rosner, Max
Lager fertig und nach Maß.

77 Kottbusdamm 77
August Schöna

Bazar Norden
Berth. Schwärzer, Wrangelestr. 20.

Rosenthaler
Casper, Ed. Rixd., Bergstr. 120.

M. Grund
Rixd., Berliner Str. 11.

Hut-Centrale
Jacob, Oskar, Schön.-Allee 104.

Kehr-Hüte
J. Kock, Kastanien Allee 90.

L. Ober-Hüte
A. Lemmer, Wilmersd., Berlinstr. 119.

Mandel's Hutfabrik
Panama-Jakob
Prater, A., Frank.-Allee 142.

Peters, A.
Prager, Hutfabr., Franz.-Allee 27.

Rieck, Em
Ring, A., Rosenthaler-Str. 12.

Vereinte Hut-Compagnie
Große Friseurstr. 120.

Vester, E.
Wolner, H., Greifswalderstr. 23.

Zur Flora
Oskar Krüschke

Kaffee-Surrogate
M. Bathke, Malmstr. 25.

Kartoffeln, Gemüse
Paul Henkel, Swinemünder Str. 48.

Kaufhäuser
Z. Alexander & Co., Badstr. 55.

C. Kurtzahn
Adolf Hirsch, Ober-Schöneweide.

Noiz & Ascher
Adolph Lewinski
Alfr. Kirschnere

Kaufh. Herm. Levy
Brunnenstr. 25, Ecke Straßstr.

Kaufhaus
Gebr. Preuß
Berl. NW. Boussei, J. Huttenstr.

Gustav Levy, Spandau,
Lutz, Fr., Baumshulweg.

R. Wald & Co., Friedrichshagen.

Kautabakfabriken
Kenner kaufen nur Kautabak von

Kinematogr.-Theater
Gromadecki, F. Warschauerstr. 63.

Kohlen, Koks, Briquets
Rud. Dejer & Co., Wisenbückerstr. 64a.

Gerstberger & Müller
Ferd. Gränig
Aug. Grimberger

M. F. Leyke
Kaufh. K. Nordbahnhof.

J. Ferdinand Leyke sen.
P. Hande
Loebell, L.

J. Mannheim.
Gebr. A. & J. Podzuweit

L. Sager & Co.
Heinr. Schupke
Herm. Schupke & Co. G. m. b. H.

Kolonialwaren
Abend, R., Rumburg, Schenkestr. 8.

E. Altkuckuck
Theodor Anthofer, Holzstr. 23.

Gustav Behrens
Berg, in. Crkna, 9b. Schlesw. 22-32.

Alfred, R., Rumburg, Schenkestr. 8.

Gustav Behrens
Berg, in. Crkna, 9b. Schlesw. 22-32.

Alfred, R., Rumburg, Schenkestr. 8.

Gustav Behrens
Berg, in. Crkna, 9b. Schlesw. 22-32.

Alfred, R., Rumburg, Schenkestr. 8.

Gustav Behrens
Berg, in. Crkna, 9b. Schlesw. 22-32.

Alfred, R., Rumburg, Schenkestr. 8.

Gustav Behrens
Berg, in. Crkna, 9b. Schlesw. 22-32.

Alfred, R., Rumburg, Schenkestr. 8.

Gustav Behrens
Berg, in. Crkna, 9b. Schlesw. 22-32.

Alfred, R., Rumburg, Schenkestr. 8.

Gustav Behrens
Berg, in. Crkna, 9b. Schlesw. 22-32.

H. Goerlich, Reichstr. 14.
H. Görg, N. Rixdorf, Provoststr. 29.

Goetsch, Ernst
Grabitz, Breslauer Str. 4.

W. Grünig
Habels, Franz
Gebr. Hajeck, Weidenweg 24.

C. Oscar Schwarz
Mohl, Hölzengraben, Vogelputzer

Joh. Schulze
Curt Seeling
P. Simund, Rixd., Zietenstr. 45.

O. Stubbenhagen
Gustav Stöcker, Nogatstr. 23.

Heinrich, R.
Gustav Henschel, Siemensstr. 20.

Herrlich, Eug.
Herm. Hermsdorf
Herrmann, Alfr.

Paul Herrmann
Hilfrich, A.
Rich. Hübner, Frankfurter Allee 81.

Emil Hübner
Fritz Hübner, Schellmannstr. 11.

Janik, L.
Georg Jonas, Baymstr. 41.

Kaselit
Kastier, M.
Max Katerke, Liegnitzer Str. 21.

Max Kelm,
Kieburg Nllg., Stallhreiberstr. 11.

Willy Knoke
Max Kohlheim, Straßburgerstr. 24.

Lips, Chamissoplatz 8
Frit. Loboth, Rl. Bernstr. 42/41.

L. Sager & Co.
Heinr. Schupke
Herm. Schupke & Co. G. m. b. H.

J. Mannheim.
Gebr. A. & J. Podzuweit

L. Sager & Co.
Heinr. Schupke
Herm. Schupke & Co. G. m. b. H.

J. Mannheim.
Gebr. A. & J. Podzuweit

L. Sager & Co.
Heinr. Schupke
Herm. Schupke & Co. G. m. b. H.

J. Mannheim.
Gebr. A. & J. Podzuweit

L. Sager & Co.
Heinr. Schupke
Herm. Schupke & Co. G. m. b. H.

J. Mannheim.
Gebr. A. & J. Podzuweit

L. Sager & Co.
Heinr. Schupke
Herm. Schupke & Co. G. m. b. H.

J. Mannheim.
Gebr. A. & J. Podzuweit

L. Sager & Co.
Heinr. Schupke
Herm. Schupke & Co. G. m. b. H.

J. Mannheim.
Gebr. A. & J. Podzuweit

L. Sager & Co.
Heinr. Schupke
Herm. Schupke & Co. G. m. b. H.

J. Mannheim.
Gebr. A. & J. Podzuweit

L. Sager & Co.
Heinr. Schupke
Herm. Schupke & Co. G. m. b. H.

J. Mannheim.
Gebr. A. & J. Podzuweit

L. Sager & Co.
Heinr. Schupke
Herm. Schupke & Co. G. m. b. H.

Scheffler, Carl, Badstr. 14.
Scheffler, Eugen, Grüner Weg 120.

Paul Gaege, Spandau,
Hugo Gessler
Grossier, Gebr.

Hammerstädt, G.
Herm. Hecht, Wilhelmstr. 25.

Heinrich, R.
F. Herrguth Nachf., Reichstr. 69.

E. Hoffmann
Karl Huhn, Schererstr. 9.

Janicke, F.
Kerker, J., Kopernikusstr. 21.

Korn, Hugo
K. Krüger, Schönbr., Hauptstr. 143.

Kurzeleben, H.
K. Krüger, Schönbr., Hauptstr. 143.

Gebr. Lange
Lau, W.
Lanz & Jagmann, Wilsnackerstr. 53.

Rob. Linde
L. Lüdke, H., Fruchstr. 67.

Manke, M.
W. Marx, Charl., Gansb.-Str. 27.

C. D. Neumann
Nietsch & Rabshalt, Silvestr. 150.

A. Plaetrich
Otto Novack Nachf., Spandau.

Alex. Rambold
P. Raack, Boussei, 17a, Reichstr. 14.

Reichpietsch
P. Rentner
Rosin, G.

Fr. Sacks
Scheibe, Adolf
H. Scheuermann

Schleinitz, A.
Schneider, Emil
Sophie Charlottenstr. 100.

Otto Schoening & Co., Friedenau
Schramm, F.
W. Schulenburg, Wilmersd. 81/147.

Spezial-Mehlhandlung
Mühlensfabrik, Konserven

Steglfitzer Mehlhandlung
Stiehe Nachf., Prinzenstr. 10.

F. Wohlgeuth
Zawacki, B.

Möbelmagazine
Julius Apelt, Adalberstr. 6.

Charlottenburg
Wilmersdorferstr. 60/61, nahe Kastel.

Linoleum u. Wachs.
Rausch, Rich.

Manufakturwaren
Belwe Nachf., Otto
Grünberg Nachf., M.

Seidel, M.
M. Anders
Conrad Adam, Charl., Cauerstr. 28.

Bethke, Georg,
Rixd., Elbest, 23, Kais.-Friedr.-Str. 44.

M. Anders
Conrad Adam, Charl., Cauerstr. 28.

Bethke, Georg,
Rixd., Elbest, 23, Kais.-Friedr.-Str. 44.

M. Anders
Conrad Adam, Charl., Cauerstr. 28.

Bethke, Georg,
Rixd., Elbest, 23, Kais.-Friedr.-Str. 44.

M. Anders
Conrad Adam, Charl., Cauerstr. 28.

Werm. Kogel
Krause & Co., Frank.-Allee 176.

Ernst Krämer
A. Küster Nfg.
Lange, Max

Möbel-Fabrik
Möbel-Kamerling, Kastanien-Allee 26.

Neumann, M.
Neukirch, Gebr.
Rebsch, E., Spandau.

Gustav Richter, Möbel-Fabrik
Kastanien-Allee 26.

Rob. Seelisch, Möbel-Fabrik
Berl. S., Bismarckstr. 71/72a.

Stargard, O.
Szymanski, Erdmann & Co.

R. Thomas
Wendland, Ernst
Herm. Wendland

Jos. Werner
Werthers
Wit Wit Wilhelmshagenstr. 54.

Milch Schmidt
Rixdorf, Hermannstr. 53.

Molkereien
"Schweizerhof",
Mierelei und Milchkuranstalt.

Musikinstrumente
Braun, Emil
Kann, Richard, O. 27, Grüner Weg 17.

Nähmaschinen
Afrana-Nähmaschinen
G. A. Böttner, Hauptstr. 12/13.

Bellmann, E.
Ed. Bruda
Pfaif-Nähmaschinen

Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Optiker
Bass, Paul, N. Müllerstr. 174.

Papier u. Schreibw.
Loh, Paul Königsbergerstr. 12.

Putzmittel
Kauf nur
Saffin, bester Schuhputz

Solano, best. Metallputz
Jaeger & Kieselich, Berl. 50, 33.

Putz- u. Mowaroren
M. Ende
Emmy Kahlfeld

König, Titus
Mödehaus
34 Bernmann-Str. 34, d. Damschöle.

Wilhelm Metzner
Große Frankfurterstr. 92.

Bertha Nierwa
Schmalhans, Rl. Bismarckstr. 14.

Rosterhandlungen
Loise Frödel, Greifswalderstr. 159.

Graff & Heyn
Wilmersdorfer Str. 118.

H. G. G.
Harnack
Hertel, R.

M. Hinrichs, Bitterstr. 18.
Gebr. R. & C. Homann

Janitzkow, F.
König, A., Rl., Berlinstr. 102.

Fortsetzung siehe nächste Seite.

H. Bekiers
Kirchstr. 64, Lief. & Konz.

Billige Stiefel,
Benedik
Damaschke, Invalidenstr. 144.

Ed. Deckler
Engel, W., Königsbergerstr. 12.

Kaufhaus für Schuhwaren
Kossowski, Pappel-Allee 57.

Reetz, Max
Fr. Rogosch, Chausseestraße 266.

Sporkel's Weltstiefel
Einheitspreis 7,50 M.

Berliner Schirm-Fabrik
Eugen Lichtenstein

Schirme u. Stöcke
O. Döhner, Rixd., Friedr. 19.

Seifen
Gustav Gumbel, Kantstr. 64.

Teppiche u. Gardinen
Frankenstein & Co., Rl., Sergel 149.

Trauer-Magazin
Westmann

Uhren u. Goldwaren
Abel
Albert, Alfred, Mantelfeldstr. 59.

Max Busse
Emil Dippe

Bruno Zichner
R. Zichner, Reinickd., O. Reichenstr. 145.

Georg, Adolph, Badstr. 65.

Carl Glösen, Oranienstr. 165a.

Ernst Gräber, Brunnenstr. 75.

H. Hoffmann, Hohenfriedr. 21.

Hammer, E., Reichenberg-Str. 74.

Paul Jüttner, 50, Oranienstr. 9.

H. Klonka, Oranienstr. 33.

Karlbusch, W., Frit. Chaussee 61.

J. Kautz, Behagen, Essigstr. 3.

J. Kautz, Reinickd., Markt 14/15a.

J. Kautz, Reinickd., Markt 14/15a.

Lehmann, A., Frank. Allee 40.

Lehmann, W., Kottb. Damm 22.

Lehmann, W., Lindenstr. 61.

Lewin, Adolf,
Lüders, H.

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Fr. Meschke, Warendorfer Str. 85.
 G. Neumann, Charlitz, Wallstr. 59.
Nolte, K., Simon-Dachstr. 13.
Rudolf Plunz, Brunnenstr. 112.
Emil Quade, Brunnenstr. 81.
 Quatzow, Joh., Müllerstr. 14.
 Rappmaler, F., Skallitzerstr. 22.
Karl Reichel, Hermannplatz 7.
 Riedel, Nch., Reinkendorfer Str. 74.
 A. Roß, Reinkendorf, W. Hildmannstr. 91.
 Joh. Schallan, Berlin, Allee 198 & 197.
 Alfred Scheer, Turmstr. 49.
 Carl Schewinsky, Koppenstr. 4.
R. Schmelz, Reichenberger Str. 143.
 Schönemann, G., Ri., Berl.-Str. 73.
 Rich. Schramm, Turmstr. 32.
 P. Schuch, Charlitz, Knobelstr. 40.
 Schumacher, O., Tegel, Berl.-Str. 62.
 Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.
 T. Stolz, Chausseestr. 82.
 Carl Stuhr, Dresdenstr. 134.
 Sturm, Reich, Tegel, Hermsd. 18-1.
 Paul Trenz, Charlitz, Spand. Str. 32.
 Triben, Alfred, Falkensteinstr. 2.
 Truxa, W., Frankf. Allee 185.

Adolf Vökel, Frankf. Chausse 150.
Reinh. Wankel, Brunnenstr. 163.
 Otto Wartig, Triftstr. 3.
Wedermann, O., Wilmersdorf, Augustastr. 14.
 R. Weise, Nowawes, Priesterstr. 74.
Wittig, Ad., Berlinerstr. 44.
Wutke, Karl, Trakowstr. 7.
Verkaufungen
„Deutschland“ Berlin
 Arbeiterversicherung - Schützen-
 Strickbäckersverein, Straße 3.
„Friedrich Wilhelm“
 Berlin W8, Bohrenstr. 58-61.
 Lebnz, Strickbäckers- u. Arbeiterverein.
 Mit u. ohne ärztl. Untersuchung.
 Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge.
Warenhäuser
 Bernhard, G., Ober-Schöneweide.
 Bieber, M., Yorkstr. 37, am Buf.

Warenhaus Max Kodik
 80, Wrangelstr. 50, Ecke Silesierstr.

Max Blumenreich, Schwed. Str. 1.
Julius Loewenberg Nachf.
 aus Giesmar, 19, a. d. Schönehauser-Allee

David, L. S., Grünbergerstr. 11.
 Holnax, Partiewar., Langhausstr. 101.
 Leopold Jacobsohn, Nothstr. 26

Warenhaus M. Hirsch Spandau
 Wein, Liköre u. Fruchtsäfte

Hugo Beling
 60 Filialen in allen Städten.
 Bettinger, Egg., Wall-Str., Winkel

Conrad, Großdeffillation
 Oranienstr. 207, Ecke Skallitzerstr.

Donhardt & Schultze, Brunnenstr. 11.
 Elie m. Weyle, Likörfabrik, Gerichstr. 18.
 Groß, „Zur Sonne“, P. Freudenberg.
 K. Lehmann, Nowawes, Großbeerenstr. 29.
 Martin, Bruno, Ri., Hermannsplatz 3.
 Merten, Louis, Belle-Alliancestr. 19.
 Kleß, Fritz, Ri., Hermannsplatz 5.
Sello, Hermann, Stadt.
 Einzelverkauf zu Engrospreisen.
 G. m. b. H. Berlin, Auguststr. 60.
 Bitte Preisl. zu verl. Tel. III, 8192.

Ignatz Sello
 auch Liköre u. Säfte,
 Brunnenstr. 18 u. Filial
 Einzelverk. u. Engros.

Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.
 Welbe, W., Hermannstr. 160.
 Wein-Vertrieb, Gesellschaft v. Kolonial
 Wermuth, Oswald, Koppenstr. 1.

Waschmittel
Verlangen Sie
„Edelweiß“
 Krone aller Waschmittel.

Weiß, Wollw., Trikot.

Ahlscher, Gust., Chorinerstr. 75.
 Max Baha, Mühlenstr. 42.
 H. Barts, Schönhauser Allee 107.
 Bredow, Otto, Ri., Hermannstr. 56.
 Otto Erdmann, Mirbachstr. 36.
M. Gardels, Beusselstraße 76
 Taugrogerstr. 10
Georgi, Ernst, Kraut
 Str. 31a.
Hans, A., Grüner
 Weg 26.
Hirschfeldt, Reichen-
 bergstr. 61.
 Hoffmann, Carmen Sivasstr. 6.
 Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Julius John, Lortzingstr. 9.
 Dünkerstr. 1.
 Köstrin-Pl. I.
 Lohse, Bekfnd.
Jonas, Hermann, Rixdorf,
Juncker, H., Rixdorf,
 Kaufh. Katak. Ri., Kal. Friedr.-Str. 143.
 Carl Klein, Hirschstr. 16, N.O. 18.
 Robert Kutsche, Gubenstr. 56.

Adolf Küsel, Ri. Bergstr. 84.
 R. Lehmann, Inh. Wietz, Köpenick
Ch. Loewy, Rixdorf, Bergstr. 52/53
 vis-a-vis der Kirche.
A. Lüdek, Rixdorf,
 Kais.-Friedr.-Str. 177
 Luster, C., Reichenbergerstr. 61.
Müller, E., Thaurstr. 48.
 Müller, E., Wäsche eig. Fabrikate.
 Meyer, Berarstr. 12, (Arbeiterkolon.)
 Pflume, Gebr., Friedrichstr. 205.
 Pietschmann, Marie, Jagowstr. 25.
Schaefer, Husliten-
 str. 43.

M. Schaefer
 S.W. Hollmannstr. 43
 W. Massenstr. 17.
 Schrom, Lina, Mirbachstr. 21.
 A. Radloff, Reinkendf., Markt 1 & 2
 Raabner, C., Andreasstr. 69.
 Hermann Meyer, Schönehauser Str. 21.
 A. Nitschke, Bergstr. 11, Reinkendf.
 Sigmund Simon, Nf., Köpenicker 123.
 Stawenow, Carl, Giesmar-Str. 10

J. Stein Reinkendf. W. Schönehauserstr. 119
 L. Vierarm, Zionskirchstr. 34.
 E. Volgt, Reinkendorf, Am Ende 101.
Albert Vogt, Urbanstr.
 - 21. -
Wollhaus Lucas, Rixdorf,
 Bergstr. 43
Wild u. Geflügel
C. Dittmann, Rixdorf,
 Berliner Str. 42.
O. Grimm, Landsberger Allee 25,
 auch Fische.
 Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19
 Zimmer, H., Prinsenstr. 12.
Zahn-Atelier
 E. Bade, N. Kastanienallee 100, I.
 Hollbruch, Hermann, Markt 5, geg. 1871
 A. Jahnke, S. Hiesstr. 64, I. 10-1, 3-5
 Jordan, Alfr., Fesstr. 81, geg. 1858.
 Vorzeiger dieses 10% Rabatt.
Alfred Rau 10%
 Wrangelstr. 86 I. - Geogr. 1988.

Die neue Marke
ADMIRAL
 Beste 4-Pfennig-Cigarette

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zusätzlich 2 fettgedruckte
 Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen
 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte
 mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annahme-
 stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gardinen: Gardinenhaus Bern-
 hard Schwarz, Wallstraße 13 -
 Gardinenfabrik. 2347R
Vorzeiger: Gardinenhaus Bern-
 hard Schwarz, Wallstraße 13 -
 Gardinenfabrik.
Teppiche: Gardinenhaus Bern-
 hard Schwarz, Wallstraße 13 -
 Gardinenfabrik.
Die Grundbegriffe der Elek-
trizität. Eine populäre Einfüh-
 rung von Julian Borchardt. Preis
 60 Pf. Expedition Vorwärts, Linden-
 strasse 69.
Federbetten, Stand 11,00, große
 16,00, neue Aussteuerbetten, Aus-
 steuerkissen, Gardinen, Portieren,
 Teppiche, Decken, große Auswahl,
 preisbillig. Pfandloshaus, Rixdormer-
 platz 7. 2305R
Grundbegriffe der Politik, von
 Friedrich Stampfer. 8 Bänden 3 R.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 strasse 69 (Kaden).
Kredithaus Wobbitz, Turmstraße 55.
 Ede Wobbitz, erhalten Sie Möbel
 und Waren jeder Art auf Teil-
 zahlung, unter den besten gütigen
 Zahlungsbedingungen. Spezialität:
 Herren- und Damenbekleidung.
 Gratis erhält jeder Herr beim Kauf
 eines Anzuges oder Paletots einen
 Hut, Stod oder Schirm; jede Dame
 Handtasche oder Gürtel. Beim Kauf
 größerer Wohnungseinrichtung Teppich
 oder Regulator. 2305R
Drehbänke, Wollergewichte, Siegel-
schalen, Krüge u. Nissen, Baumgum-
masse 29 Täglich Verkauf. 2417R
Teppiche! (feinere) in allen
 Größen, fast für die Hälfte des Wertes
 Teppichlager Dehm, Gieseler-
 platz 4, Bahnhofstraße. (Weiter des
 „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent
 Rabatt.) Sonntags geöffnet!
Herrenanzüge ohne Geld bei
 kleiner Anzahlung in reicher Aus-
 wahl. Der ganze Osten kauft bei
 uns. Krefschmann u. Co., Koppen-
 strasse 4 (Schlesischer Bahnhof).
Vorwärtsleiter erhalten für
 Prozent Extrarabatt, selbst bei Ge-
 legenheitskäufen. Teppichthomas.
Teppiche, farblich-reich, preis-
 billig.
Schlafdecken, Schlafplatt 1,15,
Steppdecken, Samtdecke 3,75.
Teppich, Thomas, Dranien-
 strasse 160, Dranienplatz; Rosen-
 lauerstrasse 54. 2305R
Hermannsplatz 6, Pfandloshaus
 Stamenbüchse, Juchendstücke,
 Gieselerstraße. Herrenpaletots,
 Herrenhosen, Extrarabatt, Betten-
 verkauf, Möbelverkauf, Teppich-
 verkauf, Gardinenverkauf, Stepp-
 decken, Wolldecken, Kleideraus-
 wahl Schmuckwaren, Tafeldecken,
 Bandwaren, Vorzeiger Einkaufs-
 quellen, Pfandloshaus Hermannsplatz,
 auch Sonntags geöffnet. 720
Bilbig, billig, billig! Monats-
 anzüge, wenn getragen überpaletots,
 Beinkleider, Anzüge, Smoking, kauft
 man nur bei Bergmann, Feingestr.
 28 I, Schloss Mittelstrasse,
 früher 20 Jahre Wollschneiderstr. *
Sonarienroller, Frühweiden,
 Neue Königstrasse 21, Seitenhänge.
Zufriedenheit für Gartenfreunde
 Ein Ratgeber für die Pflege und
 sachgemäße Bewirtschaftung des häus-
 lichen Gartens, Gemüse- und Ob-
 stgärten von Max Heidecker. Zweite
 vermehrte Auflage. Mit 137 Text-
 abbildungen. Preis 2,50 Mark. Expe-
 dition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Wesichte der Revolutionen, von
 H. Conrad, wöchentlich ein Heft
 a 30 Pf. Bestellungen nehmen die
 Ausgabestellen des „Vorwärts“ ent-
 gegen. Probeheft gratis.
1000 neue Nähmaschinen. Prima
 Langschiff für Familie 65 Mark, Ab-
 zahlung 75 Mark ohne Anzahlung.
 Hellmann, Gollnowstraße 28, nahe
 Landsbergerstraße. 2067R
Teppiche (Farbenflehler), Stepp-
decken, Gardinen, Tischdecken, Tisch-
beiden, Ledergardinen, Sofa-
stoffteppiche preisbillig. Fabriklager
 Rauerhoff, Große Frankfurterstraße 9,
 Flurzeile, Vorwärtsleitern zehn
 Prozent Sonntags geöffnet. 2488R
Geld! Geld! Sparen Sie, wenn
 Sie im Leihhaus „Rosenhauser Tor“,
 Linienstraße 203/4, Ede Rosenhauser-
 straße kaufen. Anzahlung von 2,00
 Mark an; Paletots von 5,00 an; U-
 betten, Böden, Gardinen, Vor-
 zieren, Freischwinger, Bilder, Uhren,
 Gold-, Silberwaren, von letzten
 Funktionen zurückgekauft, sowie neue
 Waren. Alles preisbillig. Anzüge
 werden vertrieben. Sonntags geöffnet.
Vorwärts sowie zurückgekauft
 Herrenanzüge und Paletots, teilweise
 aus besten Rohstoffen 15-40 Mark.
 Abkommenhaus, Jägerstraße 11.
Zurückgekauft Bekleidungs- 12-13
 Mark. Verleiher von Bekleidungs-
 anhängen jeder Art. Abkommenhaus
 Jägerstraße 11. Bitte genau Haus-
 nummer beachten! 2424R
Drehbänke, Leichte, Baumgum-
masse 29 Spezialfabrik geräuschloser
 Laufdrücken, Handbetrieb, Kraft-
 betrieb. Gebraucht 75,- an. Teil-
 zahlung. 2428R
Ohne Anzahlung, Mode 60, Bilder,
 Spiegel, Ferner: Möbel, Polster-
 waren, Teppiche, Gardinen, Stepp-
 decken, Tischdecken, Bettbezüge,
 Portieren, Uhren, Gaststumen, Weber,
 Benzolkerze 25. Besuch eventuell
 Postkarte. 2418R
Wäsche zu Hoer Caspots und
 Schlafmunde Lacorte. Die wahre Ge-
 heimnis des „Eristentums“, von August
 Debel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe
 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69,
 Kaden.
Monatanzüge und Winter-
paletots von 5 Mark sowie Damen
 von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00,
 Fracks von 2,50, sowie für formale
 Figuren. Neue Herrenmode im raumend
 billigen Preise, aus Pfandloshaus ver-
 kaufte Waren kauft man am billigsten
 bei Rah. Pankowstraße 14.
Wollschneiderstr. 21, Seitenhänge.
Leihhaus „Brunnen“ und Ver-
 kaufsgeschäft, alles preisbillig: Betten,
 Stand mit 3 Nissen 10,- Brunnen-
 strasse 118, Ede Ullendorferstr. 2305R
Große Diandende 4,35, Rarmani,
 doppelteilig, 7,50, Dame Wäsche
 2,50, Diandende, wäsche, 2,50,
 1,75, Inventur-Extrabatte. Teppich-
 haus Emil Lechner, Dranienstr. 158.
Inventur-Extrabatte preisbilliger
 Artikel gratis. Teppichhaus Emil
 Lechner, Dranienstraße 158. 1904R
Gedronen ohne Anzahlung,
 mindestens 1,00, Kleiderlager Louis
 Böhmer (elbst), Betriebsleitung: Pog-
 hogenstraße 2, wietendreich 7, Pog-
 hogenstr. 2, Strohhalm: Wietendreich
 (Strasse), Filiale: Rixdorf, Hirsch-
 strasse 247. 2426R
Raninchen, Vogelbauer, Kinder-
wagen verlornt. Möbl. Niederbarnim-
 strasse 7, Seitenhänge I. 2106
Kinderwagen, Seitenhänge 60,
 Riha. 761
Monatanzüge, Paletots, große
 Auswahl, speziell für farbige Figuren,
 sowie elegante neue Herrenmode,
 20 Prozent billiger wie im Laden,
 direkt vom Schneidermeister Jäher-
 sel, Rosenhauserstrasse 10. 24313R

Photo-Apparat 9x12 billig zu
 verkaufen. V. Bartels, Hausburg-
 strasse 29. 4131
Damenmäntel, Mädchenmäntel,
 Ledencapes, Einzelverkauf zu Engros-
 preisen, auch Rohanfertigung. Hirsch
 Neue Königstrasse 33 I. 2528R
Kinderwagen billig. Rißig,
 Dieselbachstraße 68. 4171
Geschäftsverkäufe.
Ignatz Sello - Einrichtungen
 in durchaus reicher, gewisshafter
 Weise durch Carl Höder, Berlin O. 27,
 Oranien Berg 112, Amt VII 1961.
 Tabakfabrik, Ignatz, Zigaretten
 engros, Hauptniederlage Nordhäuser,
 Danziger und Rathower Kaufleute.
Granitgeschäfte, Kasse, Feuer-
ung, 1904/1905 sofort kassettierbar
 verlässlich. Käfers Dresdenstr. 25,
 Lohse. 446
Teppichgeschäfte zu verkaufen
 Lenaustraße 26, Gollsch. 493
Ignatz Sello - festgehend, so-
 for billig für jeden Preis zu ver-
 kaufen, Hindstraße 57. 452

Möbel.
Möbel-Zecher, Brunnenstraße 7,
 am Rosenhauser Tor, Wohnungs-
 einrichtungen auf Kredit und gegen bar.
 Riesen-Auswahl. Etage und Küche
 Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne
 Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung
 an. Hervorragend schöne Küsten in
 bunten Stoffen. Kissen, Kissen,
 oder vierteljährliche Noten nach Lieber-
 einkauf. Lieferer auch nach auswärts.
 Vorzeiger dieses Inserats erhält
 beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.
Citrostrasse 2, nahe der Turm-
straße, im Laden, erhalten Sie
 solide gearbeitete Möbel jeder Art,
 wozu jede gewünschte Garantie über-
 nehmen, zu ansehnlich billigen
 Preisen. Solide Leuten gewähre
 Teilzahlung mit nur geringem Auf-
 schlag. Bei größerer Anzahlung auch
 ohne Anzahlung. Beschäftigung ohne
 Kaufzwang erbeten. J. Kleinlein.
Möbel-Teilzahlung, Etage und
Küche, schon bei 15 Mark Anzahlung.
 Einzelne Möbelstücke, wöchentlich eine
 Mark, verkauft Möbel-Magazin Sohn,
 Große Frankfurterstraße 58. 2416R

Wäbelangebot! Soles, Garni-
 turen, Kleiderpinsel, Berilios, Büfettis,
 Schreibische, Spiegel, Bettstellen,
 Küchenmöbel, Pianinos, ganze Ein-
 richtungen preisbillig, große Ge-
 legenheit, Kleideranzüge, 5 Etagen.
 Möbelreicher Neu-Königstr. 56,
 Hirschfeldstraße. Sonntags geöffnet.
 Teilzahlung gestattet. 24019R
Möbel ohne Geld bei ganz kleiner
 Anzahlung geben Wirksamkeit und
 einzelne Stücke auf Kredit unter
 äußerster Preisnotierung. Der ganze
 Osten kauft bei uns. Krefschmann
 u. Co., Koppenstrasse 4, Schlesischer
 Bahnhof. 1961R
Gelegenheit: Büfett 85,-, Tru-
meau 28,00, Kleiderpinsel mit Qu-
meau, Stange, echt mahagoni furniert
 40,00. Etage und Küche 198,00.
 Möbel, Büfett, Waschtisch 34. Kauf-
 zwang Teilzahlungserleichterung.
Wollbetten, zwei, modern,
 preisbillig verlässlich. Jochen-
 strasse 10, Hutzsch. 6114R
Wäsche, hochlegant 35,-,
 Chaiselongue, Englishbetten, Kus-
 tisch, Lohsestrasse 74 I, Penkonal.
Wundervolle Kücheneinrichtungen
 von 42 Mark an. Günstig für Ver-
 lobte. Man verlange Katalog. Gustav
 Richter, Rosenthalerstr. 26. 2521R

Bilder.
Fertigergerahmte Bilder, lose
 Blätter, Delgemälde, Leisten und
 Rahmen laufen Sie heute am billig-
 sten direkt in der Fabrik bei Bild-
 er-Dogban, Berlin, Weinmeisterstraße 2
 Verlangen Sie nach dem Einkauf
 5 Prozent. 2380R

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
 einmal demagt, 35,-, Holz, Blumen-
 strasse 36b. 2108R
Tandem, Gelenkfederlauf, jeden
Preis, Woll, Hutzschstraße 7.
Herrenfahrrad, elegantes, 25,00,
 Blume-Federlauf, Schwedstr. 17.
Elegantes Herrenrad 24,00, und
 Frauenrad. Dräning, Straßender-
 strasse 50. 14835
Stabiles Herrenfahrrad 35,00,
 Schmidt, Rixdorf, Rindensstraße 16.

Platinabfälle, Silberabfälle, Gold-
abfälle, Jagengebisse, Dueselber, Re-
teile höchstzahlend, Goldschmelze,
Rieser, Adpenderstraße 2a (gegen-
über Mantelfeldstraße). 2995R

Patentanwalt Bessel, Büchler-
straße 9a.
Patentanwalt Müller, Büchler-
straße 81. 2489R
Jahngewichte, Zahn bis 80 Pfennig,
 Goldschmelze, Pfandloshaus höchstzahlend,
 Köln, Neue Königstrasse 76. 21113R
Schnelle und billige Verwertung
 und Vermwertung von Patenten,
 Gebrauchsmustern und Warenzeichen.
 Prospekt kostenlos. Thome u. Co.,
 Berlin SW. 48, Friedrichstr. 249. *
Ehrenerkennung. Ich nehme die
 Beteiligung gegen Frau Elise Wolf,
 Dranienstraße 35, mit dem Ausdruck
 des Bedauerns zurück. Gustav Böller,
 Rixdorf, Friedenstrasse 57. 14785
Jahngewichte, Goldschmelze, Silber,
 Platin, Pfandloshaus höchstzahlend,
 Goldschmelze, Dresdenstrasse 9 I. *
Teilzahlung, Anfertigung eleganter
 Herrenanzüge. Marcus,
 Dragonerstraße 10a. 21112R
Platinabfälle, Gramm 4,70,
 Jahngewichte, Silber, Altgold kauft
 Blümel, Auguststraße 19, III. 457
Wäsche wird sauber gewaschen,
 großer Bezug 0,15, Latex 0,10. Ab-
 hebung Sonnabends. Frau Konrad,
 Köpenick, Rüggeleitnerstraße 40. *

Verschiedenes.
Platinabfälle, Silberabfälle, Gold-
abfälle, Jagengebisse, Dueselber, Re-
teile höchstzahlend, Goldschmelze,
Rieser, Adpenderstraße 2a (gegen-
über Mantelfeldstraße). 2995R

Patentanwalt Bessel, Büchler-
straße 9a.
Patentanwalt Müller, Büchler-
straße 81. 2489R
Jahngewichte, Zahn bis 80 Pfennig,
 Goldschmelze, Pfandloshaus höchstzahlend,
 Köln, Neue Königstrasse 76. 21113R
Schnelle und billige Verwertung
 und Vermwertung von Patenten,
 Gebrauchsmustern und Warenzeichen.
 Prospekt kostenlos. Thome u. Co.,
 Berlin SW. 48, Friedrichstr. 249. *
Ehrenerkennung. Ich nehme die
 Beteiligung gegen Frau Elise Wolf,
 Dranienstraße 35, mit dem Ausdruck
 des Bedauerns zurück. Gustav Böller,
 Rixdorf, Friedenstrasse 57. 14785
Jahngewichte, Goldschmelze, Silber,
 Platin, Pfandloshaus höchstzahlend,
 Goldschmelze, Dresdenstrasse 9 I. *
Teilzahlung, Anfertigung eleganter
 Herrenanzüge. Marcus,
 Dragonerstraße 10a. 21112R
Platinabfälle, Gramm 4,70,
 Jahngewichte, Silber, Altgold kauft
 Blümel, Auguststraße 19, III. 457
Wäsche wird sauber gewaschen,
 großer Bezug 0,15, Latex 0,10. Ab-
 hebung Sonnabends. Frau Konrad,
 Köpenick, Rüggeleitnerstraße 40. *

Mietsgesuche.
Gerr sucht einfach möbliertes
 Zimmer im Norden. Preisofferten
 K. B. Hauptpost Rixdorf. 427
Suche einfach möbliertes Zimmer,
 Gerr, allein, Südost. O. E., Post-
 amt 26. 415

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Kaufmännische, gleich welcher Art,
 sucht Frau, 45. J. Dierken Expedition,
 Regardstrasse 49. 4138

Stellenangebote.
Marmorarbeiter, tüchtige, sucht
 Leder, Bauernstraße 5. 7-5.
Schleifer, tüchtige, auf Metall-
möbel, dauernde Stellung, Reichner,
 Alte Jakobstraße 9. 14825
Cpifer, sehr guter Schleifer kleiner
 Anlen, wird verlangt. Louis und
 D. Koenigslein, Siegelstraße 28/29.
Stellungsgesuche, redigierbare K-
 deller haben Gelegenheit, an ab-
 wofachener, wofachlicher, Geph-
 und Reinen-Dauerstraße in allen Kreisen
 8 Mark täglich bei Probe zu ver-
 dienen. Köpfer 4-7. Alberg, Rix-
 dorf, Bergstraße 140. 427
Erstklassige Schleifer verlangen
 sofort. Bohmer u. Dinger,
 hinter den Linden 13. 14855
Mehrere tüchtige Kunstschmiede
 werden sofort eingestellt. Geb. Kaiser,
 Tempelhof, Ringbahnstraße 21.
Handreinigung vergibt Rixdorf,
 Steinmetzstraße 75. 497

Von großer Berliner Glas-
 schleifer werden per sofort ein Ab-
 strecker, der auch Cupolstein aus-
 mauert, sowie zwei Gipfelformer für
 Formplatten in dauernde Stellung
 gesucht. Angebote unter T. S. Berlin,
 Postamt 99, erbeten. 490

Zimmermann, welcher selbständig
 im Verband arbeiten kann und Zeich-
 nung versteht, wird als Helfer gesucht.
 Offerte mit Lebenslauf unter Zimmer-
 mann, Postamt 4. 460

Gewandter Zusammenleger für
 Wollschneiderei, dauernde Arbeit,
 verlangt Marmorwerk, Siegelstraße 12.
 14765
Blusen-Näherrinnen verlangt sofort
 Martin-Opitzstraße 16, vorn II. 4189
Künstliche Blumen- u. Rehmädchen
 gegen monatliche Vergütung von
 30 Mark gesucht. Schindelhauer, Wie-
 sofobstraße 156. 14735
Kaufmännische, 7-10, sucht
 Dannehl, Kreuzbergstraße 77. 14745
Leinwandnäherin sucht Dannehl,
 Kreuzbergstraße 77. 14755
Arbeiterinnen zum Sortieren
 von Papierfabriken, Anfangslohn
 10,00 Mark, steigend bis 15 Mark,
 verlangt Schmelz, Wollschneiderei 11.
Zur Arbeitsmarkt durch
 befördernde Druck hervorgehobene
 Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Heute Flugblattverbreitung 7 Uhr beginnend in allen in der heutigen Annonce bezeichneten Kreisen und Orten. Niemand fehle.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Wildau (T. B.) steht uns das Restaurant Hoffmann zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

In Neu-Rühle ist das Lokal „Stubhaus“, Inh. Meier, zu streichen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß auch das Lokal von Nibel dort noch vor gesperrt ist.

In Niedersdorf steht das Riese Lokal, jetziger Inhaber Tiege, nicht mehr zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Mittwoch, abend in der Berliner Wobranerei, Fildinsstraße: Außerordentliche Generalversammlung.

Rixdorf. Heute Mittwoch abend von 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus, für die am Freitag, den 28. April, abends 8 Uhr, stattfindende öffentliche Versammlung in der „Neuen Welt“. Referent: Reichstagsabgeordneter Freyhuber. Thema: „Auf der Suche nach einer Wahlparole“. — Eine Versammlung gegen die reaktionäre Reichsversicherungsordnung findet deshalb am Donnerstag für Rixdorf nicht statt.

Treptow-Saumnischenweg. Heute abend 7 1/2 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung von sämtlichen Bezirkslokalen aus.

Stralau. Der Wahlverein veranstaltet in diesem Jahre seine Raifeier gemeinsam mit dem Bezirk Kummelsburg im Lokal von Tempel „Café Bellevue“. Billets sind zu haben im I. Bezirk beim Genossen Johann Walter, Alt-Stralau 46, und im Lokal von Paul Schöps, Alt-Stralau 17; im II. Bezirk beim Genossen Otto Bernhardt, Marktgrafendamm 4, und Ernst Schmidt, Restaurant Marktgrafendamm 6; im III. Bezirk bei Otto Fischer, Marktgrafendamm 12, und im Lokal von Meiske, Lübbestr. 6.

Die Vormittagsversammlung findet ebenfalls bei Tempel in Kummelsburg statt.

Jossen. Am Donnerstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Kurzner: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Bericht von der Generalversammlung von Groß-Berlin. Wahl eines Bezirksführers. Abrechnung vom I. Quartal. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Verdummungsblätter.

Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß die sogenannten parteilosen oder liberal schillernden bürgerlichen Zeitungen, die hauptsächlich von den „kleinen Leuten“ und Arbeitern gelesen werden, nicht nur nichts für Kultur und Aufklärung tun, sondern auch jeden Fortschritt hemmen, indem sie die rüchständigsten Vorurteile nähren und großziehen. Aber sie hüten sich, mit offenem Visier zu kämpfen, denn sie wissen, daß sie dann manchen Leser verlieren und ihren Zweck, den Ausschub der Massen zu hindern, nicht erreichen könnten. Sie verschleiern vielmehr sorgfältig die Tendenz und bearbeiten den harmlosen Leser in einer so geschickten Weise, daß er von einer Verunsicherung nach einer bestimmten Richtung gewöhnlich nichts merkt. Wie es die „Berliner Allgemeine Zeitung“ anfängt, kann man aus ihrer letzten Sonntagsnummer recht gut ersehen. Wilhelm Reunange, der „Arbeiter“, der allwöchentlich seine Betrachtungen über die Zeitereignisse anstellt, philosophiert diesmal über die Frauenfrage. Er schildert seine Erlebnisse beim Besuch einer englischen Frauenrechtlerin, der er sich als „Präsident der Männerabteilung des Frauenvereins zur Hebung der Frauenemanzipation“ vorgestellt hat. Sie — in Männerjackett und Hosenrock, mit kurzgeschnittenem Haar, eine Zigarre im Munde, dürr und mager wie eine Schwindsüchtige im letzten Stadium — sei sofort, nachdem von beiden Seiten ein paar kurze, aber von giftigstem Gah gegen das Männergeschlecht triefende Bemerkungen gemacht worden seien, in leidenschaftlicher Liebe zu ihm entbrannt und habe ihn — der Doktor hat einen Brustumfang von 2 Meter und ein Gewicht von 3 Zentnern — zu umfassen und abzuschliffen versucht. Er sei in höchster sittlicher Entrüstung dabongeeilt und habe die Adresse jener Schönen seiner Ehefrau mitgeteilt, die dann voller Eifer die Frauenrechtlerin so zugerichtet hätte, daß sie an dem Abend in einer Versammlung nicht habe reden können. Ueber diesen blödsinnigen Unsinn amüsiert sich der Philister so sehr, daß es ihm garnicht zum Bewußtsein kommt, wie man ihn gegen die Frauenbewegung heßt und das ernste Ringen des Weibes nach Gleichberechtigung mit Hohn und Spott übergießt. In nächster Zeit sehen ähnliche verdrückte Angriffe das begonnene Werk fort, und schon steht für die vielen Alzuvielen, die neben ihrem Leibblatt keine geistige Nahrung zu sich nehmen, unerschütterlich fest: Die Frau gehört ins Haus, die öffentliche Verteidigung führt zur Entartung der Frau, schafft geile Mannweiber usw. Doch Reunange begnügt sich nicht damit, die um ihre Rechte kämpfenden Frauen der Lächerlichkeit auszusetzen, daneben macht er in hieherem, urgemütlichem Ton noch Stimmung für reichlichen Genuß von Fasel und Bier; ein bezahlter Agent der Brauer und Brenner braucht es nicht besser zu verstehen! Der Schnaps ist sein „Zehntdoktor“, der ihn auf geniale Ideen bringt und seine Laune und sein Wohlbehagen würdigen leidet, könnte er nicht „immer noch einen schmettern“. Was stört es ihn auch, wenn längst bewiesen ist, daß der Alkohol gerade das Gehirn und die Geistestätigkeit des Menschen verdrückt, beschluppigt, schlapp und energielos macht! Vielleicht ist ihm gerade wegen dieser Wirkung der Alkohol willkommen, vielleicht braucht er neben seinen „Betrachtungen“ noch ein anderes Mittel zur Verdummung der Massen!

Zur Auswanderungsfrage nach Brasilien wird berichtet: Die wirtschaftlichen Propagandakommissionen, die Brasilien im Ausland unterhält, sind vor einiger Zeit plötzlich aufgelöst worden, ohne daß Klarheit darüber geschaffen wurde, welcher Anlaß dieser Verfügung zugrunde lag. Wie nun mitgeteilt wird, soll die Ursache die gewesen sein, daß die Pariser Zentralstelle, der die übrigen Missionen untergeordnet waren, ihr Budget um viele Millionen übergriff. Auch die Art der Propaganda in einzelnen Ländern soll Anlaß zu Bedenken gegeben haben. So hätte die Pariser Kommission an drei Cafés auf den Pariser Boulevards jahrelang unentgeltlich den Kaffee geliefert, damit Reklame für den brasilianischen Santos gemacht

werde und dadurch zu vielen Protesten Anlaß gegeben. Noch übler sei es von einzelnen Regierungen bemerkt worden, daß diese Kommissionen der Tätigkeit der Auswanderungsagenten, die Landleute gegen freie Passage zur Auswanderung nach Brasilien zu ziehen suchten, nicht überall völlig fernstanden. Die Berliner Unterkommission ist ebenfalls aufgelöst worden.

Wie steht es mit der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe?

Die Sonntagsruhe in den offenen Verkaufsstellen soll nach einem Stadtvorordnetenbeschlusse, dem der Magistrat beigetreten ist, in der Art geregelt werden, daß Gehilfen usw. an Sonntagen in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September nur von 8—10 Uhr vormittags und in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. April nur von 12—2 Uhr mittags beschäftigt werden dürfen.

Der Magistrat hat das Inkrafttreten dieses Beschlusses davon abhängig gemacht, daß auch die Vororte gleiche Bestimmungen erlassen. In den Vororten beschäftigen sich die städtischen Behörden mit der Angelegenheit. In Rixdorf ist bereits in gleichem Sinne wie in Berlin beschlossen worden; in Nichtenberg dürfte dieser Lage beschlossen werden. In Charlottenburg ist noch kein Entschluß gefallen. Dort will man, wie es heißt, die Zigarrengeschäfte besonders ausnehmen. Unseres Erachtens wird es höchste Zeit, daß möglichst bald die neuen Sonntagsruhebestimmungen in Kraft treten.

Erhebung von Umsatzeuern beim Verkauf von Friedhofsgelände. Die Stadt Schöneberg hatte von den Bernsteinschen Erben ein größeres Terrain erworben, das zur Erweiterung des städtischen Friedhofs dienen sollte. Als der Kreis Teltow die Veräußerer im vollen Umfange zur Umsatzsteuer heranzog, verlangten sie die Ermäßigung um die Hälfte. Sie beriefen sich dafür auf eine Bestimmung der Steuerordnung, wonach bezüglich der Ermäßigungen und Befreiungen die Bestimmungen der preussischen Stempelgesetz maßgebend sein sollten. Wenn danach der eine Teil der beiden Kontrahenten von der Steuer frei wäre, dann solle der andere nur mit der Hälfte herangezogen werden können. Das trifft hier aber zu, denn die Stadt Schöneberg als der eine Teil müsse frei sein, weil Unterhaltung und Erwerb eines Gemeindefriedhofs kirchliche Angelegenheiten der Gemeinde seien und § 5 Ziffer i des Stempelgesetzes vom Stempel u. a. freilasse: die Gemeinden in kirchlichen Angelegenheiten.

Da die Stadt Schöneberg am Ausgang der Sache im Prinzip sehr interessiert war, so wurden die Bernsteinschen Erben im Prozeß durch einen Magistratsbevollmächtigten vertreten, welcher die Ansicht vertrat, daß es sich hier um eine kirchliche Angelegenheit der Gemeinde handele, wenn diese einen Gemeindefriedhof anlege.

Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch in letzter Instanz die Ermäßigungsanfrage ab und führte aus: Die hier aufgeworfene Frage, ob der Erwerb und die Unterhaltung des kommunalen Friedhofs in Schöneberg eine „kirchliche Angelegenheit“ der Gemeinde sei, verneine der Senat. Nach dem Allgemeinen Landrecht wären die Friedhöfe in der Regel solche der Kirchengemeinden. Allerdings seien neben diesen auch kommunale Friedhöfe zulässig gewesen. Damals hätte es aber auch für die kommunalen Friedhöfe der Zustimmung der „geistlichen Obern“ bedurft. Diese sei hinweggefallen. Um so weniger könne man annehmen, daß auch die Anlage eines kommunalen Friedhofs eine kirchliche Angelegenheit sei. Am wenigsten könne das aber angenommen werden, wenn, wie hier in Groß-Berlin, die Kirchgemeinden für ihre Konfessionsangehörigen ihrerseits Friedhöfe anlegten und daneben noch kommunale Friedhöfe beständen, wo Vererdigungen erfolgten ohne Rücksicht auf die Konfession und auch Vererdigungen solcher Personen, die keiner Konfession angehörten, sowie von Dissidenten. Die Anlegung solcher kommunaler Friedhöfe sei keine kirchliche Angelegenheit. § 5i des Stempelgesetzes in Verbindung mit der ferialden Vorschrift der Steuerordnung könne hier nicht Anwendung finden.

Ein Unteroffizier von einem Schuhmann angeschossen.

Eine verhängnisvolle Schießaffäre hat sich gestern vormittag auf dem Tempelhofer Felde abgespielt. Auf Rixdorfer Gebiet befindet sich auf dem Tempelhofer Felde ein Schießplatz, auf dem Polizeibeamte Übungen vorzunehmen pflegen. Es wird dort mit Brotonings und Karabinern geschossen. Die Beamten bilden sich auf dem Schießplatz vor allem in der Handhabung der Pistolen aus. Gestern vormittag waren wiederum eine ganze Reihe von Schülern und Kriminalbeamten bei der Übung, als eine Abteilung Kavallerie, Angehörige des zweiten Garde-Dragooneregiments, die auf dem Tempelhofer Felde übten, vorübergeritten kamen. Eine der Kugeln schlug nun über das Gitter des Schießplatzes hinweg und traf den Unteroffizier Vorpahl in den Rücken. Er verspürte sofort einen brennenden Schmerz, doch ritt er noch eine kurze Strecke weiter, bis er vom Pferd herunterstürzte. Er wurde schleunigst nach dem Tempelhofer Garnisonlazarett gebracht, wo die Ärzte feststellten, daß Lebensgefahr nicht vorliegt. Die Kugel wird auf operativem Wege entfernt werden. Ueber den Vorgang ist eine eingehende Untersuchung, die sich hauptsächlich auf den Abgeber des verhängnisvollen Schusses erstreckt, eingeleitet worden.

Das sind ja schöne Zustände, daß Passanten schon ihres Lebens nicht mehr sicher sind, selbst wenn sie nur in der Nähe von Schulplätzen vorübergehen.

Kann der Landtagswähler einen Irrtum berichtigt verlangen?

Die außerordentliche Kompliziertheit des preussischen Landtagswahlrechtes ist eine Quelle fortwährenden Verdrusses für alle Beteiligten. Dieses zeigt auch wieder folgende Begebenheit bei den diesmaligen Wahlmännerwahlen im vierten Landtagswahlkreis. Er scheint da in einem der Wahlbezirke ein Wähler, der den Namen auch des zweiten Wahlmannes so angibt, wie er auf dem ihm vorher zugestellten Zirkular des Wahlkomitees gedruckt ist. Dem Abstimmenen fällt hierbei auf, daß die Mitglieder des Wahlvorstandes etwas erstaunte Gesichter über den angegebenen Vornamen des zweiten Wahlmannes machen. Da der Wähler aber vor sich den gedruckten Zettel hat, so bestätigt er, daß er in der Tat seine Stimme für Albert Wegel abgegeben habe. Die eigenartige Situation veranlaßt nun den Wähler, sich bei dem am Reventisch sitzenden parteigenössigen Vorkandidaten zu erkundigen. Hier wird ihm bedeutet, daß dem sozialdemokratischen Wahlkomitee im verhandelten Zirkular bezüglich des Vornamens des zweiten Wahlmannes ein Irrtum unterlaufen sei; dieser heiße nicht mit Vornamen Albert, sondern Gustav. Der Wähler tritt jetzt an den Wahlvorstand mit der Bemerkung, daß ihm bezüglich des Vornamens eben ein Irrtum unterlaufen sei. Der Wahlvorstand jedoch lehnt jede Berichtigung ab. Hierfür war die bürokratische Erklärung maßgebend, daß „der

Vorname Albert nun schon in die Liste eingeschrieben“ sei. Der Wähler erklärte nochmals ausdrücklich, daß er den aufgestellten Wahlmann mit Vornamen Gustav meine, konnte aber vom Wahlvorstand keine Erklärung erhalten, ob er für diesen die Stimme als gültig betrachten würde. Es sei hervorgehoben, daß die Berichtigung vom Wähler unmittelbar nach der Abstimmung, geradezu in der nächsten Minute versucht wurde.

Der Bau der zweiten Hälfte des Sprechunnels wird bereits vorbereitet. Auf der Mitte des Flusses ist ein hohes Gerüst emporgesetzt worden, welches die Arbeiten im Anschluß des Weiterbaues erleichtern soll. Nehmlich, wie man über zwei Rohrdurch eine Ruffe schiebt und abdichtet, so werden an das vorläufig durch eine Betonmauer abgeschlossene fertige Tunnelstück Spundwände und Fangedämme angegeschlossen, so daß die zweite Tunnelhälfte im Trockenem mit der neuen Baustelle in Verbindung gebracht werden kann. Ist dies geschehen, so wird man nach Befestigung der älteren Fangedämme das Wasser über den Tunnel fluten lassen und diese Seite der Schiffahrt freigeben, während von der jetzt in Angriff genommenen Anschlußbaustelle in der Mitte des Stromes nach dem jenseitigen Ufer weitergebaut werden kann. Mit dem Einrammen der Pfähle für die Spundwände und Fangedämme dürfte bereits im Juni begonnen werden.

Ueber ein recht rohes Betragen am Tage der Vererdigung des Genossen Borgmann wird uns aus der Lohener Straße berichtet. Dort hätten am Sonntag bekanntlich die Genossen des 6. Kreises Aufstellung genommen. Aus der ersten Etage des Hauses Lohener Straße 13 wurden unsere Genossen in der gemeinsten Weise angepöbel. Vom Balkon wie aus dem Fenster wurde allerlei Unrat, wie verrottene Blumensträuße, Apfelsinenschalen und dergl. auf die Parteigenossen geworfen, begleitet von Verhörungen wie „Noie Bande“. Nur der Besonnenheit unserer Parteifreunde war es zu danken, daß es ohne einen Zwischenfall abging. Allgemein wurden die Veranlasser dieser Rohheit als eine Familie Cohn bezeichnet. Die Leute scheinten ihren Sozialistenhaß schwer verbergen zu können; sie sollten aber sich so weit zu beherrschten verhalten, daß sie nicht zu Rohheiten werden. Die Arbeiter haben die Sozialistenfreier durch ihre Benehmen beschämt, daran konnten die Herrschaften sich ein Beispiel nehmen.

Die Gohlswybrücke soll nach einer gestern verbreiteten Nachricht wegen drohenden Einsturzes gesperrt worden sein. Es handelt sich vielmehr bei der für den Wagenverkehr erfolgten Sperrung lediglich um eine Sicherheitsmaßnahme für das Publikum. Der Brücke droht kein Einsturz. Es hat sich nur die Notwendigkeit herausgestellt, die etwas wackelig gewordenen Brückenpfeiler zu festigen und einige andere Reparaturarbeiten vorzunehmen. Zu diesem Zweck mußte eine Sperrung der Brücke erfolgen. Sie wird nach Beendigung der Arbeiten wieder dem Verkehr übergeben, dem sie so lange dienen wird, bis die neue Brücke fertiggestellt ist. Die Gohlswybrücke ist eine Holzbrücke, die im Jahre 1888 erbaut worden ist, und zwar hauptsächlich auf Kosten der Roabiter Bürgerchaft. Der Lastwagenverkehr über diese Brücke ist ein sehr großer, da viele Fabriken, die sich in der Nähe befinden, ihren gesamten Frachtverkehr über die im Zuge der Franklin- und Gohlswystraße, errichteten Brücke leisten.

Zwei Kinder totgefahren. Die 37-jährige Tochter Gertrud der Zigarettenarbeiterin Zella Schmidt wurde vor dem Hause Marxenstr. 51 von einem Omnibus überfahren. Die Mutter, die den Unfall von ihrer Wohnung mit angesehen hatte, brachte ihr Kind sofort nach dem Krankenhause Verkonien, wo es gestorben ist. Die Schuld trifft einen noch nicht ermittelten Mann, der mit dem Kinde gespielt und es in dem Augenblicke losgelassen hatte, als der Omnibus hart an der Vordschwelle vorbeifuhr. — In der Durchfahrt des Hauses Putzstr. 44 wurde der dreijährige Knabe Rudolf Meyer von einem mit Preshofeln beladenen Wagen überfahren und schwer verletzt, so daß er bald darauf verschied.

Beim Bestreigen eines fahrenden Straßenbahnwagens schwer verunglückt ist der Kaufmann Kowalewski aus der Lohener Str. 35. Er versuchte am Kassenfenster einen Motorwagen der Straßenbahnlinie 12 während der Fahrt zu besteigen, wurde aber dabei zwischen den Bahnwagen und einen der an jener Stelle die Gleise begrenzenden Bäume gedrückt. Er erlitt eine schwere Schulterverletzung, sowie innere Verletzungen und mußte nach der Charité übergeführt werden.

Ein aufregender Vorfall spielte sich am gestrigen Dienstagmittag auf der Abtei in Treptow ab. Dort war gegen 12 Uhr mittags ein etwa 40-jähriger gutgekleideter Mann herübergekommen und hatte sich längere Zeit vor dem Restaurant aufgehalten. Den Kassieren fiel das Benehmen des Mannes, der sich sehr erregt gebärdete auf, doch achteten sie nicht weiter auf den Gast. Plötzlich eilte der Fremde auf die Dampfveranlagungsgräbe, warf seinen Leberzieher und Gut von sich und stürzte sich dann kopfüber in die Spre. Ein Kassierer und der Kassettier sprangen dem Unbekannten nach, konnten ihn jedoch nicht erreichen, da er mit kräftigen Stößen der Mitte des Stromes zuschwamm. Dort verankert er dann plötzlich und wurde nicht mehr angefaßt. In dem Leberzieher fand man eine Wiffenortete Martha Sachs, Neue Friedr. 72. Bei dem Rettungswerk wäre übrigens einer der Retter bald selbst ertrunken. Nur mit Mühe gelang es den übrigen Angehörigen der Abtei, ihren bereits halb bewußtlosen Kollegen aus dem Wasser zu ziehen.

Der Berliner Spar- und Bauverein hielt am 21. April eine außerordentliche und am 23. April seine ordentliche Generalversammlung in den Sophienjalen ab. Erstere beschäftigte sich nur mit dem Saalbau in Westend, der im sogenannten Wohlfahrtsbaus errichtet und hauptsächlich n. u. zu wissenschaftlichen, belehrenden und künstlerischen Zwecken benutzt werden soll; ebenso zu Weiterbildungen und geselligen Zusammenkünften. Hiergegen wendete sich ein Teil der Genossen, der die Wohlfahrtsimpulse nicht mitmachen will und außerdem den Saalbau auch der Größe wegen (500 bis 600 Personen) als unrentabel bezeichnete. Der Vorstand entgegnete, daß nur zu diesen Zwecken der Saal gebaut werden könnte, andernfalls der Geldgeber das Geld zurückziehe. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Verwaltung beauftragt, ein neues Projekt auszuarbeiten. — Die zweite Generalversammlung brachte den Geschäftsbericht für 1910. Die Bilanz steht in Aktiva und Passiva mit 981.070,39 M. zu Buch; der Reingewinn beträgt 21.874,31 M. Der Mitgliederverband zählte am Jahresabschluss 5479 Mitglieder, darunter 825 Beamte und Staatsarbeiter. Die Diskussion bewegte sich in denselben Bahnen wie in der ersten Generalversammlung; man solle die Wohlfahrtsfregerei beiseite lassen. Der Vorstand behauptete, daß die Wahlvereinsmitglieder Parteipolitik innerhalb der Genossenschaft treiben. Das wurde widerlegt. Fest steht aber, daß die Verwaltung mit der Zentralstelle für Volkswohlfahrt liiert ist, die das Streben hat, die „Freien Jugendorganisationen“ auf das schärfste zu bekämpfen. Man braucht bloß das Redefache Buch zu lesen, um die Bestrebungen der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, deren Polypenlinie sich über ganz Deutschland erstrecken, vollat zu würdigen. Auch der jetzige Degernent für die Jugend, ein Marxinefarrer a. D., bringt von Zeit zu Zeit im „Kampfer“ geharnischte Artikel gegen die Sozialdemokratie. Die Verwaltung kommt hier in den Verdacht, diese preussisch-reaktionäre

Politik zu unterstützen und innerhalb der Bauingenieurenschaft zu fördern. Die übrigen Punkte der Tagesordnung erledigten sich glatt. Die von unseren Genossen aufgestellte Liste zum Aufsichtsrat ging bis auf zwei Vorschläge glatt durch. Eine Reihe Genossen wurden von der Vorschlagsliste ausgeschlossen, weil sie zurzeit Funktionäre oder Geschäftsteilhaber der Genossenschaft sind; eine solche Klasseneinteilung sollte nicht stattfinden.

Wer ist die Tote? Aus dem Urbanhafen gelandet wurde gestern die Leiche einer unbekanntem Frau, die schon längere Zeit im Wasser gelegen hat und schon stark verwest ist. Die Tote ist etwa 50 bis 55 Jahre alt und klein, nur etwa 1,48 Meter groß, sie trug eine dunkel gepunktete Taille, einen schwarzen Rock, ein Umhängetuch, ein gefaltetes schwarzes Kopftuch und schwarze Handschuhe.

Feuer im Eispalast. Im Berliner Eispalast in der Martin-Lutherstraße brach in der gestrigen Nacht ein größeres Feuer aus. Gegen 12 Uhr nachts bemerkte ein Aufsichtsdienstmann, daß aus den Kellerfenstern des linken Flügels starke Rauchwolken herausdrangen. Er gab sofort Feuermeldung an die nächsten Revierwachen, die in wenigen Minuten zur Stelle waren. Wie sich herausstellte, waren die hölzernen Verschläge, in denen sich die Gerberbecken des Maschinenpersonals, elektrische Leitungsdrahte und Materialien sowie Dekorationsstücke befanden, durch Kurzschluß in der Stromleitung in Brand geraten. Die Feuerwehr griff mit mehreren Leitungen an, doch erschwerte die starke Qualmenentwicklung die Löscharbeiten sehr erheblich. Erst gegen 5 Uhr morgens konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Durch den Brand selbst ist eine Störung im Betriebe des Eispalastes nicht eingetreten.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

In der Stadtverordnetenversammlung teilte der Vorsteher, Graf Ratuschko, zunächst mit, daß die Grundsteinlegung des neuen Rathauses am 28. Mai d. J. stattfindet. Vom Magistrat wurde Kenntnis gegeben, daß die Eröffnung des städtischen Obdachs im Südpark im April, sondern wahrscheinlich erst am 1. Oktober vor sich gehen kann. Daher sei die Verlängerung der Mietverträge für die gemieteten Wohnungen notwendig geworden. Genosse Reiche ersucht um Auskunft, weshalb die Eröffnung solange verzögert wird. Der Magistrat schied sich aus. Die Vorlage wurde zwecks Klärung dem Etatsausschuß überwiesen.

Aus Sparmaßnahmen wurde ersucht, von der Anlage eines Nahverkehrs im Alters- und Siechenheim in Deutsch-Wusterhausen Abstand zu nehmen. Für diesen Aufsatz, der zur Aufnahme von Personen und zur Beförderung von Speisen, Wäsche usw. notwendig ist, sind bereits 3000 M. bewilligt; es ist jedoch ein Mindestangebot von 4875 M. abgegeben worden und da Kosten mit einmal die Mehrkosten als zu hoch. Am nun die Kosten der ersten Anlage sowie die Betriebskosten zu sparen, soll von der Einrichtung des Aufzuges Abstand genommen werden.

Genosse Dümmig beurteilte das Vorgehen des Magistrats. Gerade den alten und hohen Leuten sollte man ihre letzten Tage so angenehm wie möglich machen und daher den Aufzug errichten. Da auch die Liberalen das Vorgehen nicht gutheißen konnten, so wurde die Vorlage einem Ausschuss überwiesen, dem die Genossen Reiche und Dümmig angehören. — Die Gemeinde Soldirum beabsichtigt, am Höhrer Strand eine Schuttmauer zu errichten, die auch vor dem Schöneberger Winterheim vorbeiführen soll. Den einen Teil der Kosten übernimmt die Gemeinde selbst, den anderen Teil sollen die Anlieger übernehmen. Es würden für die Stadt an 4000 M. Kosten entstehen. Auch diese Vorlage soll erst geprüft werden. — Der Zuschuß an den Berliner Athletenverein für Obdachs wurde von 1000 M. auf 1500 M. erhöht.

Um den südlichen Teil der Magistraße zu asphaltieren, verlangte der Magistrat 17500 M. In der Begründung wurde angegeben, daß bei der Beerdigung des Oberbürgermeisters Wille von vielen Seiten der Wunsch geäußert wurde, die Straße mit gutem Pflaster zu versehen. Genosse Müller empfiehlt, die Vorlage solange zurückzustellen, bis die Neubauten der Desinfektionsanstalt und des Straßenreinigungsdopels fertig sind, damit keine doppelten Kosten entstehen.

Stadtrat Vicht hält die Asphaltierung zwar für dringend erforderlich, ist jedoch ebenfalls der Meinung, daß diese Arbeiten noch Festigung der Neubauten ausgeführt werden sollen. Die Vorlage wurde angenommen.

Seit dem 1. April ist der Schulrat Kob in den Ruhestand getreten; an seiner Stelle ist der Berliner Stadtschulinspektor Stübke mit einer Vergütung von 4000 M. getreten.

Für die Jahrestage in der Hasenbade, am 17. und 18. Juni, soll die Stadt 1850 M. beisteuern. Stadtr. Jöbel (lib. Frakt.) lobte diesen Beschluß und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Feier dazu beitragen möge, einen Einfluß auf die Bedienung auszuüben.

Genosse Bernstein erklärte, daß, wenn die Feier mit dem propagandistischen Wirken der Turnerei verknüpft wäre, die Sozialdemokraten dafür stimmen würden, da sie ebenfalls Freunde der Leibesübungen seien. Jahn sei jedoch eine Doppelperson gewesen und selbst Liberale hätten sich gegen ihn ausgesprochen. Die Feier werde wahrscheinlich nur zu hygienischen Zwecken ausgenutzt werden und darum stimme die sozialdemokratische Fraktion gegen die Vorlage. Dieselbe wurde jedoch gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen.

Zu der Verdrößerung der Unterführung des Sachsendammes, unter dem Anschlagsaleis vom Rangierbahnhof Tempelhof nach dem Ringbahnhof, zahlte die Stadt einschließlich des Abbruchs des alten Bauwerks 100 000 M. Baukosten, ferner eine einmalige Entschädigung von 14 000 M. für Unterhaltung und Erneuerung des Bauwerks, sowie eine jährliche Anerkennungsgebühr von 42 M. für Mitbenutzung der unter dem Bauwerk befindlichen eisenbahnfiskalischen Straßenlandfläche.

Die Wahl des neuen Stadtbaurats wurde auf Montag, den 1. Mai, abends 7 Uhr festgesetzt. In Vorschlag kommt der Stadtbaurat Aocmerz-Hagen.

Charlottenburg.

Eine längere Störung im Straßenbahnbetriebe ereignete sich am Montagmorgens in Charlottenburg. In der Berliner Straße vor der Technischen Hochschule war einem in der Richtung nach Berlin verkehrenden Straßenbahnwagen der Linie T der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn das Zahnrad gebrochen, wodurch der Wagon betriebsunfähig wurde. Durch Mannschaften des Rettungswagens der Straßenbahn wurde der Wagen transportfähig gemacht und nach dem Depot befördert gebracht. Während der Dauer der Störung, die von 1/4 bis 3/5 Uhr währte, wurden die Wagen der Linien N, T und U über den Kurfürstendamm, Corneliusstraße und Großen Stern abgeleitet.

Rixdorf.

Ueberrfahren und schwer verletzt wurde vorgestern abend gegen 8 Uhr der 23jährige Tischler Wilhelm Raban. Er wollte an der Ecke Weyer- und Weichselstraße den Fahrdamm überschreiten, dabei geriet er gegen das Fahrwerk einer Spreitfabrik. Der Tischler wurde umgerissen und überfahren. Er erlitt Querschnittswunden am Kopf und innere Verletzungen; das linke Ohr wurde ihm vollständig abgerissen. Der Verunglückte erliegt auf der Rixdorfer Unfallstation Notverbände und wurde von dort nach dem Krankenhaus in Ludow übergeführt.

Lichtenberg.

Mit der Krankenhausbaufrage wird sich wiederum die am Donnerstag, den 27. April, abends 8 1/2, tagende Stadtverordnetenversammlung beschäftigen. Hoffentlich machen die Herren Schachtel und Genossen nicht wieder von neuem Einwendungen.

Von einem Radfahrer überfahren und schwer verletzt wurde am Montagabend gegen 7 Uhr die 12jährige Emma Selb, Kantstr. 4 bei

ihren Eltern wohnhaft. Das Mädchen wollte vor ihrem Hause den Fahrdamm überschreiten, als ein Radfahrer in rasendem Tempo heranbraute. Ehe das Kind ausweichen konnte, wurde es vom Vorderrad ergriffen und so heftig zu Boden geschleudert, daß es einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung erlitt. Das verunglückte Mädchen wurde von Passanten in die elterliche Wohnung gebracht. Der rücksichtslose Radfahrer entzog sich seiner Bestrafung durch die Flucht.

Ober-Schöneweide.

Das Kuratorium der Pflichtfortbildungsschule hatte sich in seiner letzten Sitzung, der auch ein Regierungsdirektor beiwohnte, mit der in der Gemeindevorstellung von unseren Genossen erhobenen Anfrage zu beschäftigen, ob die im Kadelwerk Oberpreze erfolgte Entlassung zweier jugendlicher Arbeiter damit zusammenhängt, weil sich dieselben weigerten, dem von der Fortbildungsschule protegierten Wanderverbände beizutreten. Die Verhandlung hierüber ergab wie zu erwarten war, ein negatives Bild. Von dem Schulleiter wurde die Ausübung jeglichen Zwanges in Abrede gestellt; nicht festgesetzt konnte werden, ob nicht von den in Frage kommenden Lehrpersonen, welche gleichzeitig Angestellte des Kadelwerkes sind, ein unbedingter Einfluß ausgeübt worden sei. Von unseren im Kuratorium vertretenen Genossen wurde die ganze Art und Weise der so überaus verächtlich aussehenden Fürsorge für das Wohl der Fortbildungsschüler als Maßnahme der Reaktion gegen die Bestrebungen der Arbeiterschaft gekennzeichnet. Es wurde auch festgestellt, daß an der Schule ein Wanderverbände besteht und außerdem noch Turn- und Schachspielunterricht erteilt wird. Der Schule gehören jetzt 700 Schüler an.

Die Frage der Schaffung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung und Erteilung eines Arbeitsnachweises ist von der Gemeindevorstellung einer Kommission zur Beratung überwiesen worden; es hat jedoch den Anschein, daß die Sache im Sande verläuft, denn nach dem Ergebnis der ersten Sitzung ist zu erwarten, daß die von unseren Genossen beantragte Regelung betreffs Aufbau dieser Einrichtung keine Annahme finden wird.

Bekanntlich ist vorgesehen, daß sowohl die Auszahlung des kommunalen Zuschusses als auch die Kontrolle der Arbeitslosen den Gewerkschaften zugeteilt ist, soweit sie Arbeitslosenunterstützung leisten. Die Verwirklichung der verhängten Gewerkschaften ist nun den in der Kommission vertretenen Herren Fabrikdirektoren etwas Schreckliches, dem sie ihre Zustimmung verweigern wollen, um nicht etwa zu einer Stärkung derselben beizutragen, ein Standpunkt, der durch nichts begründet ist. Man darf übrigens gespannt sein, welche Vorschläge zu anderweiter Regelung nun von dieser Seite kommen werden, denn es dürfte nicht ganz leicht sein, etwas Zwerchschneidendes an dessen Stelle zu setzen, ohne die Gemeindefiskus zu belasten und die Beteiligten allerlei unnützen Behinderungen auszuhefen.

Man kann sich eben keine öffentliche Einrichtung denken, bei der nicht Bürokratismus und Polizeibürokratie ihren Einfluß geltend machen können. Die Abneigung gegen alles, was Arbeiterorganisation heißt, treibt sonderbare Blüten; etwas anderes ist es allerdings, wenn, wie erst kürzlich, es sich darum handelt, vaterländischen Frauenvereinen Subventionen zu bewilligen.

Treptow-Baumshulenvog.

Die hiesige Gemeinde hat in ihrer Grundsteuerordnung bestimmt, daß zu den unbedauten Grundstücken (die höher besteuert werden) auch Nachtgrundstücke gehören, auf denen vom Nächter Gebäude errichtet sind, wenn der Nachtvertrag auf nicht länger als 10 Jahre unauflösbar geschlossen ist. Das traf zu auf ein Treptower Grundstück der Jerusalemstiftung. Die Stiftung wurde deshalb mit dem höheren Prozentsatz für unbedaute Grundstücke zur Grundsteuer herangezogen. Sie lagte auf Ermäßigung, weil es sich um ein bebauten Grundstück handelte und eine Steuerordnung bebauten Grundstücke nicht als unbedaute hinstellen könne. Die Klage wurde jedoch in letzter Instanz vom Oberverwaltungsgericht abgewiesen. Die fragliche Bestimmung der Steuerordnung, wonach auch Grundstücke, die bebaut sind, unter Umständen als unbedaute gelten sollen, sei rechtsgültig. Die Autonomie der Gemeinde sei in der Beziehung nicht eingeschränkt. Daraus ergebe sich die Abweisung der Klage. Unerheblich sei demgegenüber, daß die Stiftung Anliegerbeiträge gemäß § 15 des Fluchliniengesetzes habe zahlen müssen, weil Bauarbeiten auf dem Grundstück an der Straße errichtet worden seien. Das sei ein anderes Rechtsgebiet.

Stralau.

Eine gutbesuchte Volksversammlung beschäftigte sich vor einigen Tagen mit den Beschlüssen der Gemeindevorstellung aus Anlaß der Etatberatung. Das Referat hielt der Gemeindevorsteher Genosse Bessel, der in einer etwa zweistündigen Rede das sozial rückständige Verhalten der bürgerlichen Vertreter kennzeichnete. Insbesondere erwähnte Redner die Gründung des Rinderhopf, die wir bereits in dem Bericht über die Etatberatungen würdigten und die damals von unserem Vertreter richtig gekennzeichnet wurden. Auch die ständischen Schulverhältnisse unterzog der Redner einer treffenden Kritik. Eine vom Referenten vorgeschlagene Resolution, die sich gegen die erwähnten Beschlüsse und Mißstände richtete, gelangte einstimmig zur Annahme.

Gemeindevorstand und Gemeindevorsteher glänzten, obwohl dieselben schriftlich geladen waren, durch Abwesenheit.

Nieder-Schöneweide.

In der Generalversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Groger seinen letzten Vortrag über: „Die politischen Parteien und ihre Programme“.

Nach dem Vorstandsbereich über das letzte Quartal haben stattgefunden eine Generalversammlung, zwei Mitgliederversammlungen und eine öffentliche Versammlung. Die Genossen wurden aufgefordert, sich im neuen Quartal an den Vorbereitungen reger zu beteiligen, wie bisher, da und nur noch eine kurze Zeit von den Reichstagswahlen trennt. „Vorwärts“-Referat sind 294 am Ort. Der Kassenericht weist eine Einnahme von 204,31 M. und eine Ausgabe von 82,90 M. auf. 136,21 M. wurden an die Zentralkasse abgeliefert. Der Mitgliederbestand beträgt 168, darunter 28 weiblich. Die diesjährige Kasseier findet im Lokal Kaffhäuser statt. Am Nachmittag von 4 Uhr ab wie alljährlich Gartenkonzert. Die Konsumgenossenschaft wird am 1. Juli eröffnet, doch muß dafür Sorge getragen werden, daß noch bedeutend mehr Mitglieder gewonnen werden.

Wilhelmshagen, Hohen-Schöndorfen.

Die Gründung eines Arbeitergesangsvereins bezweckt eine vom Deutschen Arbeiterbündnis, Gau Berlin, zu morgen, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, nach dem Lokal von Beyer, Berliner Str. 93, einberufene öffentliche Sängerversammlung. Alle Säger und Gesangsfreunde, die dem neu zu gründenden Gesangsverein beizutreten geneigt sind, werden ersucht, in der Versammlung zu erscheinen.

Weissenfee.

Gegen die geplante Reichsversicherungsgesetzgebung protestierte eine im Schloß Weissenfee stattgehabte öffentliche Versammlung. Der Referent, Arbeitersekretär Bauer-Berlin, zeigte den Versammelten in seinen etwa zweistündigen von großer Sachkenntnis zeugenden Darlegungen, wessen sich die Versicherer zu gewärtigen hätten, wenn diese reaktionäre Ordnung Gesetz würde. Die vorliegende Protestresolution wurde von den etwa 500 Versammelten einstimmig angenommen.

Bernau.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung gab dem Entwurf des Regulators für die städtische Wasserleitung ihre Zustimmung. Demnach soll 1 Kubikmeter Wasserentnahme für häusliche Zwecke 30 Pf. kosten. Bei Wasserentnahme zu industriellen usw. Zwecken soll bei einer Entnahme von 100—250 Kubikmeter im Vierteljahr 25 Pf. pro Kubikmeter, bei 251—500 Kubikmeter 20 Pf., bei 501—1000 Kubikmeter 15 Pf. und über 1000 Kubikmeter nach

Uebereinkunft gezahlt werden. Alsdann wurde die Bildung einer Deputation für das städtische Wasserwerk beschlossen; derselben gehören Genosse Helbig als Stadtdirektor, sowie Genosse Urban als Bürger neben zwei bürgerlichen Stadtdirektoren und zwei anderen Bürgern an. Gegen die Stimmen unserer Genossen sowie eines Bürgerlichen wurden 800 M. als Zuschuß für die Herstellung eines Fährers für Bernau bewilligt. Der Betrieb sowie der Ueberschuß soll dem Festauschuß für die Lustspielgesellschaft überwiesen werden.

Die Magistratsvorlage betreffend die Regelung des höheren Schulwesens, zeitigte eine längere Diskussion. Genosse Krüger gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß unsere Genossen nur dann für die höheren Schulen stimmen könnten, wenn sämtliche Kinder zunächst die Gemeindefschule besuchen und nur die Befähigten ohne Vorzule in die höhere Schule aufrücken würden. Diejenigen Eltern, welche ein Einkommen von 200 M. und darüber verdienen, sollten ein jährliches Schulgeld von 120 M. zahlen, für die niedrigeren Einkommen sollte der Schulbesuch ein unentgeltlicher sein. Genosse Helbig favorisierte die Rietung des klementischen Grundstücks auf 3 Jahre, da nach Angabe die gegenwärtige Einrichtung des höheren Schulwesens nur ein Provisorium wäre und es doch nicht angehe, sich auf so lange Zeit mit dem Besitzer zu binden. Es wäre auch gar nicht ausgeschlossen, daß die Regierung bei Genehmigung des höheren Schulwesens das Haus für Schulzwecke als nicht geeignet erachten würde; die Stadt wäre aber dann verpflichtet, dem Besitzer drei Jahre hindurch den jährlichen Mietszins von 2800 M. zu zahlen. Die Magistratsvorlage wurde jedoch gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen.

Schönwalde (Bezirk Bankow).

Die Entzehrung der Arbeiter in der sozialen Gesetzgebung lautete das Thema, das in einer am Sonnabend in Schönwalde abgehaltenen, von über 100 Personen besuchten Versammlung vom Genossen Müller behandelt wurde. Reicher Beifall lohnte dem Redner und einstimmig schlossen sich die Versammelten dem vom Referent empfohlenen Protest gegen eine derartige Entzehrung an.

Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden, die Lehren aus dem Gehörten zu ziehen und der Partei beizutreten, welche allein die Interessen der Arbeiter vertritt, wurde die Versammlung geschlossen.

Wiesdorf.

Der letzte Gemeindevorsteher lag u. a. der neue Fluchlinienplan für die Dorfstraße zur Genehmigung vor. Für die Dorfstraße ist eine Durchschnittsbreite von 38 Meter vorgesehen. In der Mitte ein Streifen von 7 Meter für die beiden Fahrtrichtungen der elektrischen Bahn. Die endgültige Beschlussfassung dieses Punktes der Tagesordnung wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Es fanden ferner die von unseren Genossen Müller schon lange geforderten Wahlen für die einzelnen Kommissionen statt. In die Etat- und Rechnungskommission wurde Genosse Müller gewählt. Ein Vertreter des „Berl. Arbeiterbundes“ hatte Verhandlungen angebahnt zwecks Aufnahme des Dries in das Vorortverzeichnis des Arbeiterbundes; er verlangte dafür 500 M. Genosse Müller wies darauf hin, daß doch eine große Anzahl Epulanten in Wiesdorf wohnen, für die es eine Kleinigkeit wäre, diese Summe zu zahlen. Die Mehrheit stimmte dieser Anregung zu; der Betrag soll durch Zeichnungen aufgebracht werden.

Nowawes.

Die gewerbliche Fortbildungsschule, die sich in den letzten Jahren außerordentlich günstig entwickelt hat, soll nunmehr im Hauptamtlichen Leiter erhalten. Gewählt wurde der bisher im Nebenamt tätige Leiter dieser Schule, Volksschullehrer Schanz, der bereits früher in Frankfurt a. M. ein derartiges Amt inne hatte und der sich bei der Ausgestaltung unserer Fortbildungsschule Verdienste erworben hat. — Wie begehrenswert übrigens eine derartige Stellung der Lehrerschaft erscheinen muß, beweist das Ergebnis der Ausschreibung: Es hatten sich insgesamt 84 Bewerber gemeldet, von denen nur vier zur engeren Wahl kamen. 31 Bewerber, unter ihnen 11 Referenten, waren bereits reich, sind noch hauptamtliche Leiter von Fortbildungsschulen, während die übrigen, meist Volksschullehrer und Techniker, an einer Fortbildungsschule nur im Nebenamt oder überhaupt noch nicht tätig waren.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Nach Erledigung einer Reihe Etatrechnungen für 1908 und 1909 stimmte die Versammlung der Einführung der elektrischen Beleuchtung der Brauer- und Berliner Straße zu. Anlagekosten 2500 M. und jährlich Betriebskosten 645 M. mehr gegen die jetzige Gasbeleuchtung. Die Befügung Luisenhof wird gegen einen jährlichen Nachzins von 5500 M. an den Kaufmann A. Kriesel-Berlin veräußert. Der Antrag des Stadtr. Wenzler, hier wieder wie in früheren Jahren auf einen Teil des Grundstücks einen Restaurationsbetrieb (Kneipe Lortnow) einzurichten, fand keine Gegenliebe; man war ebenso wie der Stadtrat Krause der Ansicht, daß es für einen Kapitalisten nicht angenehm sei, den Rauch der Nachbarschaft zu schlucken, den jetzt schon zum Teil die daneben befindliche Mälzerei verbreitet. Das Grundstück Behlerstr. 32 wird an den Major Freih. v. Stössel für 1500 M. Jahreszins auf 5 Jahre verpachtet. Diese Miete ist sehr gering. Da aber in Potsdam 2/3 Proz. Müllabfuhr- und Kanalisationsgebühr gezahlt werden, Steuern aber die konservativen Herren nicht gerne zahlen, so will Freih. v. Stössel, als deren Vorsitzender, eine einmalige Summe von 3000 M. zur Besserung der Zustandsetzung der Villa zahlen, die dann steuerfrei ist. Für das Naturtheater pachtet die Stadt einen 2 Hektar großen Platz auf dem Brauhausberg, den sie dem Leiter Axel Delmar-Steglich gegen Zahlung von 200 M. jährlich überläßt. 31 Betriebsfonds sind aber 3000 M. statt 2000 M. zur Verfügung zu stellen. Das Elektrizitätswerk, an das durch Anschluß zahlreicher Nachbargemeinden ständig erhöhte Anforderungen gestellt werden, ist zu klein. Es soll eine neue Dampfmaschinenanlage mit allen maschinellen Anlagen zum Preise von 305 000 M. erhalten, die in einer demnächst aufzunehmenden größeren Anleihe Deckung findet. Für die im vorigen Jahre errichtete Frauenbadeanstalt hat eine Bürgerin 1000 M. für Erweiterungsbauten gestiftet. Die Stadt will daneben ebenfalls 900 M. auswenden und die notwendigen Arbeiten sofort ausführen.

Verfammlungen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geheimes Deutschlands, Bezirk Berlin. Die Mitgliederversammlung vom 21. April nahm zunächst den Kassenericht über das 1. Vierteljahr 1911 entgegen. Die Abrechnung schließt in Einnahme und Ausgabe bei einem verbleibenden Kassenericht von 3422,05 M. mit 13 695,54 M. ab. Die Zahl der Mitglieder hat sich gegenüber dem 4. Vierteljahr 1910 um 257 erhöht und beträgt jetzt 2053. Aus dem Vorstandsbereich ist zu bemerken, daß in der Berichtszeit außer den regelmäßigen Sitzungen der Ortsvereinigungen und der Bezirke 13 öffentliche Versammlungen in Berlin und den Vororten stattfanden, von denen sechs Versammlungen allein sich mit der Berliner Kaufmannsgerichtswahl beschäftigten. Ferner fanden sechs Betriebsversammlungen und eine Zusammenkunft der Kaufmannsgerichtsbefugten statt. 525 000 Druckschriften wurden anläßlich der Kaufmannsgerichtswahl an die in Berlin beschäftigten Handlungsgehilfen verteilt. Die Versammlung nahm sodann einen Bericht der Agitationskommission für die Vororte entgegen und beschloß ferner, den Beitrag für Mitglieder bis zu 17 Jahren auf 30 Pf. pro Monat festzusetzen und eine besondere Abteilung für dieselben einzurichten. Zum Schluß wurde noch auf die am 1. Mai, mittags 12 Uhr, im „Deutschen Hof“ anderamtlich Maiderversammlung hingewiesen und um zahlreiche Beteiligung an derselben ersucht.

Die Risten- und Koffermacher hielten am Montag eine gut besuchte Versammlung ab, in der zunächst der Obmann Martin dem Tätigkeitsbericht der Vorstandskommission für das abgelaufene Viertel

faße erhalten. Nach einer längeren Diskussion über den Bericht befahte sich die Versammlung mit der Reisefrage. Die Parteien betonte, hat die Branche der Maschinen- und Koffermacher noch nie in dieser Frage hinten an gestanden und sich stets an der Reise beteiligt. Die Beteiligungsziffer war von allen Branchen verhältnismäßig immer eine der besten mit und es sei zu hoffen, daß sich in diesem Jahre noch mehr Werkstätten wie früher an der Reise beteiligen werden. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß es in mehreren Betrieben den Mitgliedern nicht möglich sein wird, die Reise durchzuführen, weil es in einigen an einer strengen Organisation fehlt und in anderen Betrieben die Mitglieder, wie z. B. in der U. S. G., einen winzigen Bruchteil des Gesamtpersonals darstellen. Da der Metallarbeiterverband keine wegen der Reise gemäßigten oder ausgesparten Mitglieder nicht mehr unterstützt, sei auch nicht zu erwarten, daß sich die Metallarbeiter in den Betrieben, wo sie die Aussperrung zu gewärtigen haben, an der Reise beteiligen werden. Andere Redner erinnerten die in solchen Betrieben beschäftigten Holzarbeiter zur Teilnahme an der Reise und wünschten, daß in solchen Fällen

in Werkstättenversammlungen zur Reise Stellung genommen werde. Die Haltung der Buchdrucker- und Metallarbeitervertreter in der Sitzung der Gewerkschaftskommission wurde mißbilligt. In der Anweisung von Bezirksfonds sei keine Förderung des Reisegebührens zu erblicken, sie bedeute den Ruin. Dem Beschlusse der Generalversammlung trat schließlich die Versammlung einstimmig bei.
Leser- und Dichterkreis „Stralauer Meer“. Heute Mittwoch abends 7,9 Uhr, Sitzung bei Reichenberg, Caprivistra. 20: Beschlussefassung zur außerordentlichen Generalversammlung.

Wasserstands-Nachrichten
 der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt.

Wasserstand	am 21. 4.	am 22. 4.	am 23. 4.	Wasserstand	am 21. 4.	am 22. 4.	am 23. 4.
Remel, Mühl	21.4	20.4	20.4	Saale, Großh.	21.4	20.4	20.4
Bregel, Zehdenitz	18	18	18	Havel, Ebersdorf	107	107	107
Seckel, Thum	166	166	166	Havel, Rathenow	160	160	160
Oder, Rathenow	223	223	223	Spree, Ebersdorf	84	84	84
Strosch	166	166	166	Spree, Seelow	147	147	147
Brandenburg	182	182	182	Weser, Minden	75	75	75
Garthe, Schimm	82	82	82	Weser, Minden	8	8	8
Landsberg	108	108	108	Weser, Minden	365	365	365
Reye, Borsum	51	51	51	Weser, Minden	172	172	172
Elbe, Leitzsch	58	58	58	Weser, Minden	180	180	180
Preßden	54	54	54	Weser, Minden	78	78	78
Harz	206	206	206	Weser, Minden	180	180	180
Wagberg	166	166	166	Weser, Minden	90	90	90

+) + bedeutet Sturz, - Fall, -) Unterpegel.

Eingegangene Druckschriften.

Jahrbuch des Deutschen Arbeiter- stenographenbundes 1911. 120 S. G. Richter, Lehr i. Baden.
 Die weiße Amsel. Erzählung von H. de Ruffel. 2 B., geb. 3 M.
 Diskussion. Heft 8. Herausgeber G. Dymal. 50 H. G. Bondy, Berlin W. 15.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17-18 **Mittwoch, Donnerstag, Freitag** Veteranenstr. 1-2

Doppelte Rabattmarken

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Rabattmarken, in diesen Tagen jedoch **8 Rabattmarken.**

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 26. April.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Zauberflöte.
Königl. Schauspielhaus. Die Söhne der Gesellschaft.
Deutsches. Faust. 2. Teil. (Anfang 6 Uhr.)
 Anfang 8 Uhr.
Kammertheater. Götter.
Neues königl. Opernhaus. Der Amerikaner.
Neues Schauspielhaus. Die Söhne der Gesellschaft.
Leffing. Glaube und Gehmaß.
Romische Oper. L'opéra in der Unterwelt.
Kleines. Der Feldherr.
Reichner. Hummelstudenten.
 Nachmittags 3 1/2 Uhr: Nathan der Weise.
Weschen. Die lustigen Nibelungen.
Neues. Mein erlauchter Ahnherr.
Königl. Schauspielhaus. Der Registrator auf Reisen.
Trianon. Theodor u. Sie.
Reichner. Fernand's Hekontrakt.
Thalia. Solische Wirtschaft.
Schiller O. (Wagner - Theater.) Die Liebe wacht.
Schiller (Charlottenburg.) Im Stübchen.
Friedrich - Wilhelmstädtisches. Katenkauf.
Herrnfeld. Scheidungs-Souper. Die Bar-Schwester.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Volkstheater. Die Zauberflöte. (Anfang 6 1/2 Uhr.)
Pulcin. Aus erster Ehe.
Modernes. Großstadtluft. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Nele. Robert und Bertram.
Folies Caprice. Wertheim wird platon!
Metrovol. Curra - Wir leben noch!
Kokos. Zwei Wappen.
Volgt. Gefährliche Wägen oder: Im Banne des Wüstlings.
Apollo. Spezialitäten.
Vakage. Spezialitäten.
Road. Der Flüchtling.
Reichsbahnen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Walhalla. Bravo! Da capo!
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Intimes. Nacharbeit. Madame Waboline.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.
Stiermarie. Juvallendstr. 57-59.
Kaiser-Panorama. Besuch der Dürschbäder. Reise über den Brenner nach Venedig.
Schiller-Theater O. (Wagner - Theater.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Liebe wacht.
 Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben.
 Freitag, abends 8 Uhr: Der Bund der Jugend.
Schiller-Theater (Charlottenburg.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Im Klubsessel.
 Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Himmel auf Erden.
 Freitag, abends 8 Uhr: Liebel. Hiermit: Literatur.
ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 182.
 Anf. 8 Uhr Ende 11 Uhr.
Robert und Bertram.
 Gasse mit Gesang in 4 Abteilungen von Adler.
 Donnerstag: Putterjegen.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr: Hummelstudenten.
 Morgen: Hummelstudenten.
Neues Theater.
 Täglich: Mein erlauchter Ahnherr.
 Anfang 8 Uhr.
Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr: Die lustigen Nibelungen.
 Sonnt. 3 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Mittwoch, den 26. April, 8 Uhr: Kasernenluft.
 Morgen und folgende Tage: Kasernenluft.
Berliner Volksoper
 Delft-Platzstraße 7/8. - 7/9 Uhr: Die Zauberflöte.
Residenz-Theater.
 Abends 8 Uhr: Fernand's Ehekontrakt.
 Schwank in 3 Akten von Georges Feydeau. In deutscher Bearbeitung von Benno Jacobson. Schluss der Spielzeit:
Sonntag, den 30. April.
 Wiedereröffnung Donnerstag, den 2. August.
Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr: Der Registrator auf Reisen.
Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr: Aus erster Ehe.
 Schauspiel in 5 Akten v. Ernst Ritterfeldt nach einer Erzählung von G. Courtis. Nachler.
 Donnerstag: Aus erster Ehe.
WINTERGARTEN
 Letzte Woche!
 Der sprechende Hund
 und weitere „Don“
 12 Attraktionen 12 U. a.:
Roda Roda.
 Ranchen gestattet.
Metropol-Theater.
 Wegen Vorbereitung geschlossen.

„CLOU“
 BERLINER KONZERTHAUS
 Mauerstr. 62 Zimmerstr. 90-91
 Heute nachmittag:
Gr. Promenaden-Konzert.
 Außerdem abends:
 Kapelle des Kaiser Alexander-Regiments,
 Dirigent: Kgl. Musikdirektor Brase, bei freiem Eintritt.

Potsdamer Str. 72/72a Sport-Palast Potsdamer Str. 72/72a
 Auf vielseitigen Wunsch bleibt bis auf weiteres geöffnet als:
Größter Eispalast der Welt.
 Allabendlich:
 Glänzende sportliche Vorstellungen und die Ausstattungs-Feier
„Eisfest an der Newa.“
 Eintritt bis 5 Uhr 50 Pf.
 Nach 5 Uhr M. 1.—, reservierter Platz M. 2.—.

Achtung!
 Gesellschaften, Vereinen u. Gewerkschaften empfiehlt ich mein heutzutage am besten, bald und wegen belegenem Auslastungstotal. - Billigste Dampfervermittlung. - Prospekt gratis.
 Hochachtungsvoll
 Robert Voigt, Krampenburger, Amt Rödenn, Nr. 227.

Apollo Theater
 Abends ab 8 Uhr:
Letzte Woche
 des gr. Weltstadt-Programms.
 9 1/2 Uhr:
Heinrich Prang
 in seiner Buleste
 Ein Gemütsmenschen.
Herrnfeld Theater
 Sensations-Erfolg
 der drei Nobilitäten
 Das Scheidungs-Souper
 von Julius Hart.
Die Bar-Schwester
 von Anton und Donat Herrnfeld.
 Ein Verlobungsgeschäft
 von Anton und Donat Herrnfeld
 mit den Autoren in den Hauptrollen.
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Mellia
 die gefeierte russische Tänzerin.
 Lina Loos
 mit neuem Repertoire.
Patty Frank Truppe
 Weltmeister d. Akrobastik
Will Prager
 u. d. gr. April-Variété-Programm.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr:
 Lebende Tierbilder von nah und fern.
una-Park
 TERRASSEN
 HALENSEE
 Eröffnung am
Sonnabend, den 29. April.
 Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Théodore & Cie.

Zirkus Busch.
 Mittwoch, den 26. April 1911,
 abends 8 Uhr:
Großer Gala-Abend!
 Nur noch 3 Aufführungen des
 gr. Volks-Manege-Schaustücks
„Armin“.
 Besonders hervorzuheben: Die
 Hermannsschlacht im Teutoburger
 Walde. - Varus Tod! - Sieges-
 feier nach der Schlacht im Gehölz
 des Armin.
 Vorher: Herr Georg Burkhardt-
 Fechtst. Schult. Die Fredianis,
 Akrobaten zu Pferde. Die ur-
 komischen ital. Clowns drei
 Gobr. Fratellini. Mons. Carlot,
 Hindostan. Jongleurkünste.
 Herr Ernst Schumann mit den
 neuesten Freiheitsdresuren,
 und das große Gala-Programm.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 27. April 1911:
Die Lieder des Musikanten.
 Uebrecht Winter: Dr. Hans Reich.
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.

Admiralspalast
 am Bahnhof Friedrichstraße.
Eis-Arena
 Nachmittags und abends
 Kunstlauf-Produktionen.
 Allabendlich das feinsthaltig aus-
 gestattete Eisballett.
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen
 Die Eisbahn ist für Schlitt-
 schuhläufer ununterbrochen
 von 10 Uhr vorm geöffnet.
 Mittags: Korso bei Musik.
 Nach-
 mittags: **Militärkapelle**
 Abends: **Einödshofer-Konzert**
 Bis 7 Uhr halbes Kassenpreis.
 Unterricht in Schlittschuh- und
 Kunstlaufen wird erteilt.

Karl Haverland-
 Anfang Theater. Kommandanten-
 präz. 8 Uhr. Straße 77/79.
Das Aprilprogramm über-
 trifft alles Dagewesene.
 Reu! Die schwebende Musik.
Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger.
 Eritton als
 Mleze
 im
Rosenrock

Zirkus A. Schumann.
 Mittwoch, den 26. April 1911,
 abends 7 1/2 Uhr:
Abschieds-Vorstellung.
Gr. Sport-Programm.
 Auftreten des kleinste Welt-
 tänzlers der Welt
Mr. Baghonghi.
 Auftreten der besten Schachmeisterin
 des Welt.
Dr. Dora Schumann.
 Mr. Joe Hodgini in seinen
 außergewöhnlichen Leistungen.
 Berühmte Hatterfamilie Clarke.
 Dr. Alb. Schumann mit
 seinen Original Schach und Frei-
 heitsdresuren.
Antoniet & Grock
 die besten Clowns der Gegenwart
 sowie die
 übrigen Spezialitäten.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Wertheim
 wird platon!
 Unter Solo-Teil.
III. Klasse.

Königstadt-Kasino.
 Goldmannstr. 72.
 Täglich: **Frans Sobanski,**
 Viktor Ritter, Lotta Is Mans, Gescher,
 Waldow, Adolf Holländer als Gast,
 der berühmte Improvisator The
 Wedlows u. a.
Der undantbare Sohn.
 Selbstbild in 1 Akt von Hefflinger.

Noacks Theater.
 Direktor: Robert Gill.
 Berlin N., Brunnenstraße 16.
Der Flüchtling.
 Schauspiel in 5 Akten von
 der „Welt. Morgenpost“ v. P. Giller.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Entree 30 Bl. bis 1 Mark.
 Vorzugsplätzen, überall zu hab., gütig.

Casino-Theater
 Rothfingerring Straße 57.
 Von Presse und Publikum anerkannt!
 Großartiger Erfolg!
„Zwei Wappen“
 von Blumenthal und Nabelberg.
 Dazu: Tartakoffs Kosaken-Exerzition.
 Sonntag 8 1/2 Uhr: „Maritane“
 (ein Bild aus dem Balte).
Voigt-Theater
 Gellertstr. 58.
 Mittwoch, den 26. April 1911:
Gefallene Mädchen
 oder: Im Banne des Wüstlings.
 Bild in 4 Akten von P. Giller.
 Kassenöffnung 7, Anfang 8 Uhr.
Humor-Quartett
 Gg. Treuer
 Für den Inhalt der Interiere
 abernium die Redaktion dem
 Publikum gegenüber teinerlich
 Verantwortung.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 23. April verstarb unser
Genosse, der Schlosser
Gustav Feige
Eldingen Str. 1.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 27. April, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Roabiter Krankenhauses
aus nach dem Heilandsfriedhof,
Waldsee, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
227/4

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser
Gustav Feige
am 23. April an Gehirn-
entzündung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 27. April, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, vom Kranken-
hause Roabit aus nach dem
Heilandsfriedhof, Waldsee, statt.
Rege Beteiligung erwartet
115/20 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Spandau.
Nachruf.
Am Freitag, den 22. April, be-
schied nach kurzem Krankenlager
im Alter von 35 Jahren der Ge-
nosse, Raucher
Karl Fredrich
Bog. 7, Göttestr. 10.
Wir verlieren in ihm einen
thätigen und braven Genossen
und werden sein Andenken stets
in Ehren halten!
14805 Der Vorstand.

**Zentral-Verband der
Fleischer.**
(Sektion der Darmarbeiter.)
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser Kollege
Robert Jeschke
am 24. April an der Proletarier-
krankheit gestorben ist.
Wir werden denselben ein
dauerndes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet Mittwochs-
nachmittag 5 1/2 Uhr von der
Leichenhalle des Weihenfeer Fried-
hofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
220/16

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Arbeiter
Hermann Horn
am 23. d. Mts. im Alter von
37 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 26. d. Mts., nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Gethemane-Kirchhofes,
Nordend-Niederhöndchen, aus
statt.
67/15
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.
A. H. G. Rablert.

Am Montag früh verstarb nach
langen, schweren Leiden der Tischler
Karl Eduard Tornow.
Seine Augusta Tornow und Kinder.
Beerdigung heute nachm. 5 Uhr
von der Leichenhalle der Simeon-
und Rufus-Gemeinde, Rixdorf.

Dankfagung.
Allen denen, welche unserem guten
Vater, dem Bierler
Moritz Voigt
die letzte Ehre erwiesen haben, sowie
für die zahlreichen Kranzspenden
sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
F. H. Karl Voigt.

Dankfagung.
Sage hierdurch allen Freunden
und Bekannten sowie dem Wahl-
verein, Bezirk 284, für die rege Be-
teiligung meinen herzlichsten Dank.
Frau Kurka
nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Vaters, unseres guten Vaters
Hans Trzcinski
sage ich allen Beteiligten, besonders
den Herren Kollegen der Ortskranz-
fasse der Kaufleute, sowie dem Trans-
portarbeiter-Verband und den Ge-
nossen des vierten Berliner Wahl-
kreises meinen innigsten Dank.
Anna Trzcinski.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben Vaters,
unseres Vaters
Albert Schöning
sagen allen Freunden und Bekannten,
dem Wahlverein, dem Verband der
Typographen und Steinsetzer, sowie
den Kollegen der Firma Böhm
unseren herzlichsten Dank.
Marie Schöning geb. Ried
nebst Kindern.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Maritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4
Von der Reise zurück.
Dr. A. Pinkuss,
64/9
Frauenarzt,
W., Kleiststraße 2.

**Erstklassige
Herrengarderobe**
nur nach Maß
anerkannt best. Aus-
führung, garantiert
tadellos. Etw. liefert
auf Teilzahlung
zu Kassapreisen
wöchentlich 1 Mark
von 1 an.
Martin Katz,
Schneidermeister,
76 Dresdener Straße 76
nahe Thalia-Theater.
2. Geschäft:
Schöneberg, Hauptstr. 158.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
Straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurt-Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hochelegant. Genre z. äußerst
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in
10 bis 12 Stunden.

Stoffe
Damentuche, Damen-Kostümstoffe,
prima Qualitäten, Mtr. 2,50, 3,50 etc.
Zuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, d. Petrifirge.
vis-à-vis
Sargmagazin
von J. Schumacher, Ewinenländer
Straße 120.

Drei Tropfen
Kaol
flüssige Metall-Politur
machen das
schmutzigste Metall
spiegelblank
in Flaschen von 10 bis 50 Pf.
Überall zu haben.
Fabrik: Lubszynski & Co.,
Berlin-Lichtenberg.

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Crabbg.
Tor. Weg. Hand. Gebod
1,50, Holz 1,00, Beste 50 Pf.
Soeben erschien in 6. Auflage.
DIE HEILUNG DER SYPHILIS durch
EHRlich-HATA 606. Wichtig. Auf-
klärungsbuch für Gesunde und
Kranke v. d. bek. Arzt u. Hoch-
schuldoz. Dr. H. Zikel. Für M. 2,-
franko durch d. Medizin. Verlag
E. Schweizer & Co., Berlin NW. 87a

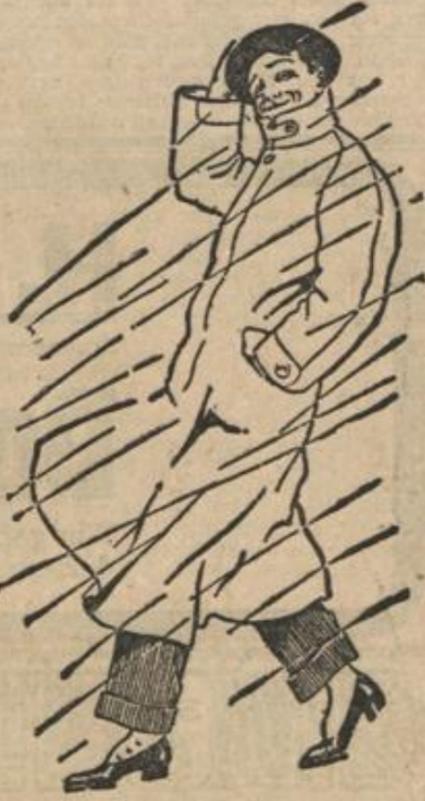
Gummi-Mäntel Pelerinen

Kavalier-Mäntel
Modelfarbener Gummistoff,
hochgeschlossen, weißfellig,
36.-, 30.-, 22.50, **12.50 Mk.**

Gummi-Paletots
Hell und dunkel gemustert.
Mit Fassung u. Samtkragen
40.-, 33.-, 27.-, **18 Mk.**

Loden-Pelerinen
für Herren und Damen.
Oran oder grünlicher Strichloden
„Imprägniert“. Vorzüglich im Tragen.
Längen: 120 cm 125 cm 130 cm
Preis: **13.25 Mk. und 7.50 Mk.**

Loden-Pelerinen
für Knaben und Mädchen
grau oder grünlicher Strichloden
Imprägniert u. Vorzüglich im Tragen
Längen: 100 cm und 110 cm
Preis: **10.- Mk. und 6.- Mk.**
Längen: 70 cm, 80 cm und 90 cm
Preis: **7.50 Mk. und 4.50 Mk.**



Baer-Sohn

Kleider-Werke Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Or. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10
Der Haupt-Katalog auf Wunsch kostenfrei.

Ohne jede Anzahlung
verkaufte
ich **Pianos**
erstklassiges Fabrikat
(9mal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Möbel, Spiegel **Julius Krause** Kastanien-Allee
u. Polsterwaren Nr. 40
Komplette Wohnungseinrichtungen
zu anerkannt soliden Preisen. — Teilzahlung gestattet.

Sicherheits-Zündhölzer
anerkannt
bester deutsches Fabrikat
Schutzmarke
Union Augsburg
Niederlage und Vertretung für Berlin:
G. F. Müller, Berlin SW. 68, Markgrafentstr. 91, Telefon IV 10302.

WESTMANN
Mohren-Str. 37a, Or. Frankfurter-Str. 115.
Bis Ende der Woche
sollen verkauft werden:
2100 Kostüme und Kleider
zu 12.- 14.- 18.- 26.- 44.- 59.- 76.- 91.-
sonst z. T. 22.- 26.- 34.- 51.- 84.- 110.- 180.- 175.-
275 Liberty-Mäntel reine Seide
bis 120 cm lang, mit schwarzen Aufschlägen
zu 26 1/2.- 34.- 45.- 56.- 90.-
sonst z. T. 43.- 59.- 81.- 105.- 185.-
1500 englische Paletots
zu 3 1/2.- 7.- 12.- 19.- 24.- 40.- 50.-
sonst z. T. 10.- 15.- 25.- 40.- 55.- 62.- 96.-
800 St. schwarze Konfektion
in Gloria, Alpaka, Bengallue, Tüll, Etamine, Volla, Tuche etc.
zu 10.- 15.- 18.- 25.- 36.- 59.- 65.- 75.- bis 150.-
sonst z. T. 18.- 28.- 45.- 70.- 98.- 125.- 150.- bis 275.-
Röcke und Blusen unbegrenzte Auswahl!

Rekord
1910 Prinz-Heinrich-Fahrt **1. Preis**
1909 Prinz-Heinrich-Fahrt **1. Preis**
1908 Prinz-Heinrich-Fahrt **1. Preis**
1907 Herkomer-Konkurrenz **1. Preis**
1906 Herkomer-Konkurrenz **1. Preis**
1905 Herkomer-Konkurrenz **1. Preis**
Diese bedeutendsten Touren-Dauer-Wettkämpfe
über lange Strecken und schwieriges Gelände
wurden auf
Continental
Pneumatik
gewonnen.
Continental-Caoutchouc- und  Gutta-Percha-Co., Hannover